OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Jänner 2015

Stabilität und Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaber und Herausgeber	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2015

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Redaktionsschluss: 21. Jänner 2015

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 3

Überblick 4

Euroraum hinkt internationaler Konjunktur weiterhin hinterher 5

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Weitere Konjunkturabkühlung bleibt aus 9

Direkte Auswirkungen der russischen Wirtschaftskrise auf Österreich überschaubar 12

Österreich: Niedriger Ölpreis und Euroabwertung als Lichtblicke im eingetrübten Konjunkturumfeld 15

Kreditinstitute: Weiterhin positives Kreditwachstum im November 2014 20

Ausblick für österreichische Banken trübt sich ein 26

Entwicklungen zum regulatorischen Rahmen der Bankenunion 28

Annex 31

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU und international Zeitraum 28. November 2014 bis 15. Jänner 2015 32

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen 38

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Laut aktueller Prognose der EZB wird sich das globale BIP-Wachstum (ohne Eurowährungsgebiet) 2015 mit +4,0% gegenüber +3,6% von 2014 zwar leicht beschleunigen, der Ausblick ist aber trotzdem verhalten und heterogen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den USA überraschte im dritten Quartal mit einem starken Wachstum von +1,3% gegenüber dem Vorquartal positiv. Für 2015 erwarten die OECD und die EK ein Wachstum von +3,1%. Die Fed kommunizierte nun erstmals nicht mehr, dass sie die Leitzinsen für einen erheblichen Zeitraum („a considerable time") bei null belassen wird. Auch in Großbritannien stellt sich das Wachstum zurzeit robust dar. Hier ist vor allem der Konsum die verlässlichste Wachstumsstütze. Laut EK-Prognose wird Chinas BIP 2014 mit +7,3% wachsen. Dies stellt eine leichte Verlangsamung gegenüber dem Vorjahr (+7,8%) dar. 2015 plant die chinesische Regierung die Immobilienpreisentwicklung zu dämpfen. Japan rutschte im dritten Quartal 2014 das vierte Mal seit Anfang 2008 in eine technische Rezession. Am 15.1.2015 gab die Schweizerische Nationalbank überraschend bekannt, ihren Mindestkurs von 1,20 CHF pro EUR aufzugeben. In Folge kam es zu einer unmittelbaren und deutlichen Aufwertung des CHF gegenüber dem Euro.

Am 1. Jänner 2015 wurde in Litauen die litauische Litas (LTL) durch den Euro ersetzt. Somit verwenden nun 19 EU-Mitgliedsstaaten den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel. Der Beitritt Litauens zum Euroraum änderte auch den Abstimmungsmechanismus im EZB-Rat, es tritt nun eine monatliche Rotation ein. Der Euroraum verzeichnete im dritten Quartal 2014 ein BIP-Wachstum von +0,2% (qoq). Damit hat die Konjunktur wieder etwas an Fahrt gewonnen. Für das Gesamtjahr 2014 rechnen die aktuellen Prognosen mit einem BIP-Wachstum von +0,8%. 2015 dürfte sich das Wachstum etwas beschleunigen. Die Arbeitslosenquote ist seit dem dritten Quartal 2013 leicht rückläufig (November 2014: 11,5%). Die HVPI-Inflationsrate lag im Dezember 2014 laut Schätzung von Eurostat bei -0,2%, wobei der Rückgang des Preisniveaus nahezu ausschließlich auf den starken Verfall der Energiepreise zurückzuführen ist. Das Wirtschaftswachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas hat sich im dritten Quartal 2014 wieder etwas beschleunigt und lag im Durchschnitt bei +2,7% (zum Vorjahresquartal). Einzig Kroatien fiel deutlich gegenüber den anderen Ländern ab und konnte die Rezession nicht überwinden.

Das Wirtschaftswachstum in Österreich fiel im Lauf des Jahres 2014 enttäuschend aus. Die von der Verschärfung der russischen Wirtschaftskrise ausgehenden direkten Effekte auf den österreichischen Export waren zwar vergleichsweise gering, Österreichs Exporteure waren aber von der insgesamt schwachen Nachfrage der europäischen Handelspartner betroffen. Nach einem Wachstum von +0,1% in den beiden ersten Quartalen 2014 (jeweils zum Vorquartal) schrumpfte die österreichische Wirtschaftsleistung im dritten Quartal leicht (-0,1%). Die Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators vom Jänner 2015 signalisieren für das vierte Quartal 2014 ein Wachstum von +0,1% gegenüber dem Vorquartal und für das Gesamtjahr 2014 ein Wachstum von +0,5%. Für das erste Quartal 2015 wird nicht zuletzt aufgrund der sehr niedrigen Rohölpreise und der Euroabwertung eine leichte Beschleunigung auf +0,3% erwartet. Der Wertverlust des Euro gegenüber dem Schweizer-Franken verbessert zwar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft, es sind aber negative Auswirkungen für österreichische Kreditnehmer mit CHF-Krediten zu erwarten.

[1] Autor: Christian Ragacs (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Euroraum hinkt internationaler Konjunktur weiterhin hinterher[2]

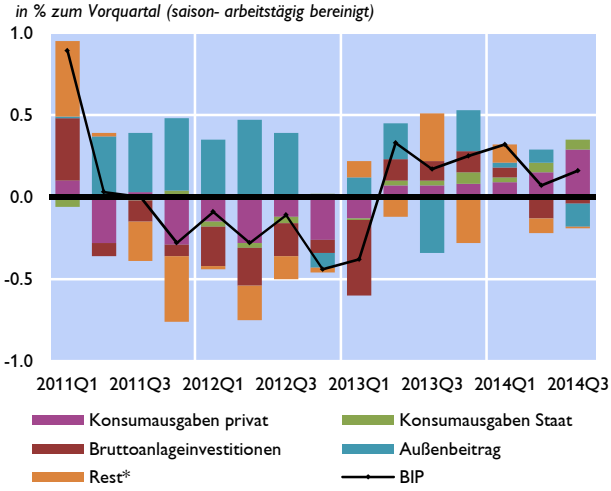
Euroraum

Robustes Konsumwachstum im dritten Quartal – Konjunktureinschätzung für 2015 nach unten revidiert

Der Euroraum verzeichnete im dritten Quartal 2014 ein BIP-Wachstum von +0,2%. Damit hat die Konjunktur nach dem schwachen zweiten Quartal wieder etwas an Fahrt gewonnen. Ein positiver Wachstumsbeitrag kam im dritten Quartal vom privaten Konsum (+0,3 Pp.) und von den staatlichen Konsumausgaben (+0,1 Pp.), während ein Rückgang der Nettoexporte das Wachstum dämpfte (-0,1 Pp.). Für das Gesamtjahr 2014 rechnen die aktuellen Prognosen mit einem BIP-Wachstum von +0,8%.

Wachstumsbeitrag zum realen BIP im Euroraum

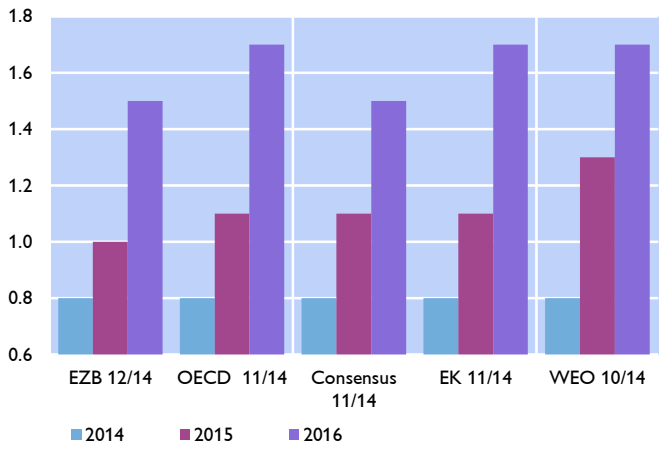
in % zum Vorquartal (saison- arbeitstägig bereinigt)



*Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.*

Vergleich unterschiedlicher Euroraum BIP-Prognosen

in % ggü. dem Vorjahr



2015 dürfte sich das Wachstum zwar beschleunigen, die EZB ist jedoch in ihrer Dezember-Prognose deutlich pessimistischer als noch im September und rechnet nun mit einem Wachstum von +1,0% im Jahr 2015. Die BIP-Prognose wurde damit gegenüber der September-Prognose um -0,6 Pp. nach unten revidiert. Die Hauptursache für die Abwärtsrevision sind niedrigere Wachstumsbeiträge der Investitionen und der Exporte. Die Investitionen werden laut Prognose 2015 mit +1,4% wachsen – im September ging man noch von +3,1% aus. Dies ist unter anderem durch die weiter fortschreitende Bilanzbereinigung und hohe Überschusskapazitäten, sowie durch einen Anstieg der Unsicherheit und eine Abwärtsrevision bei den Wohnbauinvestitionen begründet. Die Exporte sollen 2015 laut Prognose – u.a. aufgrund der aktuellen Schwäche des Welthandels – nur mit +3,2% anstatt der im September erwarteten +4,5% wachsen. Für 2016 erwartet die EZB eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung und ein BIP-Wachstum von 1,5%.

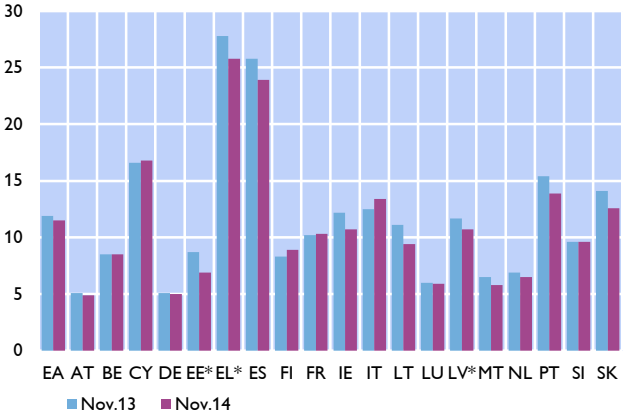
[2] Autoren: Paul Ramskogler und Friedrich Sindermann (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

Arbeitslosenquote leicht rückläufig

Die Arbeitslosenquote im Euroraum ist seit dem dritten Quartal 2013 leicht rückläufig und lag im November 2014 bei 11,5%. Im Jahresvergleich waren in Griechenland und Spanien etwas stärkere Rückgänge zu beobachten, jedoch weisen diese Länder gleichzeitig die höchsten Arbeitslosenquoten im Euroraum auf (Spanien: 23,9%, Griechenland: 25,8% im Oktober 2014). Auch in Irland und Portugal war die Arbeitslosenquote mit einer Reduktion um -1,5 Pp. zwischen November 2013 und November 2014 stark rückläufig, zuletzt ist die Arbeitslosigkeit in Portugal jedoch wieder leicht angestiegen. Verschlechtert haben sich die Arbeitslosenquoten vor allem in Italien (+0,9 Pp. im Jahresvergleich) und in Finnland (+0,6 Pp.). Die niedrigsten Arbeitslosenquoten im Euroraum wiesen im November 2014 Deutschland (4,9%) und Österreich (5,0%) auf. Für 2015 prognostiziert die EZB einen weiteren leichten Rückgang der Arbeitslosenquote im Euroraum auf 11,2%.

Entwicklung der Arbeitslosenquoten im Euroraum

Arbeitslosenquote in %



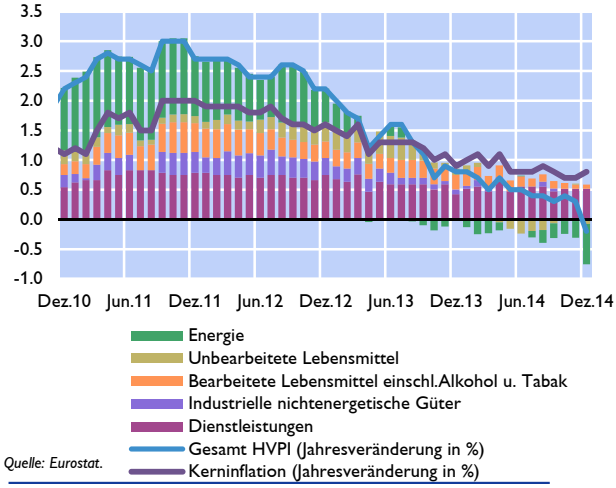
*Quelle: Eurostat. * EE und EL: Okt. 13 und Okt. 14, LV: Q3 13 und Sep. 14.*

Euroraum-Inflation im Dezember negativ, Kerninflation bleibt positiv

Die HVPI-Inflationsrate lag im Dezember 2014 laut Flash-Schätzung von Eurostat bei -0,2%. Dieser Rückgang im Preisniveau gegenüber dem Vorjahr ist nahezu ausschließlich auf den starken Verfall der Energiepreise zurückzuführen. Die Kerninflationsrate (ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak) stieg zuletzt sogar leicht an und betrug im Dezember 0,8%. Des Weiteren bestehen große Unterschiede zwischen den Euroraum-Ländern. So lag die HVPI-Inflationsrate im November in Deutschland bei +0,5% und in Frankreich bei +0,4%, während Griechenland und Spanien negative Teuerungsraten aufwiesen. Für Dezember rechnet das Statistische Bundesamt mit einem Anstieg des HVPI in Deutschland um +0,1% gegenüber dem Vorjahr. Auf das Gesamtjahr 2014 gerechnet betrug die Euroraum-Inflation laut EZB-Prognose +0,5%.

Komponenten des HVPI

Beitrag zum Vorjahreswachstum in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

Die EZB rechnet in ihrer Dezember-Prognose – die allerdings den jüngsten Ölpreisverfall noch unberücksichtigt lässt – mit einer Teuerungsrate von +0,7% im Jahr 2015 und einer Erhöhung auf +1,3% bis Ende 2016. Die im *Survey of Professional Forecasters* erhobenen langfristigen Inflationserwartungen für 2019 sind zuletzt auf 1,8% und damit unter den von der EZB angestrebten Zielwert für den HVPI von unter, aber nahe 2%, gefallen.

Leitzinsen im Dezember unverändert – Risikoaufschläge größtenteils rückläufig

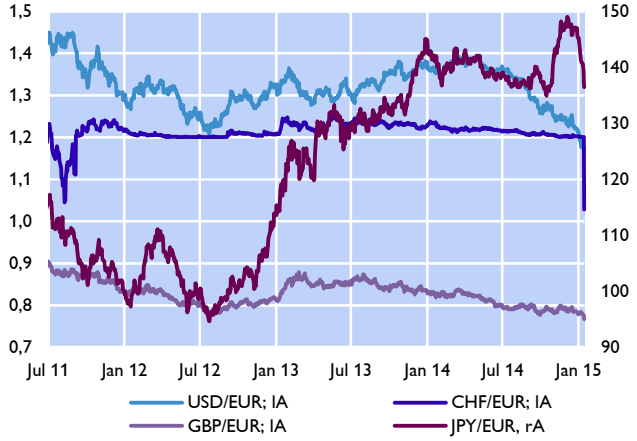
Die EZB hat den Hauptrefinanzierungssatz im Dezember bei +0,05% belassen. Auch die Zinssätze für die Einlagen- und Spitzenrefinanzierungsfazilität blieben auf den am 10. September festgelegten Werten von -0,2% bzw. +0,3%. EZB-Präsident Mario Draghi hat jedoch für Anfang 2015 weitere Maßnahmen zur geldpolitischen Lockerung angekündigt, sollten die Risiken einer anhaltenden Periode niedriger Inflation zu hoch werden.

Die Renditen auf zehnjährige Staatsanleihen sind im Großteil der Euroraum-Länder – ungeachtet der durch die griechischen Neuwahlen angestiegenen politischen Unsicherheit – weiterhin rückläufig. Am 12. Jänner lagen diese in Deutschland bei 0,48%, in Frankreich bei 0,76%, in Italien bei 1,8% und in Portugal bei 2,60%. Diese Entwicklung dürfte auf die lockere Geldpolitik der EZB und die (auch für die längere Frist) niedrigen Inflationserwartungen zurückzuführen sein. Die Zinsen auf zehnjährige griechische Staatsanleihen sind seit Anfang Dezember um rund 1,5Pp. angestiegen und notierten am 12. Jänner bei 9,5%.

SNB hebt Euro-Mindestkurs auf

Am 15. Jänner 2015 hob die SNB überraschend den Euro-Mindestkurs auf. Daraufhin wertet der Schweizer Franken gegenüber dem Euro deutlich auf und schloss am 15. Jänner 2015 mit einem Schlusskurs von 1,03 nur knapp über der Parität. Dies befeuerte auch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar weiter, die bereits als Begründung der SNB für diesen Schritt gedient hatte. Der Euro-Dollarkurs notierte am 15. Jänner bei 1,17. Bereits seit Jahresende 2014 wertet der Euro zudem auch im Vergleich zum Yen ab, nachdem es aufgrund der jüngsten geldpolitischen Maßnahmen der BOJ zu einer zwischenzeitlichen Gegenbewegung des Yen/EUR-Wechselkurses gekommen war. Einzig die Entwicklung des Rubelkurses verläuft zurzeit gegenläufig. Der Rubel wertete seit Jahresbeginn bis 14. Jänner um weiter 10% gegenüber dem Euro ab. In Folge der Entscheidung der SNB kam es aber sogar hier am 15. Jänner zu einer Aufwertung um 2%.

Wechselkurs ausgewählter Währungen zum Euro



Quelle: Thomson Reuters.

Weltwirtschaftliche Erholung weiterhin nur langsam und ungleich

Laut aktueller Prognose der EZB wird sich das globale BIP-Wachstum (ohne Eurowährungsgebiet) 2015 mit +4,0% gegenüber +3,6% von 2014 leicht beschleunigen. Dennoch ist der Ausblick verhalten und heterogen. Neben dem Euroraum wurde auch der Ausblick für Japan hinunter revidiert. Zudem hat die Wachstumsdynamik der Schwellenländer laut OECD abgenommen. Dagegen entwickeln sich die USA und Großbritannien zunehmend dynamisch.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den USA überraschte zuletzt positiv. Die Wirtschaft wies im dritten Quartal 2014 ein Wachstum von +1,3% gegenüber dem Vorquartal auf und

entwickelte sich damit unerwartet stark. Für 2015 erwartet die OECD wie auch die EK ein Wachstum von +3,1%. Das Wachstum wird dabei zurzeit zunehmend vom Binnenkonsum getragen und führte bereits zu einer deutlichen Erholung auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote sank im Dezember auf 5,6%. Vor diesem Hintergrund setzte die Fed einen ersten Schritt zu einer Normalisierung der geldpolitischen Maßnahmen. Nach dem FOMC-Meeting vom 16./17. Dezember 2014 kommunizierte sie nun erstmals nicht mehr, dass sie die Leitzinsen für einen erheblichen Zeitraum („a considerable time") bei null belassen wird. Zeitgleich stellte sie aber fest, dass die Normalisierung der Geldpolitik graduell umgesetzt werden wird. Janet Yellen präzisierte letztlich, dass es für mehrere Treffen („a couple") keine Zinserhöhung geben wird. Dies steht im Einklang mit der Erwartung für ein graduelles Anheben des Leitzinssatzes frühestens Mitte 2015.

Auch in Großbritannien stellt sich das Wachstum zurzeit robust dar. Vor allem der Konsum ist hier seit 2013 die verlässlichste Wachstumsstütze. Diese Entwicklung wird aber vor allem vor dem Hintergrund steigender Hauspreise – seit Anfang 2013 betrug der Anstieg +11% – von einer Reduktion der Sparquote der privaten Haushalte getragen. Die Investitionen stiegen zuletzt auch an. Für 2015 rechnen die OECD und die EK mit einem Wachstum von +2,7%. Damit verbessert sich auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt stetig. Die Arbeitslosenquote sank bei einer relativ stabilen Partizipationsrate bis Ende 2014 auf 6,0%.

Laut EK-Prognose wird Chinas BIP 2014 mit +7,3% wachsen. Dies stellt eine leichte Verlangsamung gegenüber dem Vorjahr (+7,8%) dar, eine Entwicklung, die sich 2015 voraussichtlich weiter fortsetzen wird. Die chinesische Regierung setzte das Wachstumsziel für heuer auf +7,0% herab. Bereits 2014 trug der Konsum stärker zum Wachstum bei als die Investitionen, was auf eine Abschwächung der Investitionen im Immobiliensektor zurückzuführen sein dürfte. Für 2015 plant die chinesische Regierung die Einführung einer Vermögenssteuer, die auch die Besitzer leerstehender Wohnungen treffen wird. Ziel ist die Immobilienpreisentwicklung zu dämpfen.

Japan rutscht in technische Rezession

Das BIP in Japan schrumpfte im dritten Quartal 2014 gegenüber dem Vorquartal um -0,4%, nachdem es bereits im zweiten Quartal aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung im April (von 5% auf 8%) um -1,9% gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen war. Damit steckt Japan seit Anfang 2008 das vierte Mal in der technischen Rezession. Das Ergebnis dieser Entwicklung waren Abwärtsrevisionen für Japans Wachstumsaussichten. Die OECD vermutet, dass das Wachstum 2014 nur mehr niedrige +0,4% betragen hat und rechnet für 2015 mit einem Wachstum von +1,1%. Ungeachtet des eingetrübten wirtschaftlichen Ausblicks wurde die Regierung Abe bei den Wahlen vom 14. Dezember mit einer zwei Drittel Mehrheit bestätigt.

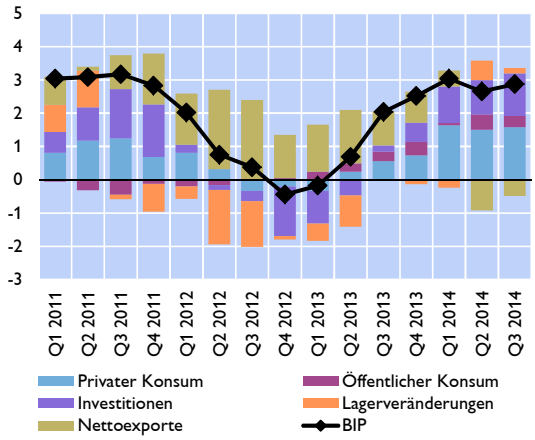
EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Weitere Konjunkturabkühlung bleibt aus[3]

Binnennachfrage entwickelt sich zum wichtigsten Wachstumstreiber

Das Wirtschaftswachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas hat sich im dritten Quartal 2014 wieder etwas beschleunigt. Im Durchschnitt wuchs die Region um 2,7% im Vergleich zum Vorjahresquartal und damit um 0,2 Prozentpunkte stärker als noch im zweiten Quartal, welches aufgrund der Konjunktureintrübung im Euroraum sowie der mit der Krise in der Ukraine zusammenhängenden Unsicherheit etwas schwächer ausfiel. Befeuert wurde das Wachstum vor allem von Polen (der mit Abstand größten Volkswirtschaft der Region; +3,4%), daneben wuchsen aber auch Ungarn und Rumänien überdurchschnittlich stark (um 3,1% bzw. 3,0%).Einzig Kroatien fiel deutlich gegenüber den anderen Ländern der Region ab und konnte die Rezession weiter nicht überwinden.

Reales Wachstum in CESEE

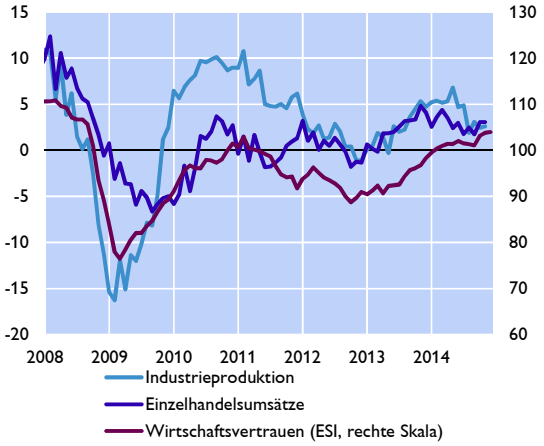
Beiträge in Prozentpunkten, BIP-Wachstum in % (ggü. Vohrjahr)



Quelle: Eurostat.

Vorlauf- und Vertrauensindikatoren in CESEE

jährliche Veränderung in % bzw. in Punkten



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission.

Die Wachstumszusammensetzung zeigt, dass seit Anfang 2014 vor allem die Binnennachfrage das Wachstum trägt. Der private Konsum profitiert von einer durch niedrige Inflationsraten beeinflussten günstigen Reallohnentwicklung sowie einer weiteren Verbesserung auf den Arbeitsmärkten. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der Region sank im November auf 8,4%, den niedrigsten Wert seit Mitte 2009. Zu Jahresbeginn stand sie noch bei 9,7%. Auch beim Kreditwachstum war in den letzten Monaten in vielen Ländern (vor allem in Zentraleuropa) eine verhalten positive Dynamik zu erkennen. Die Investitionen werden weiter von Auszahlungen aus dem mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2007-2013 und jenem für 2014-2020 gestützt. Noch bis Ende 2015 können Auszahlungen aus beiden Finanzrahmen gleichzeitig abgerufen werden.

[3] Autoren: Antje Hildebrandt und Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

Die Region profitierte darüber hinaus von einer Verbesserung des Wirtschaftsvertrauens. Der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission stieg etwa im Dezember auf 103,9 Punkte, dem höchsten Stand seit Anfang 2011. Auch die für die Tschechische Republik und für Polen verfügbaren Einkaufsmanagerindizes standen im Dezember trotz einer moderaten Abschwächung weiter deutlich über der 50-Punkte-Marke, welche eine wirtschaftliche Expansion anzeigt. Gleichzeitig blieb aber das Wachstum der Einzelhandelsumsätze und der Industrieproduktion vergleichsweise schwach. Beide Indikatoren stagnieren seit Mitte 2014 bei einem Wachstum von etwa 2,5%.

Am 1. Jänner 2015 trat Litauen als letzter baltischer Staat dem Euroraum bei

Am 1. Jänner 2015 wurde in Litauen erfolgreich die litauische Litas (LTL) durch den Euro ersetzt. Somit verwenden nun 19 EU-Mitgliedsstaaten den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel. Dem vorausgegangen waren die positiven Konvergenzberichte der Europäischen Kommission und der EZB im Juni 2014 über den Beitritt Litauens in die Währungsunion sowie die anschließende Entscheidung des Rates der Europäischen Union, Litauen im Euroraum willkommen zu heißen. Der unwiderrufliche Umrechnungskurs von 3,45280 LTL zu 1 Euro wurde bestätigt. Dieser Kurs wurde schon Mitte 2004 im Rahmen der ERM II-Mitgliedschaft Litauens festgesetzt.

Bereits 2007 strebte die litauische (wie auch die slowenische) Regierung die Euro-Einführung an. Die Übernahme der Gemeinschaftswährung scheiterte damals an dem Inflationskriterium. Seither hat das Land große Anstrengungen unternommen, um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Während der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigte sich die litauische Wirtschaft sehr anpassungsfähig, insbesondere der Arbeitsmarkt wies eine hohe Flexibilität auf. Nach dem starken wirtschaftlichen Einbruch während der Krisenjahre verzeichnet das Land ein positives Wirtschaftswachstum seit Anfang 2010 und zählt gegenwärtig zu den wachstumsstärksten Ländern der EU. Laut EK wird das BIP 2014 und 2015 um rund 3 % pro Jahr wachsen.

Die Währungsumstellung hat bereits im Sommer 2014 mit der doppelten Preisauszeichnung – in Litas und Euro – sichtbar begonnen und wird mindestens bis Ende Juni 2015 beibehalten, so dass die Litauer sich besser an die neue Währung gewöhnen können. Euro und Litas werden nur für 15 Tage gleichzeitig als gesetzliches Zahlungsmittel im Umlauf sein. In Geschäftsbanken können Litas in Euro kostenlos für ein halbes Jahr getauscht werden, bei der Bank of Lithuania für unbegrenzte Zeit. Öffentliche Umfragen bestätigen, dass sich die meisten Litauer gut oder ausreichend über die neue Währung informiert fühlen. Die neueste Eurobarometer-Umfrage zeigte zudem, dass 63% der Bevölkerung die Einführung des Euro befürworten. Viele Litauer befürchten jedoch, dass die Einführung des Euro zu Preissteigerungen führen wird. Erfahrungen mit der Euroeinführung in anderen Ländern zeigen, dass es einen geringen Einmaleffekt auf die Inflationsrate geben kann. Die litauischen Behörden haben betont, dass sie die Preisentwicklungen auch nach der Euroeinführung genau beobachten werden. Ziel ist es, ungerechtfertigte Preissteigerungen zu verhindern.

Neben der Einführung des Euro ist Litauen auch dem Einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (SSM) beigetreten. Somit ist die EZB nun verantwortlich für die Aufsicht der größten litauischen Banken. Daneben muss Litauen die Verpflichtungen der Two Pack-Verordnungen der EU erfüllen. Dazu gehört beispielsweise, dass der Budgetentwurf für 2015 am 15.Oktober 2015 der EK vorgelegt werden muss.

Weiterhin ändert der Beitritt Litauens zum Euroraum den Abstimmungsmechanismus im EZB-Rat, d.h. es tritt eine monatliche Rotation ein. Die sechs EZB-Direktoriumsmitglieder

bleiben permanent stimmberechtigt. Die Vertreter der 19 Notenbanken des Euroraums teilen sich nun 15 Stimmen, die in zwei Gruppen aufgeteilt werden. Die fünf größten Länder (Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Niederlande) teilen sich vier Stimmen, die übrigen 14 Länder elf Stimmen. Nach wie vor werden jedoch alle Notenbank-Vertreter an den Sitzungen teilnehmen und mitdiskutieren.

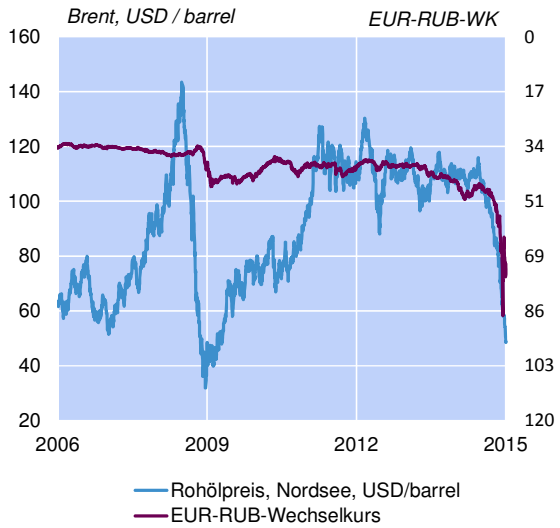
Direkte Auswirkungen der russischen Wirtschaftskrise auf Österreich überschaubar[4]

Ölpreisverfall und Wirtschaftssanktionen verschärfen russische Wirtschaftskrise

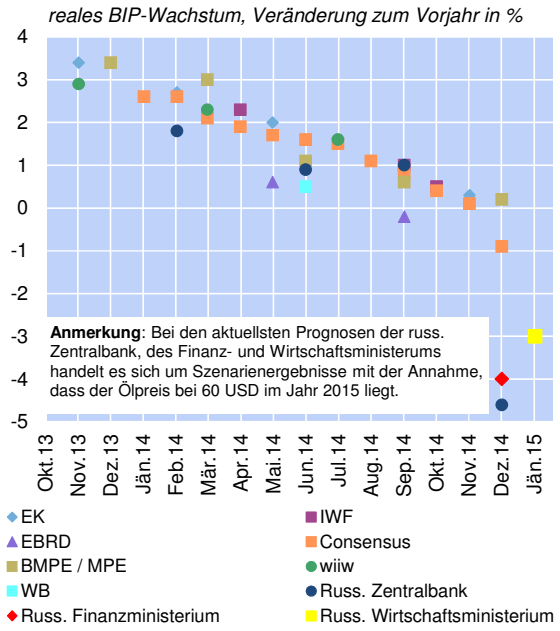
Die russische Wirtschaft war schon vor Ausbruch der geopolitischen Spannungen mit ernsten Strukturproblemen wie etwa schlechtes Investitionsklima, Korruption und überbordende Bürokratie belastet. Daher betrug das Jahreswachstum 2013 nur +1,3 %. Die Sanktionen der USA und der EU entfalteten erst im Lauf des Jahres 2014 ihre Wirkung. Die dritte Stufe der Sanktionen ab August 2014 brachte zudem Refinanzierungsprobleme für Banken und Unternehmen mit sich. Im Gesamtjahr 2014 erreichte der Kapitalabfluss aus Russland (gemäß vorläufigen Angaben) 152 Mrd USD und übertraf damit sogar das Niveau des Krisenjahres 2008. Die Investitionstätigkeit schrumpfte im Zeitraum Jänner bis Oktober um 2,5 % (im Jahresabstand). Auch der Ölpreisrückgang in der zweiten Jahreshälfte 2014, insbesondere dessen Beschleunigung im Dezember, hat erheblich zur deutlichen Abwertung des Rubels beigetragen.

Ölpreisverfall führt 2014 zu Rubelabwertung und intensiviert RU-Krise

Rubel Abwertung folgt dem Ölpreisverfall



Russland: Prognosen für 2015 im Zeitverlauf



Quelle: finanzen.at, Eurostat.

Die Abwertung des Rubels um 45 % gegenüber dem US-Dollar und um 40 % gegenüber dem Euro im Zeitraum sei Mitte 2014 führte zu einem Inflationsschub in Russland. Die VPI-Inflation stieg von 7,8 % Ende Juni auf 11,4 % Ende Dezember 2014 (im Jahresabstand). Die Bevölkerung reagierte auf den Währungsverfall mit einer Ausweitung der privaten Konsumausgaben (v.a. langlebige Konsumgüter – Hamsterkäufe). Devisenmarktinterventionen der russischen Notenbank (CBR) zur Stützung des Rubels führten zur Schrumpfung der

[4] Autoren: Stephan Barisitz (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland), Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen)

Devisenreserven; sie haben vom Ausbruch der Ukrainekrise bis Ende des Jahres 2014 um 21 % oder 389 Mrd USD abgenommen. Der Leitzinssatz wurde von 5,5 % auf 17 % angehoben.

Der beschleunigte Ölpreisrückgang in den letzten Wochen veranlasste die russischen Behörden zu drastischen Prognosekorrekturen. Ausgehend von einem Niveau von etwa 60 USD pro Fass reduzierte die CBR ihren BIP-Wachstumsausblick für 2015 in einem Stress-Szenario auf -4,6 %. Das russische Finanzministerium erwartet auf Basis der Annahme eines durchschnittlichen Ölpreises von 60 USD/Fass eine BIP-Schrumpfung für das Jahr 2015 um 4 %, die Erwartung des russischen Wirtschaftsministeriums liegt bei -3 % für 2015. Seither ist der Ölpreis weiter unter das Niveau von 50 USD pro Fass gesunken (12. Jänner: Brent: 48,65 USD/Fass), womit sowohl ein weiterer Abwärtsdruck auf den Rubel als auch auf das zu erwartende russische Wirtschaftswachstum verbunden ist.

Direkte realwirtschaftliche Auswirkungen der Russlandkrise auf Österreich begrenzt

Trotz der über die letzten zwei Jahrzehnte zunehmenden Intensivierung des Außenhandels mit Russland sind die von der Verschärfung der russischen Wirtschaftskrise ausgehenden direkten Effekte auf den österreichischen Export insgesamt vergleichsweise gering; für spezifische Branchen, wie etwa den Bankensektor, sind sie aber durchaus erheblich. Im Jahr 2013 war Russland zwar der zehntwichtigste Handelspartner bei Güterexporten, der Anteil Russlands an den Gesamtexporten Österreichs betrug nur 2,8 % (Quelle: Statistik Austria). Bei den Dienstleistungsexporten war Russland mit einem Anteil an den gesamten Dienstleistungsexporten von 2,3 % der elftwichtigste Handelspartner Österreichs (Quelle: Zahlungsbilanzstatistik). Die österreichischen Güterexporte nach Russland setzen sich zu 41 % aus Maschinen und Fahrzeugen und zu 52 % aus chemischen Erzeugnissen, bearbeiteten Waren und verschiedenen Fertigwaren zusammen.

Makroökonomische Effekte des russischen Wachstumseinbruchs auf die österreichische Wirtschaft

Annahmen			*Ergebnisse*		
BIP Prognose Russland	2015	2016	**Revision der BIP-Prognose für Österreich**	2015	2016
	Veränderung zum Vorjahr in %			*Veränderung zur Baseline in %-punkten*	
Eurosystem Prognose (Dez.)	0,2	2,0	Direkte Effekte (AQM)	-0,08	-0,07
Russische Notenbank*	-4,6	-1,0	Gesamteffekt (IO-Schätzung)		-0,11
Importprognose Russland			**Auswirkung auf die Beschäftigung**	*in Köpfen*	
Eurosystem Prognose (Dez.)	-1,9	2,4	Direkte Effekte (AQM)	-1.221	-2.658
Russische Notenbank*	-15,0	-3,1	Gesamteffekt (IO-Schätzung)		-3.909

Quelle: EZB, CBR; Berechnungen OeNB.

*) Anmerkung: Stressszenario der CBR, Annahme: Rohölpreis von 60 USD/Barrel 2015-2017.

Die Abwärtsrevision des russischen Wirtschaftswachstums für das Jahr 2015 von +0,2 % auf -4,6 % im Vergleich zu den Annahmen, die der OeNB-Dezemberprognose unterlegt waren, bedingt jedoch eine Abwärtsrevision der russischen Importe, die sich auch in einer schwächeren Nachfrage nach österreichischen Exporten niederschlagen wird. Implementiert man diesen direkten Nachfrageausfall im OeNB-Prognosemodell (AQM) für Österreich, so ergibt sich daraus eine Reduktion des BIP-Wachstums für das Jahr 2015 um 0,08 Prozentpunkte. Inkludiert

man zusätzlich die indirekten Effekte über Handelsverflechtungen mit Drittstaaten, so wird das BIP-Wachstum Österreichs um insgesamt 0,11 Prozentpunkte gedämpft werden.[5]

Die erwartete Rezession Russlands wirkt sich auf das BIP-Wachstum in Österreich aber nicht nur über den Handelskanal dämpfend aus, sondern auch über den Vertrauenskanal. Dieser Effekt ist jedoch empirisch kaum quantifizierbar. Darüber hinausgehend sind zwei weitere Wirkungskanäle zu berücksichtigen: Die Euroaufwertung gegenüber dem Rubel wirkt sich negativ auf die österreichischen Exporteure aus, da sie an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren; dadurch verstärkt sich der negative Handelseffekt in der mittleren Frist. Der Ölpreisverfall, der maßgeblich zur Verschärfung der Wirtschaftskrise in Russland beigetragen hat, sollte die heimische Konjunktur hingegen begünstigen.

Die Abwertung des Rubels und die Sanktionen der USA und der EU gegen Russland führen zudem dazu, dass Europa als Urlaubsdestination für russische Bürger an Attraktivität verliert. Russische Touristen besuchen Österreich hauptsächlich im Winter (70 % der Nächtigungen russischer Touristen erfolgen zwischen November und April). Regional ist der Nächtigungsausfall vor allem in Tirol und Salzburg zu spüren. Im Jahr 2013 wurden 1,95 Mio Nächtigungen von russischen Staatsbürgern in Österreich verzeichnet, das entspricht einem Anteil von 1,47 % an den Gesamtnächtigungen bzw. 2,02 % aller ausländischen Nächtigungen (Quelle Statistik Austria). Russische Gäste tätigen bei ihren Urlauben hierbei höhere Ausgaben als der Durchschnittsgast. 2013 gaben russische Gäste 418 Mio EUR in Österreich aus, das entspricht einem Anteil von 2,74 % aller Tourismuseinnahmen (Quelle: internationale Reiseverkehrsstatistik, OeNB). Auf das österreichische BIP hätte aber selbst ein 100 %-Ausfall der russischen Gäste kaum Auswirkungen. Die gesamte Wertschöpfung aus dem Tourismus für das österreichische BIP liegt bei rund 7,5 % (Quelle: Statistik Austria), somit liegt der Wertschöpfungsanteil von russischen Gästen am österreichischen BIP bei rund 0,1 %.

[5] Dieses Ergebnis basiert auf Berechnungen eines internationalen Input-Output-Modells (IO-Schätzung). Die Ergebnisse können nicht auf einzelne Jahre aufgeteilt werden, sondern stellen einen Gesamteffekt dar.

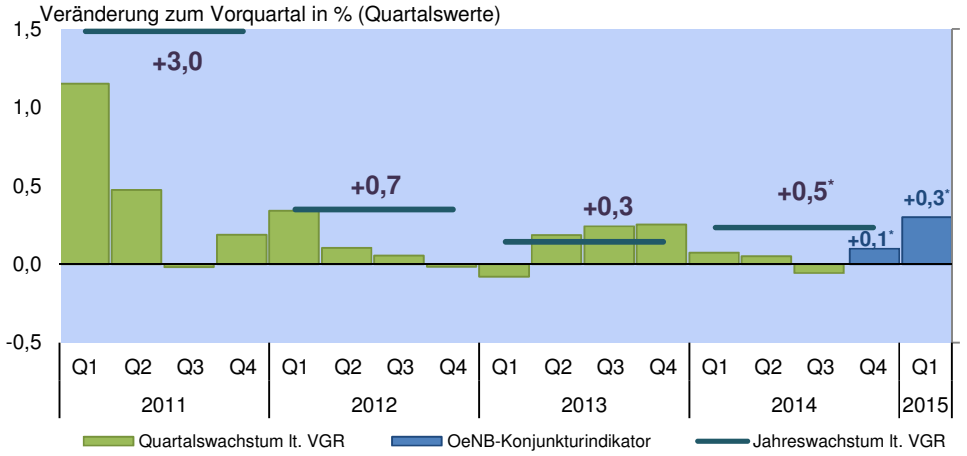
Österreich: Niedriger Ölpreis und Euroabwertung als Lichtblicke im eingetrübten Konjunkturumfeld [6]

Kurzfristprognosen der OeNB deuten auf langsame Wirtschaftserholung hin

OeNB-Konjunkturindikator vom Jänner 2015

Das Wirtschaftswachstum in Österreich fiel im Lauf des Jahres 2014 enttäuschend aus. Die sich in der ersten Jahreshälfte abzeichnende Erholung blieb aufgrund der geopolitischen Spannungen und einer Abschwächung der internationalen Konjunktur aus. Nach einem Wachstum von 0,1% in den beiden ersten Quartalen 2014 (jeweils zum Vorquartal) schrumpfte die österreichische Wirtschaftsleistung im dritten Quartal leicht (-0,1%). Die Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators vom Jänner 2015 signalisieren für das vierte Quartal 2014 ein Wachstum um 0,1% gegenüber dem Vorquartal. Ein Abgleiten in eine technische Rezession mit zwei aufeinander folgenden Quartalen mit einer sinkenden Wirtschaftsleistung zeichnet sich damit nicht ab, ist aber nicht gänzlich auszuschließen. Für das Gesamtjahr 2014 ergibt sich ein Wachstum von +0,5%. Für das erste Quartal 2015 wird nicht zuletzt aufgrund der niedrigen Rohölpreise und der Euroabwertung eine leichte Beschleunigung auf +0,3% erwartet.

Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich für das vierte Quartal 2014 und das erste Quartal 2015 (saison- und arbeitstägig bereinigt)



*) Prognosewerte

Quelle: OeNB-Konjunkturindikator vom Jänner 2015, Eurostat.

Zahlreiche Bremsfaktoren lasteten zuletzt auf der österreichischen Konjunktur. Österreichs Exporteure sind vor allem durch die schwache Nachfrage der europäischen Handelspartner betroffen. So wurden in den ersten zehn Monaten 2014 nach Frankreich (-6,1%), Italien (-0,7%) und Deutschland (-0,1%) weniger Güter geliefert. Darüber hinaus dämpfte der Rückgang der Ausfuhren nach Russland (-7,7%) die Exportaktivität (siehe: Beitrag wieter vorne in diesem Bericht).

Die Abwertung des Euro hat schon in den ersten zehn Monaten des Jahres 2014 zum deutlichen Plus der Ausfuhren in die USA (+7,9%) und das Vereinigte Königreich (+6,7%)

[6] Autor: Christian Ragacs (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

beigetragen. Der positive Impuls für die österreichische Exportwirtschaft sollte auch in den kommenden Monaten bestehen.

Der Ölpreisverfall sollte die heimische Konjunktur ebenfalls begünstigen. Gegenüber den Annahmen der Ölpreise in der OeNB-Dezember-Prognose ist der Ölpreis zuletzt deutlich gesunken. Eine Aktualisierung der erwarteten Erdölpreise für 2015 (2016) zeigt einen Rückgang um 27,5 USD (22,7 USD) pro Barrel der Marke Brent (Stand 12.1.2015). Der Rückgang der Ölpreise wirkt sich unmittelbar auf Konsumenten wie Produzenten aus. Die OeNB erwartet vor allem einen unmittelbaren Impuls beim privaten Konsum. In Österreich führt laut Simulationsrechnungen der OeNB der Ölpreisrückgang (ceteris paribus) zu einem Anstieg des realen BIP im Jahr 2015 von 0,3 Prozentpunkten. Der gesunkene Ölpreis bedingt gleichzeitig einen Rückgang der HVPI Inflation von fast 1 Prozentpunkt (2015).

Makroökonomische Effekte der niedigeren Ölpreise auf die österreichische Wirtschaft

Annahmen			*Ergebnisse*		
Ölpreisannahmen	2015	2016	**Auswirkungen auf die Österreichprognose**	2015	2016
	USD / barrel Brent			*Veränderung zur Baseline in %-punkten*	
Eurosystem Prognose (Dez.)	85,6	88,5	BIP, real	0,29	0,46
Ölpreisannahme: 12.1.2015	58,1	65,8	HVPI-Inflation	-0,96	-0,94

Quelle: EZB, OeNB.

Insgesamt sind die Absatzerwartungen aber weiterhin von einer hohen Unsicherheit geprägt. Die österreichischen Unternehmen sind daher sehr zurückhaltend bei ihrer Investitionstätigkeit. Die Ausrüstungsinvestitionen schrumpften im zweiten und dritten Quartal trotz der im langfristigen Vergleich sehr günstigen Finanzierungskosten. Die seit Jahresmitte 2014 langsam anziehende Kreditvergabe an Unternehmen und der wieder steigende Import von Vorleistungsgütern wie Maschinen und Fahrzeuge sind erste Zeichen für eine mögliche Erholung der Investitionstätigkeit. Von der derzeit schrumpfenden Bauwirtschaft geht ebenfalls kein Konjunkturimpuls aus.

OeNB Exportindikator: Nominelle Güterexporte wuchsen 2014 um 0,8%

In den ersten zehn Monaten des Jahres 2014 wuchsen die Güterexporte kumuliert um 0,6%. Im Oktober drehte laut aktuellen Zahlen von Statistik Austria das Wachstum der nominellen Güterexporte im Jahresabstand wie erwartet ins Minus. Der Rückgang um 4,4% wurde im Rahmen der letzten Veröffentlichung des OeNB-Exportindikators punktgenau prognostiziert (-4,4 %). Der Rückgang ist in erster Linie auf ein ungewöhnlich hohes Exportvolumen im Oktober des Vorjahres zurückzuführen und stellt damit eher ein statistisches Phänomen dar. Für die Prognosemonate November und Dezember wird gemäß dem auf LKW-Fahrleistungsdaten der ASFINAG basierenden OeNB-Exportindikator ein Wachstum der nominellen Güterexporte von 1,7 % bzw. 2,3 % erwartet. Arbeitstageffekte spielen keine nennenswerte Rolle. Die aktuellen Ergebnisse zeigen, dass der Trend eines - wenn auch verhaltenen - Güterexportwachstums ungebrochen ist. Klare Signale für einen stärkeren Exportaufschwung fehlen aber weiterhin. Auch andere Vorlaufindikatoren wie Exportaufträge und Luftfrachtvolumen zeigen ein uneinheitliches Bild.

Für das Gesamtjahr 2014 ergibt sich ein kumuliertes Wachstum der nominellen Güterexporte von 0,8%, ein Prozentpunkt weniger als im Jahr 2013 (1,8%). Für das vierte Quartal wird aufgrund des schwachen Oktoberwertes ein Rückgang von 0,4% prognostiziert.

Schweiz gibt Wechselkursziel auf - Österreich unmittelbar betroffen

Am 15.1.2015 gab die Schweizerische Nationalbank (SNB) überraschend bekannt, ihren Mindestkurs von 1,20 CHF pro EUR aufzugeben. In Folge kam es zu einer unmittelbaren und deutlichen Aufwertung des CHF gegenüber dem Euro, der Kurs hat sich in den Folgetagen auf ein Austauschverhältnis eins zu eins eingependelt. Ein Wertverlust des Euro gegenüber dem Schweizer Franken verbessert die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft und wirkt folglich positiv auf das Wachstum.

Im Jahr 2013 gingen 5,4% der österreichischen Güterexporte in die Schweiz. Die Schweiz nimmt hinter Deutschland, Italien und den USA den vierten Platz ein, im Dienstleistungsbereich ist die Schweiz nach Deutschland der zweitwichtigste Absatzmarkt. Die makroökonomischen Effekte der Abwertung für Österreich sind gering, Modellsimulationen zeigen, dass die Abwertung einen Wachstumsimpuls in Österreich von 0,07% im Jahr 2015 bewirkt.

Negative Auswirkungen sind im Gegensatz dazu für österreichische Kreditnehmer mit CHF-Krediten zu erwarten. Ende November 2014 hatten die privaten Haushalte in Österreich CHF-Kredite im Gegenwert von 24,9 Mrd EUR ausstehend. Das waren 96,4% der Fremdwährungskredite und 18,0% aller Kredite an private Haushalte. Der HFCS 2010 zeigt, dass rund 11% der Haushalte mit einer Kreditverbindlichkeit einen Fremdwährungskredit halten (etwas mehr als 90% der Fremdwährungskredite sind in Schweizer Franken denominiert). Das sind rund 4% aller Haushalte in Österreich. Mit einem Median von rund 80.000 EUR halten diese Haushalte ein weit größeres Kreditvolumen im Vergleich zu Haushalten mit in Euro denominierten Kreditverbindlichkeiten.

Keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt in Sicht – Arbeitslosenzahlen durch einen Rückgang der Schulungsteilnehmer leicht nach oben verfälscht

Im Gesamtjahr 2014 ist die Anzahl der unselbständig Beschäftigten um 0,6% auf 3,503 Millionen angestiegen (nicht saisonbereinigte Jahresdurchschnittswerte laut Statistik Austria). Der Zuwachs bewegte sich in einer ähnlichen Größenordnung wie im Jahr 2013 (+0,5%). Gleichzeitig stieg aber die Anzahl der Arbeitslosen auf 319.000 (+11,2%, Jahresdurchschnitt, AMS) an. Unterjährig stieg die Anzahl der Arbeitslosen laufend an - im Dezember auf insgesamt 394.000 Personen (nicht saisonbereinigt, AMS). Die Arbeitslosenquote (heimische Definition) überschritt im Dezember erstmals die 10-Prozentmarke (10,2%, November: 8,7%). Zusätzlich befanden sich rund 62.200 Personen in Schulung.

Saisonbereinigt – um die Entwicklung am aktuellen Rand besser einschätzen zu können – stieg im Dezember die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat um 1,6%. Die Zahl der Personen in Schulung ist aber um 1,1% gesunken, wodurch die Summe aus Arbeitslosen und Personen in Schulung einen Anstieg von 1,1% aufwies. Ein Rückgang der Anzahl der Personen in Schulung ist bereits seit Oktober des Vorjahres zu sehen. Laut AMS werden in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit – bei gegebenem Budget für aktive Arbeitsmarktpolitik – mehr Mittel zur Beschäftigungssicherung ausgegeben. Zusätzlich bemüht es sich, die Kurse qualitativ zu verbessern und etwa reine Bewerbungskurse in geringerem Ausmaß anzubieten (AMS-Vorstand Herbert Buchinger beim Pressegespräch am 11. Nov. 2014).

Auffallend sind auch die Unterschiede der saisonbereinigten Wachstumsraten des dritten und vierten Quartals 2014. Während sich der Anstieg der Anzahl an Arbeitslosen deutlich beschleunigte, verlangsamte er sich, wenn auch die Zahl der Schulungsteilnehmer Berücksichtigung findet. Die Entwicklung der Vorlaufindikatoren (offene Stellen, Kurzarbeit, Leiharbeit, beabsichtigte Kündigungen) deutet aber nicht auf eine Stabilisierung der Situation zu Jahresbeginn hin. Daran ändert auch nichts, dass die aktuelle Eurostat-Arbeitslosenquote (November 2014) mit 4,9% gegenüber dem Vormonat leicht gesunken ist und wieder die niedrigste im Euroraum darstellt.

Indikatoren des Arbeitsmarktes, saisonbereinigt

	Unselbstständig Beschäftigte		*Arbeitslose*		*Personen in Schulung*		*Arbeitslose und Personen in Schulung*		*Arbeitslosenquote in %*	
	in 1.000	Veränderung Vorperiode in %	in 1.000	Veränderung Vorperiode in %	in 1.000	Veränderung Vorperiode in %	in 1.000	Veränderung Vorperiode in %	AMS	Eurostat
2014M09	3.501	0,1	325,7	1,1	77,7	3,4	403,4	1,6	8,6	5,1
2014M10	3.505	0,1	327,8	0,6	74,0	-4,7	401,9	-0,4	8,6	5,0
2014M11	3.507	0,1	330,9	0,9	71,6	-3,4	402,5	0,1	8,6	4,9
2014M12	3.509	0,1	336,3	1,6	70,8	-1,1	407,0	1,1	8,6	
2014Q1	3.496	0,3	306,7	1,9	77,2	1,9	383,9	1,9	8,0	5,0
2014Q2	3.502	0,2	316,3	3,1	75,7	-1,9	392,0	2,1	8,4	5,0
2014Q3	3.500	0,0	322,7	2,0	76,1	0,5	398,8	1,7	8,5	5,0
2014Q4	3.507	0,2	331,7	2,8	72,1	-5,2	403,8	1,3	8,6	
2012	3.465	1,2	260,6	5,7	66,7	5,5	327,3	5,6	7,0	4,4
2013	3.483	0,5	287,2	10,2	73,5	10,3	360,7	10,2	7,6	4,9
2014	3.501	0,5	319,4	11,2	75,3	2,3	394,6	9,4	8,4	

Quelle: AMS, Eurostat. Saisonbereinigung für alle Variablen außer unselbstständig Beschäftigte und Eurostat-Arbeitslosenquote durch OeNB.

Nach einer Stagnation im dritten Quartal hat die Beschäftigung im vierten Quartal 2014 mit einem Zuwachs von 0,2% (saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) positiv überrascht und konnte auch noch im Dezember leichte Zuwachsraten aufweisen. Aufgrund des schwachen Wirtschaftswachstums (2013: 0,3%, 2014 laut OeNB Konjunkturindikator 0,5%) ist ein gleichzeitiger Anstieg von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung eigentlich nicht zu erwarten.

Rohölpreise und Basiseffekte bedingen den starken Rückgang der österreichischen HVPI-Inflation von 1,5% im November auf 0,8% im Dezember 2014

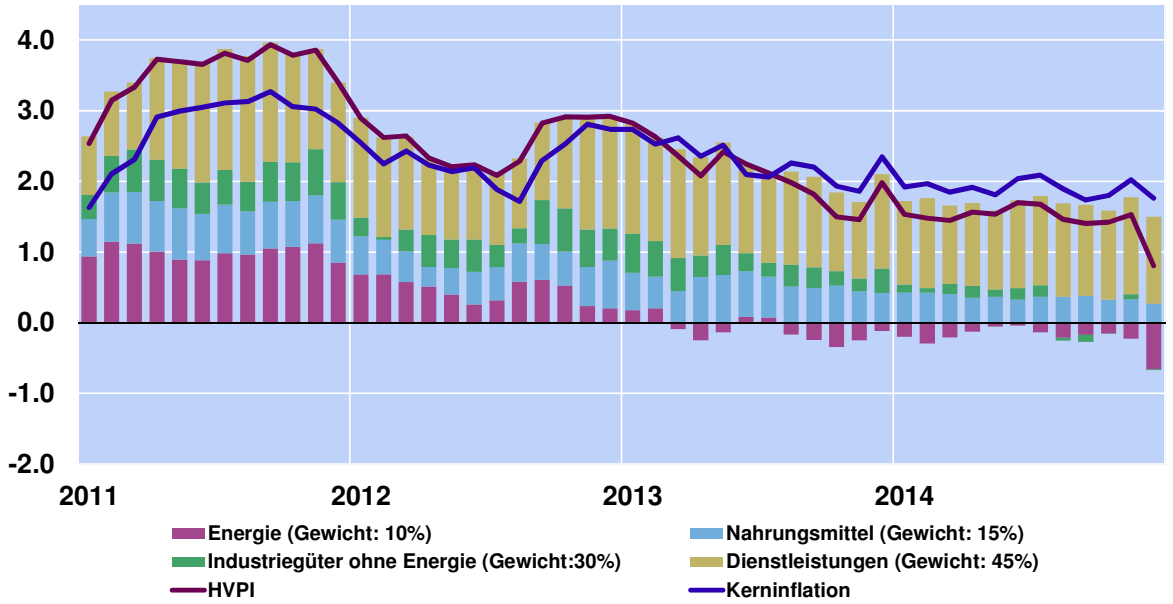
Im Dezember 2014 belief sich die österreichische HVPI-Inflationsrate auf 0,8% und lag damit deutlich unter dem Niveau des Vormonats (1,5%). Auch die Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) ging zuletzt zurück (Dezember: 1,8%; November: 2,0%) wenngleich in einem weit geringeren Ausmaß. Zurückzuführen ist diese Entwicklung vor allem auf die Preisentwicklung bei Energie, deren Jahresteuerungsrate – getrieben vom Preisrückgang bei Rohöl – von -2,4% im November auf -7,0% im Dezember zurückging. Aber auch alle anderen Sondergruppen des HVPI trugen zum Rückgang der HVPI-Inflationsrate bei: Industriegüter ohne Energie (Dezember 2014: 0,0%; November: 0,2%), Dienstleistungen (Dezember: 2,7%; November: 3,1%) und Nahrungsmittel (Dezember: 1,7%; November: 2,2%). In diesen Fällen sind aber größtenteils Basiseffekte verantwortlich, da im Vergleichszeitraum des Jahres 2013 die Teuerung bei Industriegütern ohne Energie und Dienstleistungen stark anstieg (laut Statistik Austria war dies im Fall von Industriegütern auf die relativ geringen Aktionspreise bei Bekleidung und Schuhen im Dezember 2013 zurückzuführen). Die Inflationsrate im Nahrungsmittelsektor verringerte sich vor allem auf Grund der rückläufigen Teuerung bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln (insbesondere bei Gemüse).

Im Jahr 2014 lag die HVPI-Inflationsrate bei 1,5% und damit genau auf dem Niveau der letzten Inflationsprognose der OeNB. Den größten Beitrag zur Inflationsrate trugen Dienstleistungen mit 1,2 Prozentpunkten bei. Die zweitwichtigste Gruppe waren Nahrungsmittel (einschließlich Alkohol und Tabak) mit einem Inflationsbeitrag von 0,4 Prozentpunkten. Bei Industriegütern ohne Energie lag der Inflationsbeitrag im Vorjahr bei 0,1 Prozentpunkten, während Energie mit -0,2 Prozentpunkten einen negativen Inflationsbeitrag aufwies.

HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Subkomponenten

Veränderung zum Vorjahr in % für HVPI und Kerninflation bzw. in %-Punkten für Inflationsbeiträge

Letzte Beobachtung: 0,8% (Dezember 2014)



Quelle: Statistik Austria.

Kreditinstitute: Weiterhin positives Kreditwachstum im November 2014[7]

Rückgang der konsolidierten Eigenmittel österreichischer Banken im dritten Quartal 2014

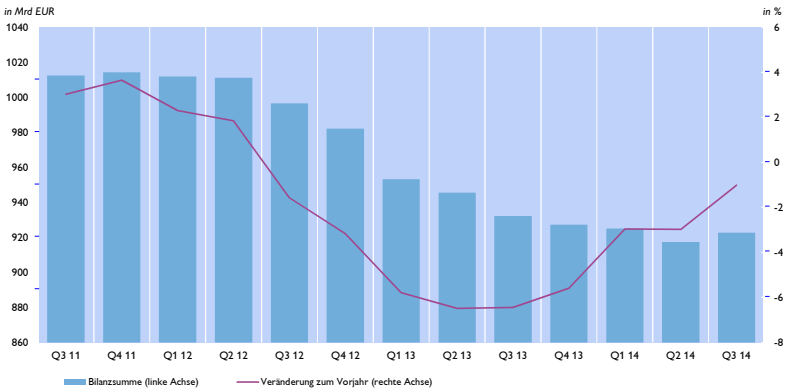
Die konsolidierten Eigenmittel aller österreichischen Banken sanken im 3. Quartal 2014 um 2,1 Mrd EUR auf 88,4 Mrd EUR (im Vergleich zum 2. Quartal 2014: -2,3 %). Beim Kernkapital kam es zu einem Rückgang um 1,2 Mrd EUR auf 67,7 Mrd EUR (-1,8 %), das Ergänzungskapital sank um 869,1 Mio EUR auf 20,7 Mrd EUR (-4,0 %). Bei den SSM-Banken[8] wurde im 3. Quartal 2014 bei den Eigenmitteln ein Rückgang um 1,1 Mrd EUR auf 62,0 Mrd EUR (-1,8 %) ausgewiesen, wobei das Kernkapital um 1,7 Mrd EUR auf 44,9 Mrd EUR (-3,7 %) fiel, sich jedoch das Ergänzungskapital um 614,4 Mio EUR auf 17,1 Mrd EUR (+3,7 %) verbesserte. Der Gesamtrisikobetrag sank global um 8,2 Mrd EUR (-1,4 %) auf 572,6 Mrd EUR, bei den SSM-Banken wurde hingegen ein Anstieg um 3,1 Mrd EUR (+0,7 %) auf 418,1 Mrd EUR gemeldet. Die Kernkapitalquote des gesamten österreichischen Bankensektors reduzierte sich im 3. Quartal 2014 auf 11,8 % (-0,05 Prozentpunkte), die Gesamtkapitalquote auf 15,4 % (-0,15 Prozentpunkte). Die SSM-Banken verzeichneten stärkere Rückgänge, die Kernkapitalquote fiel auf 10,7 % (-0,5 Prozentpunkte) und die Gesamtkapitalquote auf 14,8 % (-0,38 Prozentpunkte).

Bankenbilanzsumme im September 2014 bei 922,8 Mrd EUR

Die unkonsolidierte Bilanzsumme aller österreichischen Banken betrug zum 30. September 2014 922,8 Mrd EUR und lag damit um 9,48 Mrd EUR (-1,0 %) unter dem Vergleichswert des Vorjahres (30. September 2013). Entgegen der Entwicklung der Vorquartale konnte im dritten Quartal 2014 (erstmals seit Q4 2011) ein leichter Anstieg von 0,5 Mrd EUR (+ 0,6 % im Vergleich zum Vorquartal) erzielt werden.

Grafik 1

Unkonsolidierte Bilanzsumme der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute



Quelle: OeNB.

Die gesunkene Jahreswachstumsrate wurde durch Rückgänge im inländischen Zwischenbankgeschäft und im Auslandsgeschäft verursacht. Die Forderungen an inländische Kreditinstitute sanken im Jahresabstand um 12,1 Mrd EUR (-8,0 %), die Verpflichtungen lediglich um 7,8 Mrd EUR (- 5,0 %). Im Bereich der Auslandsforderungen war ein Rückgang von 9,2 Mrd EUR (-3,1 %) festzustellen, wobei im speziellen die Forderungen an ausländische Kreditinstitute um 6,8 Mrd EUR (-6,8 %) zurückgingen. Die Auslandsverbindlichkeiten gingen um 12,7 Mrd EUR

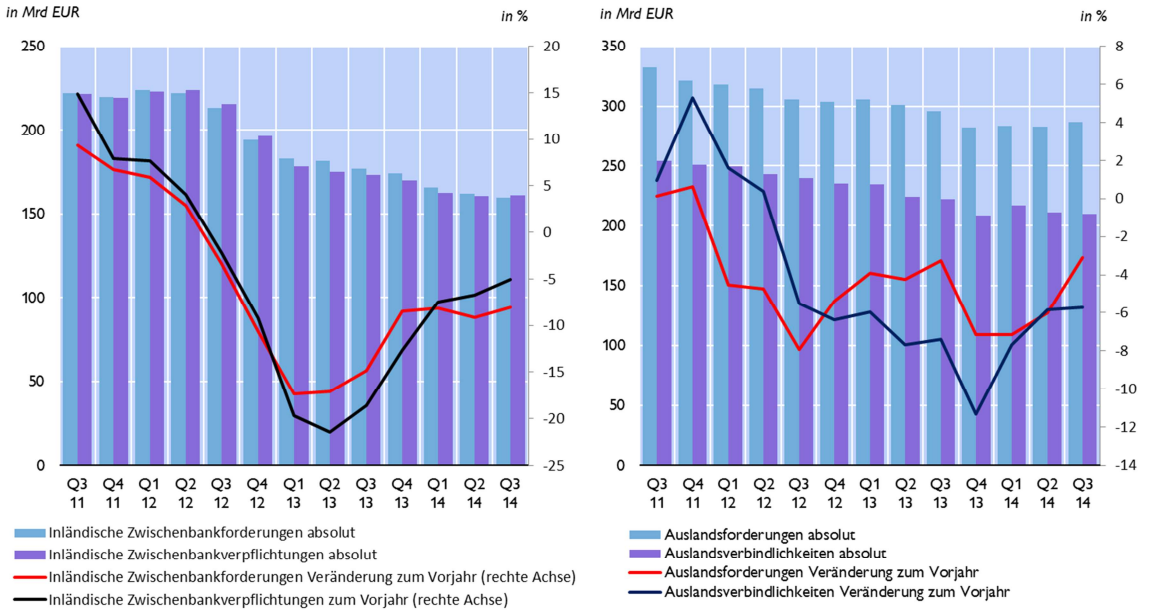
[7] Autoren: Martin Bartmann, Patrick Thienel (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik)

[8] SSM-Banken-Definition: Promontoria (BAWAG), Erste, RZB, Raiffeisen Holding NÖ-W, RLB OÖ, Haftungsverbund VBAG, VTB Bank (Austria), Sberbank Europe, UniCredit BA (keine österr. SSM-Bank).

(-5,7 %) zurück. Hier sanken die Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten um 4,5 Mrd EUR (-5,8 %).

Grafik 2

Entwicklung von Auslandsgeschäft und Zwischenbankgeschäft der in Österr. meldepflichtigen Kreditinstitute



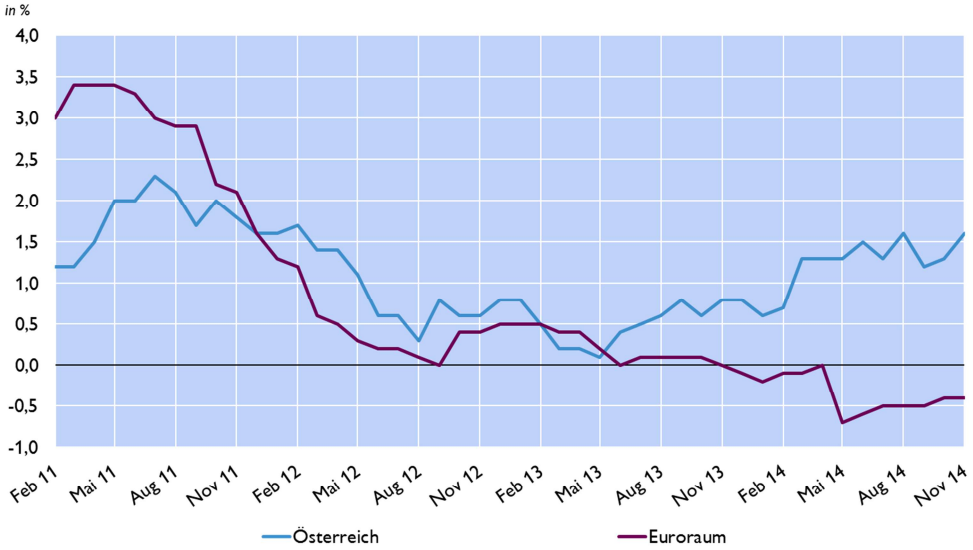
Kreditwachstum privater Haushalte und Unternehmen steigt im November weiter an[9]

Der um Wechselkurseffekte, Abschreibungen und Reklassifikationen bereinigte Jahresveränderungswert des Kreditvolumens österreichischer Monetärer Finanzinstitute (MFI) an inländische private Haushalte entwickelte sich im November 2014 mit 1,6 % (auf 141,2 Mrd EUR) weiterhin stabil und lag damit deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt von -0,4 %. Getragen wurde es in Österreich ausschließlich von Wohnbaukrediten, deren Jahreswachstum mit 3,1 % zum bereits achten Mal in Folge über der 3 %-Marke lag. Diese Kredite hatten mit 88,0 Mrd EUR auch den höchsten Anteil am gesamten Kreditvolumen privater Haushalte. Konsumkredite und sonstige Kredite entwickelten sich in Österreich mit -1,2 % (auf 20,5 Mrd EUR) bzw.-0,7 % (auf 32,7 Mrd. EUR) hingegen rückläufig. Im Euroraum war das rückläufige Kreditvolumen privater Haushalte vor allem auf Wohnbaukredite (-0,2 %) und sonstige Kredite (-1,4 %) zurückzuführen. Das negative Jahreswachstum des Euroraums im Wohnbaubereich wurde vor allem durch Spanien und Frankreich beeinflusst, die mit -4,0 % und -2,6 % eine deutlich negative Entwicklung aufwiesen, während Deutschland - ähnlich wie Österreich - mit 2,3 % ein positives Kreditwachstum in diesem Segment verzeichnete.

[9] Im Folgenden werden Daten der Monetärstatistik benützt, da die Standveränderungen um nichttransaktionsbedingte Veränderungen bereinigt werden können.

Grafik 3

Jahreswachstum Kredite an private Haushalte



Quelle: OeNB, EZB.

Nichtfinanzielle Unternehmen hatten im November 2014 ein Kreditvolumen von insgesamt 142,7 Mrd EUR bei österreichischen MFIs aushaftend. Das Jahreswachstum von Unternehmenskrediten wies im November in Österreich mit einem Wert von 1,3 % den höchsten Wert seit März 2013 auf. Der entsprechende Wert im Euroraum-Durchschnitt lag mit -1,6 % im negativen Bereich, die Dynamik des rückläufigen Kreditvolumens nahm jedoch zum bereits vierten Mal in Folge ab. Bei Betrachtung der Länder waren es vor allem Spanien und Italien, die mit Jahreswachstumsraten von -8,5 % bzw. -2,6 % einen großen Anteil an der rückläufigen Entwicklung im Euroraum hatten. Deutsche Unternehmenskredite wiesen mit 1,5 % ein ähnliches Wachstum wie jene in Österreich auf.

Stabil positives Einlagenwachstum trotz historisch tiefer Zinssätze

Trotz des weiter anhaltenden historisch geringen Zinsniveaus, erhöhte sich das aushaftende Einlagenvolumen österreichischer Nichtbanken im November 2014 im Jahresvergleich um 1,8 % auf 307,3 Mrd EUR. Besonders kräftig waren die Zuwächse bei Einlagen der sonstigen Finanzintermediäre (+3,7 Mrd EUR) sowie der privaten Haushalte (+2,2 Mrd EUR). Aufgrund des historisch geringen Zinsniveaus und der flachen Zinsstrukturkurve kam es bei privaten Haushalten weiterhin zu Umschichtungen von gebundenen Einlagen zu täglich fälligen Einlagen. Diese stiegen im Jahresabstand um 9,0 % bzw. 7,6 Mrd EUR, während Einlagen mit vereinbarter Bindungsfrist um -4,1 % bzw. -5,4 Mrd EUR zurückgingen. Bei sonstigen Finanzintermediären war sowohl bei täglich fälligen Einlagen (+1,4 Mrd EUR bzw. +18,2 %) als auch bei Einlagen mit vereinbarter Bindungsfrist (+2,3 Mrd EUR

Einlagen von österreichischen Nichtbanken			
	Stand November 2014	Jahresabstand	
	in Mrd. EUR	*in %*	*in Mrd. EUR*
Insgesamt	307,29	1,80	5,3
private Haushalte	217,54	1,00	2,2
nichtfinanzielle Unternehmen	53,38	-0,30	-0,2
sonstige Finanzintermediäre	15,54	32,50	3,7
Versicherungen und Pensionskassen	5,00	-13,90	-0,8
sonstiger Staat	10,65	4,80	0,5
Zentralstaat	5,39	-0,20	-0,2
Quelle: OeNB.			

bzw. +57,1 %) ein steigendes Einlagenvolumen zu beobachten. Diesen Entwicklungen steht eine geringfügig negative Wachstumsrate bei Einlagen nichtfinanzieller Unternehmen (-0,3 %) gegenüber. Anders als private Haushalte, bauten Unternehmen vor allem täglich verfügbare Mittel im Ausmaß von 1,7 Mrd EUR (-4,5 %) ab, während gebundene Einlagen (+0,7 Mrd EUR bzw. 4,8 %) oder Einlagen mit Kündigungsfrist (+0,9 Mrd EUR) aufgebaut wurden.

Vergleicht man die Entwicklung mit dem Euroraum, so war auch dort ein ähnlicher Anstieg des Einlagenniveaus von Nichtbanken mit +1,5 % zu verzeichnen. Treiber des Einlagenwachstums im Euroraum waren neben privaten Haushalten (+2,2 %) aber die nichtfinanziellen Unternehmen (+5,2 %). Im Vergleich dazu sanken im Euroraum die Einlagen von sonstigen Finanzintermediären um -4,4 %.

Historische Tiefststände bei Kredit- und Einlagenzinssätzen

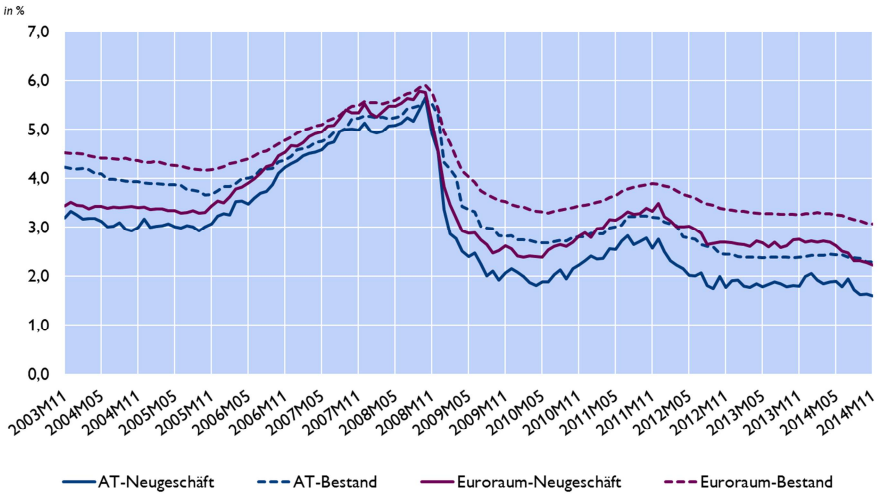
Die EZB-Leitzinssatzsenkung vom 4. September 2014 auf 0,05 % ließ die Geldmarktzinssätze und die Kundenzinssätze auf neue Tiefststände fallen. Der 3-Monats-Euribor – ein wichtiger Referenzzinssatz bei neu vergebenen Krediten – reduzierte sich von 0,19 % im August auf 0,10 % im September 2014 und sogar weiter auf 0,08 % im November 2014.

Die Leitzinssatzsenkung wurde in ähnlichem Ausmaß an nichtfinanzielle Unternehmen weitergegeben. Seit August ging der Zinssatz neu vergebener Unternehmenskredite um 11 Basispunkte (bei Krediten bis eine Million EUR) bzw. um 13 Basispunkte (bei Großkrediten über eine Million EUR) zurück. Mit Zinssätzen von 2,11 % bzw. 1,53 % wurden somit im November 2014 zudem neue historische Tiefststände bei neu vergebenen Krediten bis eine Million bzw. über eine Million EUR an nichtfinanzielle Unternehmen erreicht. Durch den hohen Anteil an variabel verzinsten Krediten schlug sich das geringere Zinsniveau im Neugeschäft bereits deutlich auf die Zinssätze des aushaftenden Kreditbestandes durch. Mit 2,28 % wurde auch bei den Bestandszinssätzen ein neuer historischer Tiefststand erreicht.

Im Euroraum-Durchschnitt wurde bei Krediten bis eine Million EUR mit -25 Basispunkten seit August 2014 ein noch stärkerer Rückgang als jener des Leitzinssatzes beobachtet. Mit einem Zinssatz von 3,18 % lag das Zinsniveau im Euroraum in diesem Segment jedoch noch deutlich über jenem in Österreich. Großkredite über eine Million EUR lagen mit 1,83 % ebenfalls über dem Österreich-Wert, der Rückgang des Zinssatzes war hingegen mit -6 Basispunkten geringer ausgeprägt.

Grafik 4

Bestands- vs. Neugeschäftszinssätze von Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen

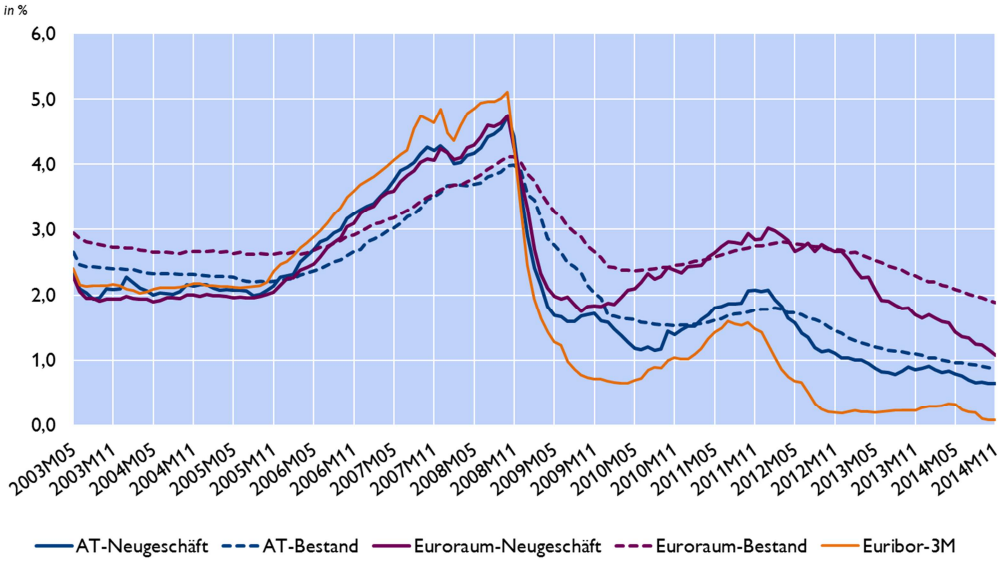


Quelle: OeNB, EZB.

Der Zinssatz für neu vergebene Kredite an private Haushalte erreichte mit 2,53 % ebenfalls einen neuen historischen Tiefststand und ging seit der Leitzinssatzsenkung um 21 Basispunkte und damit stärker als im Euroraum-Durchschnitt (-14 Basispunkte) zurück. Private Haushalte konnten dabei über alle Verwendungszwecke hinweg (Konsum-, Wohnbau-, und sonstige Kredite) von den attraktiven Kreditkonditionen profitieren. Vor allem bei Wohnbaukrediten dürfte mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 2,11 % der absolute Tiefpunkt bereits erreicht sein. Konsumkredite wiesen im November einen Zinssatz von 4,81 % auf und lagen damit deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt von 6,41 %.

Grafik 5

Bestands- vs. Neugeschäftszinssätze von Einlagen mit Bindungsfrist privater Haushalte



Quelle: OeNB, EZB.

Die Zinssätze neu vergebener Einlagen an private Haushalte reagierten in geringerem Maß als die Kreditzinssätze auf die Leitzinssatzsenkung der EZB. So war im November bei neu vergebenen kurzfristigen Einlagen mit 0,49 % ein Rückgang von 5 Basispunkten im Vergleich zu August erkennbar. Der entsprechende Euroraum-Vergleichswert lag mit 1,05 % noch deutlich über dem Zinssatz in Österreich, ging hingegen im entsprechenden Zeitraum mit -18 Basispunkten deutlich stärker als jener Österreichs zurück. Die Zinssätze neu vergebener Einlagen mit Bindungsfristen zwischen ein und zwei Jahren bzw. über zwei Jahre waren in Österreich mit -2 bzw. -3 Basispunkten kaum von der Leitzinssatzsenkung betroffen. Mit 0,66 % bzw. 1,26 % lag Österreich auch hier in beiden Kategorien unter den Euroraum-Vergleichswerten von 0,89 % bzw. 1,67 %.

Auch die Bestandszinssätze gebundener Einlagen privater Haushalte erreichten im November in Österreich mit 0,87 % und im Euroraum-Durchschnitt mit 1,89 % ihr historisch niedrigstes Niveau. Deutlich geringer ist der Zinsunterschied zwischen Österreich und dem Euroraum-Durchschnitt bei Betrachtung des gesamten durchschnittlichen Einlagenzinssatzes[10] privater Haushalte (Österreich: 0,63 %, Euroraum: 0,86 %). Dieser Umstand ergibt sich vor allem daraus, dass täglich fällige Einlagen in Österreich mit 0,31 % – vor allem bedingt durch Direktbanken – höher verzinst waren als im Euroraum-Durchschnitt (0,22 %).

[10] Inklusive täglich fälliger Einlagen und Einlagen mit Kündigungsfrist.

Konsolidierte Ertragslage der in Österreich tätigen Banken zum 3. Quartal 2014

Das konsolidierte Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen wurde zum 3. Quartal 2014 von allen in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten mit insgesamt 1,0 Mrd EUR angegeben. Damit lag es um 1,3 Mrd EUR (-57,0%) unter dem Vergleichswert zum dritten Quartal des Vorjahres. Berücksichtigt man, dass das damalige Ergebnis noch um 848,9 Mio EUR mehr vom Verlust einer mittlerweile restrukturierten österreichischen Großbank belastet war, erweist sich dieser Rückgang als noch bedeutsamer. Materiell ist die im Jahresvergleich zu beobachtende Verschlechterung vornehmlich auf geringere sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS, einen starken Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge, höhere Abschreibungen bzw. Wertminderungen und deutlich gestiegene Ertragssteuern bei einer Großbank zurückzuführen. Im Ausblick auf künftige Daten zur Ertragslage ist darauf hinzuweisen, dass – wie in den Medien kolportiert – bei einer weiteren Großbank mit deutlichen Belastungen gerechnet werden muss, die das für das 3. Quartal 2014 noch als positiv ausgewiesene Ergebnis stark beeinträchtigen könnten.

Ausblick für österreichische Banken trübt sich ein[11]

Ratings österreichischer Banken durch Risiken aus CESEE belastet – Moody's bestätigt Triple-A Rating der Republik Österreich

Die Ratingagentur Fitch gab am 9. Dezember 2014 bekannt, den Ausblick für das österreichische Bankensystem für das Jahr 2015 bei „negativ" zu belassen. Zum einen begründet Fitch den negativen Ausblick damit, dass von einer geringeren Neigung des Staates zur Unterstützung des Bankensektors ausgegangen wird, vor allem in 2015 wird sich dies durch die um ein Jahr vorgezogene nationale Implementierung des EU-Rahmenwerkes zur Bankenrestrukturierung und –abwicklung (BRRD) fortsetzen. Zum anderen begründet Fitch die Einschätzung mit dem schwierigen operativen Geschäftsumfeld in CESEE sowie mit der nach wie vor verhältnismäßig schwachen Ertragslage der österreichischen Banken im Inland. Insbesondere die Entwicklungen rund um Russland und die Ukraine, aber auch die gestiegenen wirtschaftspolitischen Risiken in Ländern wie Ungarn zählen zu den maßgeblichen Einflussfaktoren der Geschäftstätigkeit der österreichischen Banken. Laut Fitch ist die Profitabilität des Inlandsgeschäfts nicht ausreichend, um den Druck auf die Profitabilität in einigen CESEE Ländern abzufedern. Zusätzlich erwartet Fitch anhaltende Wechselkursschwankungen in einigen CESEE-Ländern, was die Vorhersehbarkeit der Profitabilität sowie die interne Kapitalgenerierungsfähigkeit einschränken und damit die Kapitalausstattung der österreichischen Banken schwächen könnte. Neben diesen Faktoren werden sich auch die Verlangsamung des Kreditwachstums im In- und Ausland, die schwache Kreditqualität, aber auch die regulatorischen Erfordernisse auf die Ertragslage auswirken. Kosteneinsparungen und Konsolidierungen sind aus der Sicht von Fitch notwendig, um dem Druck auf die Profitabilität zu begegnen.

Ende 2014 kam es zu einer starken Abwertung des russischen Rubels, insgesamt hat der Rubel zwischen Anfang 2014 und Ende Dezember 2014 um mehr als 40% abgewertet[12]. Die russische Zentralbank reagierte mit einer massiven Leitzinsanhebung von 10,5% auf 17,0%. Angesichts dieser Entwicklung, der gestiegenen Refinanzierungskosten und des ohnehin bereits eingetrübten Geschäftsumfelds in Russland, das die Ertrags- und Kapitalsituation der dort tätigen Banken schwächt, überprüfte Moody's Ende Dezember 2014 die Ratings der beiden großen österreichischen Bankengruppen Raiffeisen Bank International und UniCredit Bank Austria, die Tochterbanken in Russland haben. Das Rating der Raiffeisen Bank International wurde herabgestuft, das der UniCredit Bank Austria auf „Beobachtung" gesetzt.

Im jährlichen Bericht zu Österreich bestätigt Moody's am 18. Dezember 2014 Österreichs AAA-Rating mit einem stabilen Ausblick. Positiv hervorgehoben werden Österreichs gesunde, gut diversifizierte und wettbewerbsstarke Wirtschaft mit einer positiven internationalen Netto-Investmentposition und das Ausbleiben massiver makroökonomischer Ungleichgewichte. Moody's weist darauf hin, dass das Rating der Republik Österreich unter Druck kommen könnte, sollte weitere staatliche Unterstützung für den heimischen Bankensektor nötig werden, die Wahrscheinlichkeit der Realisierung von Eventualverbindlichkeiten aus der

[11] Autorinnen: Daniela Widhalm, Tina Wittenberger (beide Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)

[12] Siehe auch den Beitrag weiter vorne in diesem Bericht.

Staatschuldenkrise im Euroraum massiv ansteigt oder sich die makroökonomischen Bedingungen in Europa stark verschlechtern.

Risikoeinschätzung und Empfehlungen der OeNB an österreichische Banken

Russland ist neben Tschechien, der Slowakei und der Türkei einer der Kernmärkte für die in CESEE tätigen österreichischen Banken gemessen an der Höhe der Bilanzsumme und an der Profitabilität. Im ersten Halbjahr 2014 blieben die Gewinne der österreichischen Tochterbanken in Russland auf verhältnismäßig hohem Niveau. Höhere Kreditrisikovorsorgen wie auch eine Abschwächung des Kreditwachstums, sowie die allgemeine Unsicherheit rund um die Entwicklungen in Russland, die nicht zuletzt zu einer starken Abwertung des Rubels Ende 2014 führten, dürften allerdings nach Ansicht der OeNB starken Druck auf die Profitabilität der in Russland tätigen österreichischen Banken ausüben. Diese gestiegenen Risiken für die Profitabilität sind besonders in Zusammenhang mit dem allgemeinen Rückgang der Profitabilität österreichischer Tochterbanken in CESEE, der verstärkten Konzentration ihrer Gewinne auf einige wenige CESEE-Länder sowie auf die relative Ertragsschwäche im Inland zu sehen.

Druck auf die konsolidierte Profitabilität des österreichischen Bankensektors im Laufe des Jahres 2014 übten v.a. die anhaltende strukturelle Ertragsschwäche im Inland, erhöhter Kreditrisikovorsorgebedarf unter anderem aufgrund von geopolitischen Problemen und auch die konjunkturelle Schwäche in Europa, die sich auch in der Verschlechterung der Kreditqualität des österreichischen Bankensektors widerspiegelt, aus.

Die OeNB empfiehlt in ihrem Financial Stability Report[13] von Dezember 2014 eine Fortführung der Aufsichtsmaßnahmen, die auf die Risiken der Fremdwährungskredite sowie auf die Stärkung der lokalen Refinanzierung der Auslandstochterbanken abzielen. Auch die Eigenmittelausstattung der österreichischen Banken muss weiterhin gestärkt werden. Dies ist insbesondere angesichts der schrittweisen Anhebung der Eigenmittelerfordernisse unter Basel III und ihrer im internationalen Vergleich unterdurchschnittlichen Kapitalisierung erforderlich. Außerdem ist eine bessere Kapitalausstattung notwendig, um Kreditrisiken – die sich vor allem in CESEE in den vergangenen Jahren materialisiert haben – proaktiv adressieren zu können. So ist die OeNB beispielsweise aktiv in der Vienna Initiative 2 involviert, die sich mit dem kostspieligen, aber notwendigen Abbau von notleidenden Krediten in der Region beschäftigt. Ebenso sollen die Bemühungen zur Kostenreduktion insbesondere wegen der Ertragsschwäche im Inland fortgesetzt werden. Die Empfehlungen zielen insgesamt auf die Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle und auf die Reduzierung der systemischen Risiken der österreichischen Banken ab.

[13] Für weiterführende Informationen siehe: http://www.oenb.at/en/Publications/Financial-Market/Financial-Stability-Report/2014/financial-stability-report-28.html

Entwicklungen zum regulatorischen Rahmen der Bankenunion[14]

Der einheitliche Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) ist nunmehr Realität

Die EZB ist seit 4. November 2014 im Rahmen des SSM für die Bankenaufsicht im Euroraum zuständig. Kreditinstitutsgruppen die aufgrund ihrer Größe, wirtschaftlichen Relevanz und Ausmaß der grenzüberschreitenden Tätigkeiten als bedeutend gelten, werden nunmehr direkt von der EZB durch sogenannte gemeinsame Aufsichtsteams, die sich aus Mitarbeitern der EZB und der nationalen Aufsichtsbehörden zusammensetzen, beaufsichtigt. In Österreich wurden 8[15] von aktuell 120 Bankengruppen im Euroraum als bedeutend eingestuft. Gemeinsam mit der UniCredit Bank Austria, die über ihre italienische Mutter am SSM teilnimmt, fallen damit mehr als 60 % der heimischen Bankenaktiva in die direkte Aufsichtszuständigkeit der EZB (Euroraum: 83 %). Die Planung und Ausführung der an die EZB übertragenen Aufgaben obliegen dem dafür geschaffenen Aufsichtsgremium, welches dem EZB-Rat als oberstem Beschlussorgan Beschlussentwürfe vorbereitet, welche als angenommen gelten, wenn der EZB-Rat nicht innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums widerspricht.

Bevor die EZB die Verantwortung über die Aufsicht der Banken übernahm, mussten sich die betroffenen Banken einer umfassenden Überprüfung (Comprehensive Assessement, CA) unterziehen, die von der EZB in Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden zwischen November 2013 und Oktober 2014 durchgeführt wurde. Die Ergebnisse wurden am 26. Oktober 2014 veröffentlicht. Das CA deckte insgesamt eine Kapitallücke von 25 Mrd EUR bei 25 Banken des Euroraumes auf. Zwölf der 25 Banken haben ihre Kapitallücken bereits geschlossen, indem sie ihr Eigenkapital im Jahr 2014 um 15 Mrd EUR erhöhten, bei fünf weiteren Banken ist die Kapitallücke mittlerweile immateriell. Die acht verbleibenden Banken legten zwei Wochen nach Bekanntgabe der Ergebnisse ihre Kapitalpläne der EZB vor. Kapitallücken, die im Rahmen der Überprüfung der Qualität der Aktiva oder im Basisszenario bzw. im Stressszenario des Stresstests festgestellt wurden, müssen innerhalb von sechs bzw. neun Monaten nach Veröffentlichung geschlossen werden.

Von den 6[16] geprüften österreichischen Kreditinstitutsgruppen haben 5 die Prüfung gut bestanden und weisen selbst unter dem schärfsten Stressszenario ausreichende Eigenkapitalpuffer aus. Für die ÖVAG, die sich bekanntermaßen bereits mitten in einem grundlegenden Restrukturierungsprozess befindet, hat der Stresstest die Analysen der nationalen Aufsicht bestätigt, und eine Kapitallücke ohne Restrukturierungsmaßnahmen von 865 Mio EUR im Jahr 2016 ausgewiesen.

---

[14] Autorin: Gabriele Stöffler (Abteilung für Europäische Aufsichtsgrundsätze und Strategie)

[15] BAWAG, Erste Group Bank AG, Österreichische Volksbanken, Raiffeisen-Holding Niederösterreich- Wien reg.Gen.m.b.H., Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Sberbank Europe AG, VTB Bank (Austria) AG.

[16] Sberbank Europe AG, VTB Bank (Austria) AG nahmen nicht am CA teil, da diese erst im September 2014 als bedeutend eingestuft wurden.

Die Vorbereitungen zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus – (Single Resolution Mechanism, SRM) sind weit fortgeschritten und in weiten Teilen bereits in Kraft

Der einheitliche Abwicklungsmechanismus ist eine logische Ergänzung zur gemeinsamen europäisierten Aufsichtsverantwortung im Rahmen des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus. Erst dadurch wird die Übertragung der Verantwortung für geordnete Abwicklungen auf die europäische Ebene ermöglicht und ein Gleichgewicht zwischen Kontrolle und Haftung hergestellt. In Zukunft sollen nicht überlebensfähige Banken durch einen zentralen Abwicklungsausschuss mit den Mitteln eines zentralen Abwicklungsfonds abgewickelt werden können, ohne dabei die Stabilität des Finanzsystems zu gefährden. Zudem wird sichergestellt, dass Abwicklungsbeschlüsse in allen teilnehmenden Mitgliedstaaten koordiniert und gefasst werden. Insbesondere im Falle grenzübergreifender Insolvenzen ist dieser Mechanismus viel effizienter als ein Netz nationaler Behörden. Der SRM umfasst nur jene Mitgliedstaaten, die auch am Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) teilnehmen.

Das Konzept des einheitlichen europäischen Abwicklungsregimes basiert auf zwei Gesetzgebungsakten, die darauf abzielen, die Abwicklungs- und Sanierungsprozesse zu harmonisieren und effizienter zu gestalten.

Die Verordnung für den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM-VO) sieht einen zentralisierten europäischen Entscheidungs- und Finanzierungmechanismus für Abwicklungen von Banken vor und schafft mit dem Zentralen Abwicklungsausschuss (Single Resolution Board, SRB) und dem Einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF) die dafür notwendigen institutionellen Voraussetzungen. Der SRB ist eine neue Agentur mit eigener Rechtspersönlichkeit und unabhängigem Budget mit Sitz in Brüssel und hat bereits seine Tätigkeit aufgenommen. Vorerst erarbeitet der Ausschuss Maßnahmen für die Vorbereitung zur Abwicklungsplanung, Informationsbeschaffung und Zusammenarbeit mit den nationalen Abwicklungsbehörden. Beschlussfassungen und Maßnahmen zu konkreten Abwicklungen sind erst ab 1. Jänner 2016 möglich.

Der SRF bildet das finanzielle Fundament des Abwicklungsmechanismus. Eigentümer des Fonds ist der Zentrale Abwicklungsausschuss, der diesen auch verwalten wird. Der SRF wird durch finanzielle Beiträge der Bankindustrie gespeist, wobei sich die individuelle Beitragshöhe auf Basis der Größe und des Risikoprofils des jeweiligen Kreditinstitutes errechnet. Mit der Einrichtung des Fonds soll gewährleistet werden, dass die Belastung der Steuerzahler so gering wie möglich gehalten wird. Das Volumen soll mindestens 1 % der gedeckten Einlagen aller Kreditinstitute entsprechen. Der Fonds wird ab 1. Jänner 2016 innerhalb von acht Jahren aufgebaut und wird daher 2024 voraussichtlich mit 55 Mrd EUR dotiert sein. Die Mittel des Fonds dürfen nur unter strengen Voraussetzungen in Anspruch genommen werden. Dazu zählt im Besonderen, dass die Kosten einer Abwicklung nach einer genau vorgegebenen Reihenfolge zuerst durch Eigentümer und Gläubiger zu tragen sind („Bail-in“).

Nationale Umsetzung der Richtlinie für Sanierung und Abwicklung (BRRD) mit Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) vollzogen

Die BRRD (Bank Recovery and Resolution Directive) schafft ergänzend europaweit harmonisierte Regeln für die Abwicklung von Banken und adressiert drei Eckpunkte: Vorbeugung, frühzeitiges Eingreifen und Abwicklung. Sie ist am 2. Juli 2014 in Kraft getreten und war bis 31. Dezember 2014 in nationales Recht umzusetzen.

Mit der Umsetzung der BRRD durch BaSAG in österreichisches Recht wurde ein nationaler Rechtsrahmen für den Umgang mit Banken in Schieflage geschaffen. Das BaSAG ist am 1. Jänner 2015 in Kraft getreten und trifft Regelungen für folgende drei Themenbereiche und Phasen:

1. die verpflichtende Erstellung von Sanierungsplänen durch die Banken und die Erstellung von Abwicklungsplänen durch die Abwicklungsbehörde samt Befugnissen zur Beseitigung von Abwicklungshindernissen (Vorbeugung);
2. die Möglichkeit für die Aufsichtsbehörden frühzeitig einzugreifen und damit verbundene zusätzliche Eingriffsbefugnisse (Frühintervention); sowie
3. die Einrichtung einer nationalen Abwicklungsbehörde und den ihr zur Verfügung stehenden Befugnissen und Abwicklungsinstrumenten (Abwicklung).

Das BaSAG soll einen geordneten Marktaustritt von Banken ohne signifikante negative Auswirkungen auf die Finanzstabilität, bei gleichzeitigem Schutz von Einlegern und Kunden sowie möglichst geringem Einsatz öffentlicher Mittel, gewährleisten. Die Verpflichtung zur Erstellung von Sanierungs- und Abwicklungsplänen sowie Frühinterventionsbefugnisse der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) hatte der österreichische Gesetzgeber bereits teilweise vorweggenommen und im Bankeninterventions- und –restrukturierungsgesetz (BIRG) bzw. im Bankwesengesetz (BWG) berücksichtigt. Diese waren an die Vorgaben der Richtlinie (BRRD) anzupassen und wurden in das BaSAG integriert.

Als besonders erwähnenswerte Neuerungen sind die Einrichtung der Abwicklungsbehörde, die Schaffung eines Abwicklungsfinanzierungsmechanismus und die Einführung des Bail-in Instruments zur Gläubigerbeteiligung an den Abwicklungskosten bereits mit 1. Jänner 2015 hervorzuheben. Gemäß BaSAG wird die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) als zuständige Abwicklungsbehörde fungieren und – analog zum dualen Aufsichtssystem – eng mit der OeNB zusammenarbeiten. Die Abwicklungsbehörde wird mit weitreichenden Befugnissen sowie Abwicklungsinstrumenten ausgestattet. Die OeNB hat gegenüber dem BMF eine Einbindung in die Sanierung begrüßt, die Übernahme von Abwicklungsagenden – ausgenommen Bereiche mit Auswirkung auf die laufende Aufsicht und Systemstabilität, die keine organisatorische Trennung erfordern würden – jedoch klar abgelehnt.

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU[17] und international[18]

Zeitraum 28. November 2014 bis 15. Jänner 2015

1) EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
28. November 2014	ECON	Wirtschaftspolitischer Dialog und Meinungsaustausch über den Jahreswachstumsbericht und den Warnmechanismusbericht: - Vertagung der Entscheidung über das Vorliegen eines Verstoßes gegen den Stabilitäts- und Wachstumsberichts bei Frankreich, Italien und Belgien auf März 2015. Die Kommission wird die Zusagen dieser Mitgliedstaaten mit allen ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten überprüfen. - Betont wurden die Verbesserung des sozialen Dialogs und der Ausbau der Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern. - Zu der Einführung eines europaweiten Mindestlohns gibt es derzeit keine Pläne, die Kommission will aber die Mitgliedstaaten zur Festlegung von Mindestlöhnen ermutigen und erforderlichenfalls technische Hilfe leisten.
8. Dezember 2014	Eurogruppe Budget-entwürfe	Sondersitzung der Eurogruppe zu den Budgetentwürfen für 2015 der Länder der Währungsunion - Das aggregierte Haushaltsdefizit des Euroraums dürfte weiter rückläufig sein, der aggregierte Schuldenstand stabilisiert sich. - Wachstumsfreundliche Budgetkonsolidierung, wachstums-fördernde Strukturreformen, die auch die fiskalische Nachhaltigkeit stärken, sind prioritär. - Der Euroraum wird im März 2015, nach Vorliegen der Beurteilung durch die Europäische Kommission, bei 3 Ländern (Frankreich, Italien und Belgien) die Situation erneut evaluieren.
8. Dezember 2014	Eurogruppe	Im Mittelpunkt der Eurogruppen-Diskussion stand Griechenland: Die 5te Überprüfung konnte nicht abgeschlossen werden, da wesentliche Grundlagen fehlen (z.B. getroffene Vorab-Maßnahmen). Zwischenlösung:

[17] Autorin: Sylvia Gloggnitzer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

[18] Autorinnen: Andrea W. Hofer und Christina Lerner (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		- Die Troika-Institutionen werden einen Sachstandsbericht liefern. Die griechische Regierung wird einen Antrag auf technische Verlängerung um 2 Monate stellen und gleichzeitig ihr weiteres Engagement bestätigen. Die Eurogruppe wird diesen Antrag positiv prüfen. - Der EFSF kann dann den Antrag um Verlängerung um 2 Monate formell genehmigen. - Geplanter Abschluss der Überprüfungsmission ist Anfang 2015. danach kann es zu einer möglichen Auszahlung der noch offenen EUR 1,8 Mrd. kommen. - Portugal (PT): Die portugiesische Finanzministerin bekräftigte den Willen, am Reformprogramm, im Einklang mit der EDP Frist, festzuhalten. - Anreizsystem für Strukturreformen: Erörtert wurden zahlreiche kurzfristige Möglichkeiten innerhalb des gegebenen Rahmens. Einzelne Vorschläge im längerfristigen Bereich würden Vertragsänderungen erfordern. Dieses Thema wird voraussichtlich Anfang 2015 wieder aufgegriffen werden. - SWP/Flexibilität: Es besteht Einigkeit unter den FinanzministerInnen, dass im präventiven Teil mehr Flexibilität besteht. Im korrektiven Teil hingegen besteht praktisch keine Unterstützung Flexibilität einzuräumen, auch hinsichtlich mehr Zeit für Reformen. Laut Kommission sind Strukturreformen kein ausreichender Grund, um bei den Regeln „nachzulassen“ .
9. Dezember 2014	ECOFIN Rat	Hauptthemen des ECOFIN Rats waren: I.Finanztransaktionssteuer (FTT): Frankreich wünscht nach wie vor die Einführung einer FTT auf alle Transaktionen. Es gibt allgemein einige Fortschritte, daher ist der Zeitplan für einr Einführung mit 1.1.2016 nach wie vor nicht unrealistisch. II.Beitragsleistung der Mitgliedstaaten zum Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF): Politisch konnte eine Einigung erzielt werden. Die Annahme des Rechtsakts wird im schriftlichen Verfahren bis Ende des Jahres erfolgen. Inkrafttreten ist mit 1.1.2015 vorgesehen. III.Wirtschaftspolitische Steuerung: Diskussion des Berichts der von der Kommission und der EIB geleiteten Task Force für Investitionen, der dem Europäischen Rat am 18./19. Dezember vorgelegt wird. IV.Ukraine: Besorgnis über die politische Lage in der Ukraine. Kommission überlegt die Möglichkeit einer weiteren finanziellen Unterstützung, dies wird von der Durchführung von Strukturreformen abhängig gemacht werden.
18./19. Dezember 2014	ER	Die erste Tagung der Staats- und Regierungschefs unter Vorsitz von Donald Tusk befasste sich vorrangig mit dem Thema: Förderung von Investitionen: - Verabschiedung des Investitionspakets für mehr Wachstum und Arbeitsplätze in Europa: Es ist vorgesehen, in Zusammenarbeit

		mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) einen Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) innerhalb der EIB-Gruppe einzurichten, der mit Garantien von rd. 21 Mrd. Euro ausgestattet ist (davon Garantien von 16 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt und 5 Mrd. aus EIB-Mitteln). Der EFSI soll bis 2017 zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 315 Milliarden Euro mobilisieren. Der Europäische Rat (ER) unterstützt diese Investitionsinitiative der Kommission. - Die dafür notwendigen Rechtsvorschläge sollen in einem Schnellverfahren im Europäischen Parlament und im Rat angenommen werden mit dem Ziel des Inkrafttretens im Juni 2015. - Wie die Governance-Struktur des Fonds, der in die EIB-Gruppe integriert wird, sowie die konkrete Projektauswahl aussehen soll, ist derzeit noch offen.
1. Jänner 2015	Eurogruppe/ EZB	Euro Beitritt Litauens: Nach der Verabschiedung der Empfehlung zum Euro-Beitritt durch die Euro-Mitgliedstaaten im Juni-ECOFIN 2014 tritt Litauen als 19. Land dem Euroraum bei, damit auch dem ESM und dem Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Banken). Mit dem Beitritt Litauens zum Euro-Währungsgebiet umfasst der EZB-Rat 25 Mitglieder – die sechs Mitglieder des Direktoriums der EZB und die Präsidenten der nationalen Zentralbanken der 19 Euro-Länder. Mit dem Beitritt Litauens tritt auch das neue Rotationssystem der Stimmrechte im EZB-Rat in Kraft.
1. Jänner 2015	Rat	Lettland übernimmt die EU Ratspräsidentschaft für die kommenden sechs Monate von Italien. Basis dafür ist das gemeinsame strategische 18-Monatsprogramm der Troikapräsidentschaft zwischen Italien, Lettland und Luxemburg. Hauptschwerpunkte: neben der digitalen Agenda für Europa vor allem die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung der EU im Rahmen des Investitionsplans der Kommission, Deeskalierung der Ukraine Krise.

2) IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

Datum	Institution	Ereignis
27. November 2014	WTO	WTO-Vereinbarung zur Unterstützung des multilateralen Handelssystems: Die WTO beschließt nach fast einjährigen Verhandlungen ein Handelserleichterungsabkommen, das nach Ratifizierung durch zwei Drittel der WTO-Mitglieder Teil der WTO-Regeln wird. Das damit geschaffene offene Handelssystem wird zu Wachstum, Arbeitsplatzschaffung und Armutsbekämpfung beitragen.
1. Dezember 2014	G20	Übernahme des G20 Vorsitzes durch die Türkei: Die türkische Präsidentschaft setzt den Focus auf integratives und robustes Wachstum durch gemeinsames Handeln im Jahr 2015. Dies soll durch die **drei „I"** als Pfeiler der türkischen Präsidentschaft verdeutlicht werden: Inclusiveness, Implementation und Investment. **Inclusiveness**: Integratives Wachstum, das für alle Teile der Gesellschaft Vorteile bringen soll und somit ansetzt bei der Förderung von KMUs, Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt und Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit. **Implementation**: Umsetzung der im November 2014 von der G20 in Brisbane beschlossenen Strategien im Rahmen des Brisbane Action Plans. **Investment**: Die türkische Präsidentschaft setzt einen klaren Schwerpunkt auf Investitionen als treibende Wirtschaftskraft. Mit diesen Maßnahmen will die türkische Präsidentschaft die wirtschaftliche Erholung weiter ankurbeln, die Widerstandsfähigkeit gegen zukünftige Schocks erhöhen und so zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.
8. Dezember 2014	IWF	IWF veröffentlicht den Diversity and Inclusion Annual Report 2014: Das IWF-Exekutivdirektorium diskutiert den jährlichen Diversity and Inclusion Report und begrüßt die bedeutsamen Fortschritte des IWF in den letzten Jahren. Der Fokus des IWF bis zum Jahr 2020 liegt weiterhin bei regionaler und geschlechterspezifischer Diversität.
11./12. Dezember 2014	G20	Erstes Treffen der G20 Finance and Central Bank Deputies unter der türkischen Präsidentschaft in Istanbul: Die Türkei betont, dass die Umsetzung der 2010 Quota and Voice Reform des IWF von höchster Bedeutung sei und urgiert, dass diese nun endlich von den USA ratifiziert werde.
2./9. Dezember 2014	IWF / Rumänien	IWF und EK Staff Visit nach Rumänien: Rumänien hält das Wirtschaftsprogramm, das von einem IWF Stand-By Arrangement und einer EK Balance of Payments Assistance unterstützt wird, ein („program on track").

12. Dezember 2014	IWF	Quoten- und Governancereform 2010: Nachdem die USA die IWF-Reformen 2010 nicht im Budgetgesetz inkludieren, informiert die geschäftsführende IWF-Exekutivdirektorin Christine Lagarde, dass das IWF-Exekutivdirektorium im Jänner 2015 alternative Optionen diskutieren wird, um sicherzustellen, dass der Fonds über ausreichende Ressourcen verfügt.
15./16. Dezember 2014	G20	Erstes G20 Sherpa Treffen: Erstes Treffen der G20 Sherpas (i.e. ernannte Vertreter eines jeweiligen Staats- und Regierungschefs eines G20 Landes) in Istanbul. Dabei stimmen die Sherpas überein, dass großer Handlungsbedarf bestehe, um ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum zu erreichen. Weiters werden u.a. die Themen Beschäftigung, Handel, Energie und Antikorruption behandelt.
17. Dezember 2014	IWF	IWF-Website zu externer und öffentlicher Verschuldung: Der IWF veröffentlicht eine erweiterte Version seiner Website zu externer und öffentlicher Verschuldung: *www.tffs.org*
19. Dezember 2014	IWF / Island	Vorzeitige Kreditrückzahlung Islands: Island bezahlt rund ein Fünftel (20%) seines in Form eines Stand-By Arrangements gewährten IWF-Kredits über insgesamt rund 2,1 Mrd. USD vorzeitig zurück und verringert seine Schuld gegenüber dem IWF auf rund 345 Mio. USD.
19. Dezember 2014	IWF	Öffentliche Verschuldungsgrenzen bei IWF-Programmen: Das IWF-Exekutivdirektorium diskutiert die Reform der Politik bei öffentlichen Verschuldungsgrenzen in IWF-unterstützten Programmen (Verschuldungs-Konditionalität) und beschließt strenge Prinzipien, die für alle IWF-unterstützten Programme gelten sollen (a) Verbindung zwischen Verschuldungs-Konditionalität und Vulnerabilität, b) einheitliche Behandlung öffentlicher Schulden, c) Festlegung von Verschuldungsgrenzen).
22. Dezember 2014	IWF	IWF modifiziert die Zusammensetzung des SZR-Zinssatzes Der SZR-Zinssatz, der die Basis für Zahlungen bei IWF-Krediten darstellt, setzt sich aus einem gewichteten Korb der Zinssätze von Euro, Yen, US Dollar und Britischem Pfund zusammen. Am 22.12.2014 beschloss der Executive Board des IWF, diese Zusammensetzung insofern abzuändern, als der bisher geltende Zinssatz des Euroraums (3 monatiger Euribor) mit Wirkung vom 1.1.2015 ersetzt wird durch die 3-Monatsrendite für Eurozonen Staatspapiere mit einer Kreditqualitätsbeurteilung von AA oder höher.
14. Jänner 2015	IWF / Polen	Neue FCL in Höhe von 18 Mrd. Euro für Polen: Am 14. Jänner 2015 beschloss der Executive Board des IWF eine neue zweijährige Flexible Credit Line (FCL) für Polen in Höhe von rund 18 Mrd. EUR. Da die FCL eine „precautionary credit line“ des IWF ist, kann davon ausgegangen werden, dass es zu keinen tatsächlichen Auszahlungen kommen wird. Die neue FCL stellt bereits die vierte FCL

		für Polen dar; die drei vorangegangen FCLs in Höhe von jeweils 16, 23 und 26 Mrd. Euro hatte Polen nie in Anspruch genommen und es sind keine Auszahlungen erfolgt.
14. Jänner 2015	IWF	Quoten- und Governancereform 2010: Nachdem die USA die IWF-Reformen 2010 nicht im Budgetgesetz inkludieren hatten, diskutiert der IWF Executive Board am 14. Jänner 2015 alternative Optionen, um sicherzustellen, dass der Fonds über ausreichende Ressourcen verfügt, und der Reformprozess, soweit dies möglich ist, weitergeführt wird. Im Mittelpunkt stehen dabei, eine kleine Ad Hoc-Quotenerhöhung für die am meisten betroffenen Länder sowie die Verlängerung der bilateralen Übereinkommen und fortlaufende Aktivierungen der Kreditlinien der NAB (New Arrangements to Borrow).

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 21. Jänner 2015

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP			Inflation[1)]			Arbeitslose			Budgetsaldo			Staatsschuld			Leistungsbilanzsaldo		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
	Veränderung zum Vorjahr in %			*in %*			*in % des Arbeitskräfteangebotes*			*in % des BIP*								
USA	2,2	3,1	3,2	1,8	2,0	2,3	6,3	5,8	5,4	-4,9	-4,3	-3,9	105,1	104,6	104,4	-2,6	-2,7	-2,8
Japan	1,1	1,0	1,0	2,8	1,6	1,4	3,8	3,8	3,8	-7,5	-6,4	-5,4	246,1	248,0	248,8	0,6	0,8	1,2
China	7,3	7,1	6,9	2,4	2,4	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x	2,5	2,8	2,8
Euroraum	0,8	1,1	1,7	0,5	0,8	1,5	11,6	11,3	10,8	-2,6	-2,4	-2,1	94,5	94,8	93,8	2,5	2,6	2,5
EU	1,3	1,5	2,0	0,6	1,0	1,6	10,3	10,0	9,5	-3,0	-2,7	-2,3	88,1	88,3	87,6	1,4	1,5	1,5
Österreich	0,7	1,2	1,5	1,5	1,7	1,8	5,3	5,4	5,0	-2,9	-1,8	-1,1	87,0	86,1	84,0	2,4	2,7	2,8
Deutschland	1,3	1,1	1,8	0,9	1,2	1,6	5,1	5,1	4,8	0,2	0,0	0,2	74,5	72,4	69,6	7,1	7,1	6,7
Vereinigtes Königreich	3,1	2,7	2,5	1,5	1,6	1,9	6,2	5,7	5,5	-5,4	-4,4	-3,4	89,0	89,5	89,9	-4,0	-3,7	-3,2
Polen	3,0	2,8	3,3	0,2	1,1	1,9	9,5	9,3	8,8	-3,4	-2,9	-2,8	49,1	50,2	50,1	-2,0	-2,4	-2,8
Ungarn	3,2	2,5	2,0	0,1	2,5	3,0	8,0	7,8	7,8	-2,9	-2,8	-2,5	76,9	76,4	75,2	4,3	4,3	4,3
Tschechische Republik	2,5	2,7	2,7	0,5	1,4	1,8	6,3	6,2	6,1	-1,4	-2,1	-1,7	44,4	44,7	45,2	-1,3	-0,9	-0,4

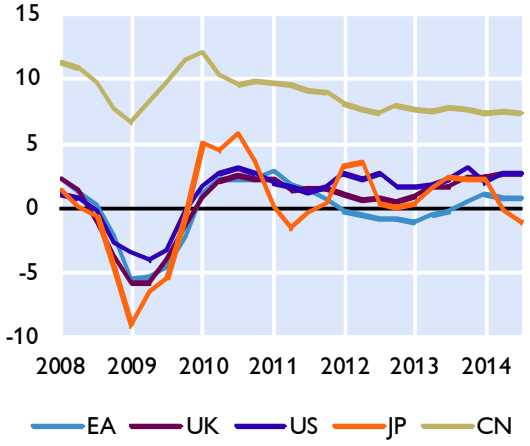
Quelle: Prognose der Europäischen Kommission vom November 2014.

1) HVPI-Inflation; USA, Japan, China: VPI.

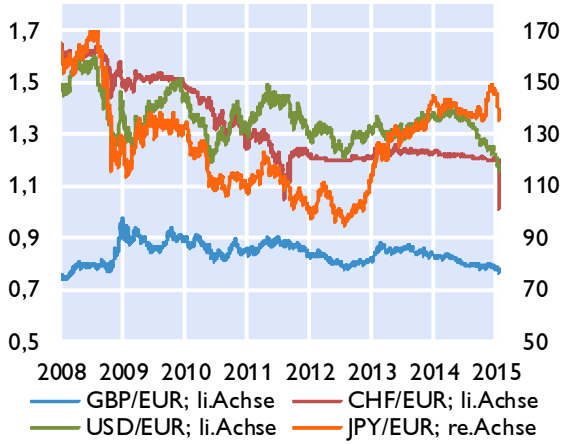
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

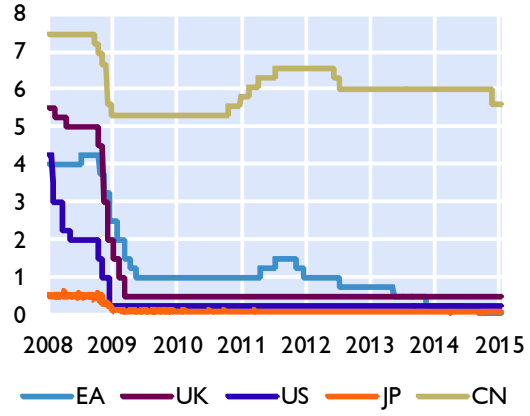


Wechselkurse zum Euro



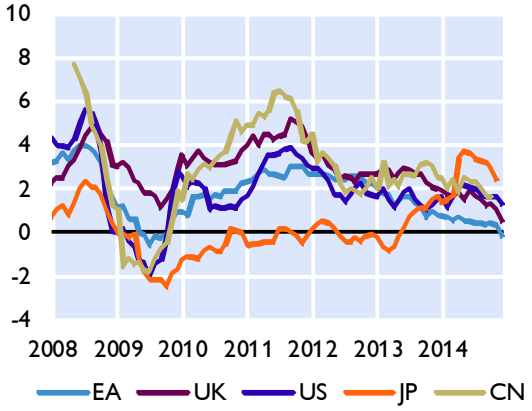
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



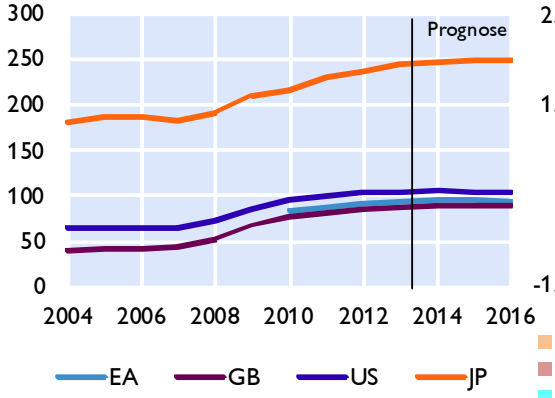
Verbraucherpreisindizes

in %



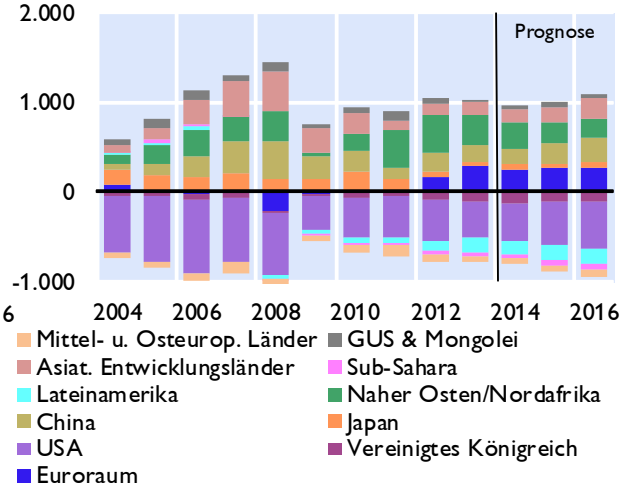
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD



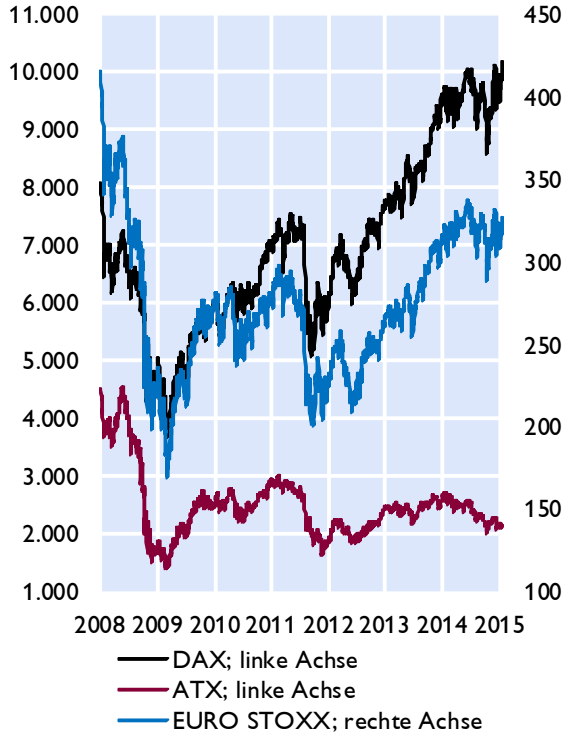
Quelle: Eurostat, EK, IWF, Thomson Reuters, nationale Quellen. Prognosen: WEO Okt.2014 und EK Nov.2014.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

Seite 3

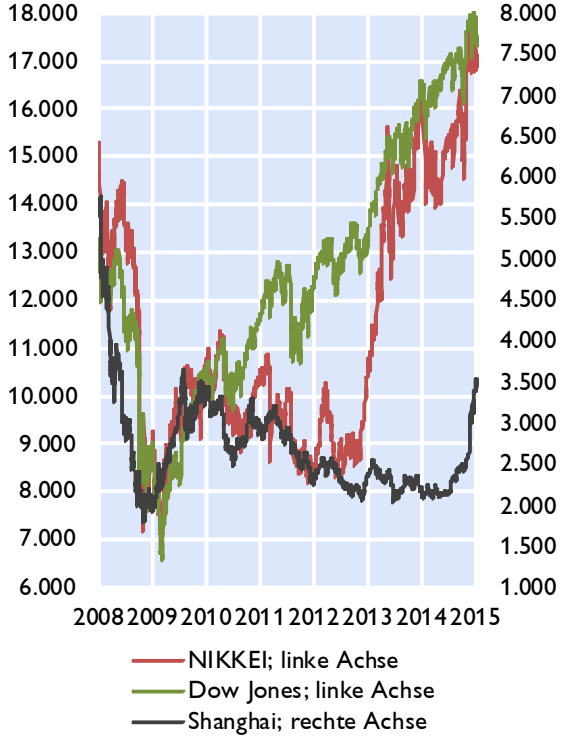
Aktienkurse - Europa

in Punkten



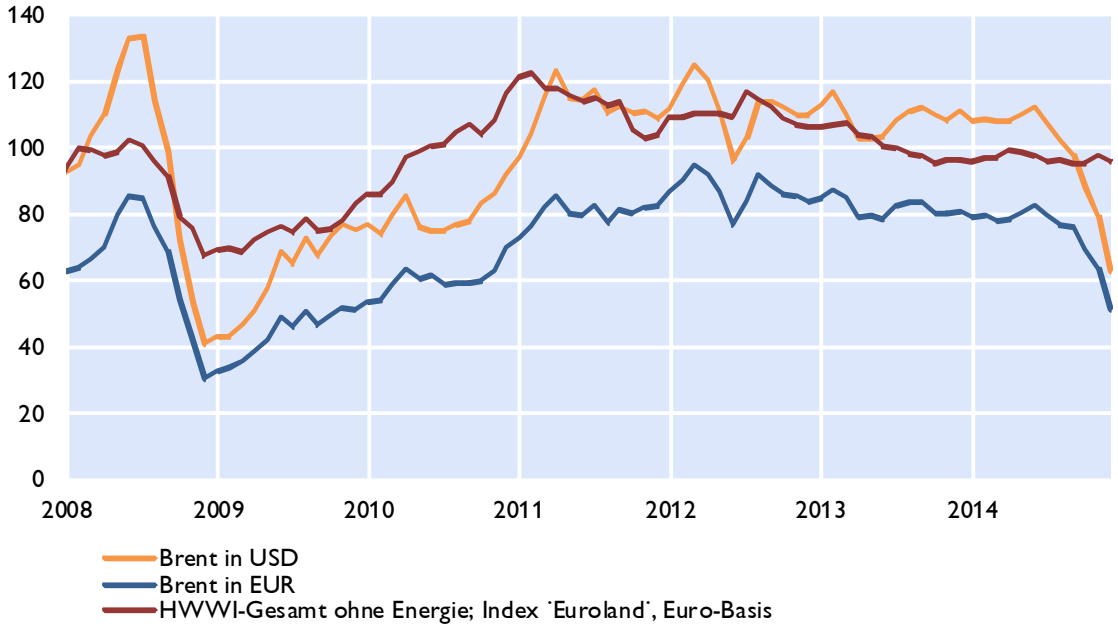
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2010=100



Quelle: Thomson Reuters.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD			IWF			EU-Kommission		
	Dezember 2014			November 2014			Oktober 2014/Jänner 2015			November 2014		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real[1)]	0,8	1,0	1,5	0,8	1,1	1,7	0,8	1,2	1,4	0,8	1,1	1,7
Privater Konsum, real	0,8	1,3	1,2	0,7	1,0	1,3	0,7	1,2	x	0,7	1,1	1,4
Öffentlicher Konsum, real	0,9	0,5	0,4	0,8	0,4	0,6	0,4	0,2	x	0,6	0,3	0,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,7	1,4	3,2	0,5	1,2	3,1	0,7	2,0	x	0,6	1,7	3,9
Exporte, real	3,2	3,2	4,8	x	x	x	3,5	4,3	x	3,1	3,9	5,0
Importe, real	3,3	3,7	4,9	x	x	x	3,4	3,9	x	3,2	3,9	5,5
BIP Deflator	0,9	1,1	1,3	1,0	1,0	1,0	1,0	1,2	x	0,9	1,1	1,6
HVPI	0,5	0,7	1,3	0,5	0,6	1,0	0,5	0,9	x	0,5	0,8	1,5
Lohnstückkosten	1,1	1,1	0,8	1,1	1,2	0,5	1,1	0,9	x	1,1	0,9	0,8
Beschäftigte	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	0,6	0,4	0,7	x	0,4	0,5	0,9
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition											
Arbeitslosenquote	11,6	11,2	10,9	11,4	11,1	10,8	11,6	11,2	x	11,6	11,3	10,8
	in % des nominellen BIP											
Leistungsbilanz	2,1	2,2	2,4	3,0	3,1	3,2	2,0	1,9	x	2,5	2,6	2,5
Öffentliches Defizit	-2,6	-2,5	-2,2	-2,6	-2,3	-1,9	-2,9	-2,5	x	-2,6	-2,4	-2,1
	Prognoseannahmen											
Erdölpreis in USD/Barrel[1)]	101,2	85,6	88,5	101,4	85,0	85,0	96,3	56,7	63,9	102,6	91,0	92,8
Kurzfristiger Zinssatz in %[1)]	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,0	0,1	0,2	0,1	0,2
USD/EUR	1,33	1,25	1,25	1,33	1,24	1,24	1,35	1,34	x	1,33	1,27	1,27
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real USA[1)]	2,2	2,9	2,9	2,2	3,1	3,0	2,4	3,6	3,3	2,2	3,1	3,2
BIP, real Welt[1)]	3,3	3,7	3,9	3,3	3,7	3,9	3,3	3,5	3,7	3,3	3,8	4,1
Welthandel[1)]	2,7	3,9	5,2	3,0	4,5	5,5	3,1	3,8	5,3	3,0	4,6	5,5

1) IWF-WEO Update vom Jänner 2015.

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2013	2014	2013 Q4	2014 Q1	2014 Q2	2014 Q3	2014 Q4	2014 Sept.	2014 Okt.	2014 Nov.	2014 Dez.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	1,3	0,4	0,8	0,7	0,6	0,4	0,2	0,3	0,4	0,3	-0,2
Kerninflation	1,3	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,8	0,7	0,7	0,7
BIP-Deflator des privaten Konsums	1,5	..	0,9	0,8	0,7	..	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	1,2	..	0,7	0,4	0,9	..	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,6	..	1,7	1,3	1,1	..	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,5	..	0,9	0,8	0,2	..	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	-0,2	..	-1,1	-1,6	-1,1	-1,4	..	-1,5	-1,3	-1,6	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	101,0	96,8	96,1	96,7	98,5	95,6	96,3	95,0	95,5	97,5	96
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	82,1	74,5	80,5	79,0	80,3	77,4	61,2	75,8	69,1	63,5	51,07
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	109,0	99,3	109,6	108,2	110,0	102,6	76,6	97,9	87,6	79,2	62,9
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	-0,5	..	0,2	0,3	0,1	0,2	..	x	x	x	x
Privater Konsum	-0,7	..	0,1	0,2	0,3	0,5	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,2	..	0,3	0,1	0,3	0,3	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-2,4	..	0,7	0,3	-0,6	-0,2	..	x	x	x	x
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	-0,3	..	0,3	0,2	0,1	0,3	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,4	..	0,3	0,0	0,1	-0,1	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,6	..	-0,3	0,1	-0,1	0,0	..	x	x	x	x
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	151,3	..	46,5	30,7	46,6	48,0	..	18,2	23,6	20,0	..
Leistungsbilanz	241,3	..	54,6	59,0	57,8	66,1	..	30	..	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	2,4	..	2,2	2,4	2,3	2,6	..	x	x	x	x
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	93,8	101,4	99,1	101,5	102,2	100,9	100,7	99,9	100,7	100,7	100,7
Industrievertrauen (Saldo)	-9,3	-4,2	-4,1	-3,5	-3,6	-4,9	-4,9	-5,5	-5,1	-4,3	-5,2
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	49,6	51,8	51,9	53,4	52,4	51,0	50,5	50,3	50,6	50,1	50,8
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	106,8	108,0	108,7	110,9	110,4	106,3	104,5	104,7	103,2	104,7	105,5
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	-0,7	..	1,6	1,4	1,0	0,4	..	0,1	1,0	-0,3	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-18,6	-10,0	-14,4	-11,2	-7,7	-9,9	-11,2	-11,4	-11,1	-11,5	-10,9
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	-0,8	..	0,5	1,0	1,3	1,0	..	0,7	1,7	1,3	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	78,0	79,9	78,4	80,1	79,5	79,8	80,0	x	x	x	x
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1)]	12,0	..	11,9	11,7	11,6	11,5	..	11,5	11,5	11,5	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	-0,9	..	0,1	0,1	0,2	..	..	x	x	x	x
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	1,0	..	1,0	1,0	1,6	2,0	..	2,5	2,5	3,1	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	2,3	2,7	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	-0,1	..	-0,1	-0,1	-0,7	-0,5	..	-0,5	-0,4	-0,4	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,25	0,05	0,25	0,25	0,15	0,05	0,1	0,05	0,05	0,05	0,1
3-Monats Zinssatz (%)	0,22	0,21	0,23	0,30	0,30	0,16	0,1	0,10	0,08	0,08	0,1
10-Jahres Zinssatz (%)	3,00	2,05	2,97	2,81	2,23	1,80	1,5	1,66	1,62	1,54	1,4
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	2,78	1,84	2,75	2,52	1,93	1,64	1,4	1,56	1,54	1,46	1,3
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2)]	109,7	106,9	107,8	103,6	105,0	108,8	110,1	108,2	108,0	103,9	118,4
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	281,8	318,7	305,3	315,9	326,4	319,4	313,3	324,0	304,2	315,7	320,3
Wechselkurs USD je EUR	1,33	1,33	1,36	1,37	1,37	1,33	1,2	1,29	1,27	1,25	1,2
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3)]	101,6	102,2	103,1	103,8	103,8	101,6	99,5	100,3	99,5	99,5	99,6
real effektiver Wechselkurs des EUR[3)]	98,9	98,6	100,0	100,7	100,1	97,9	95,7	96,7	95,8	95,7	95,6
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-2,9	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	93,3	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x

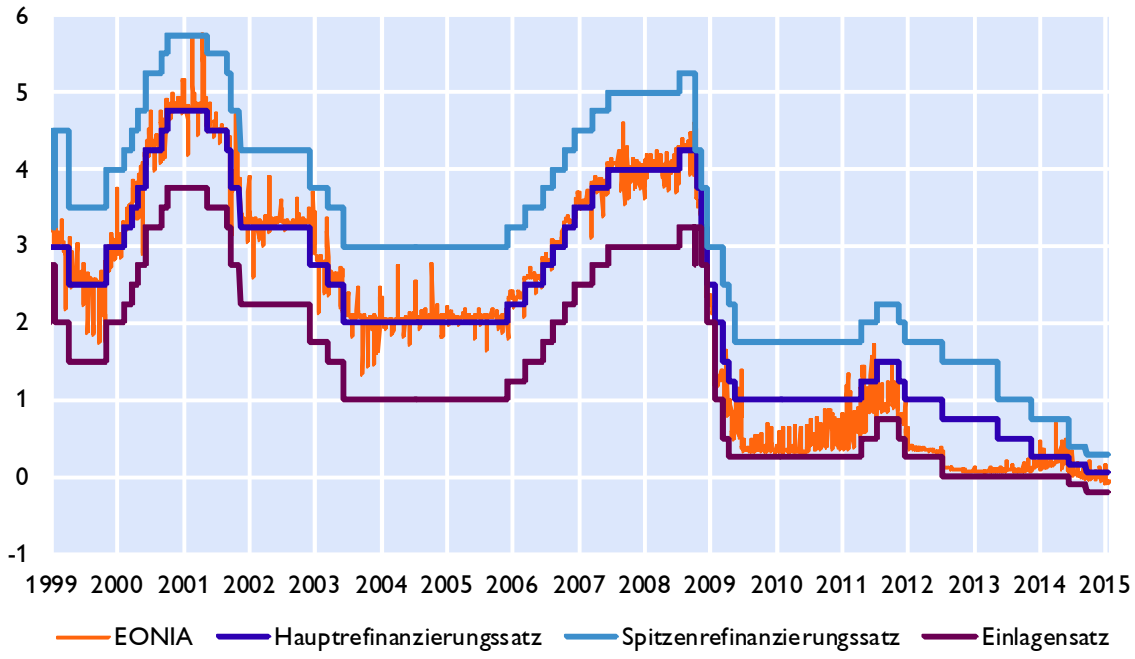
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Thomson Reuters, HWWI, Markit, ifo.

*1) ILO-Definition. 2) Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch). 3) Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100). *) Schnellschätzung*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

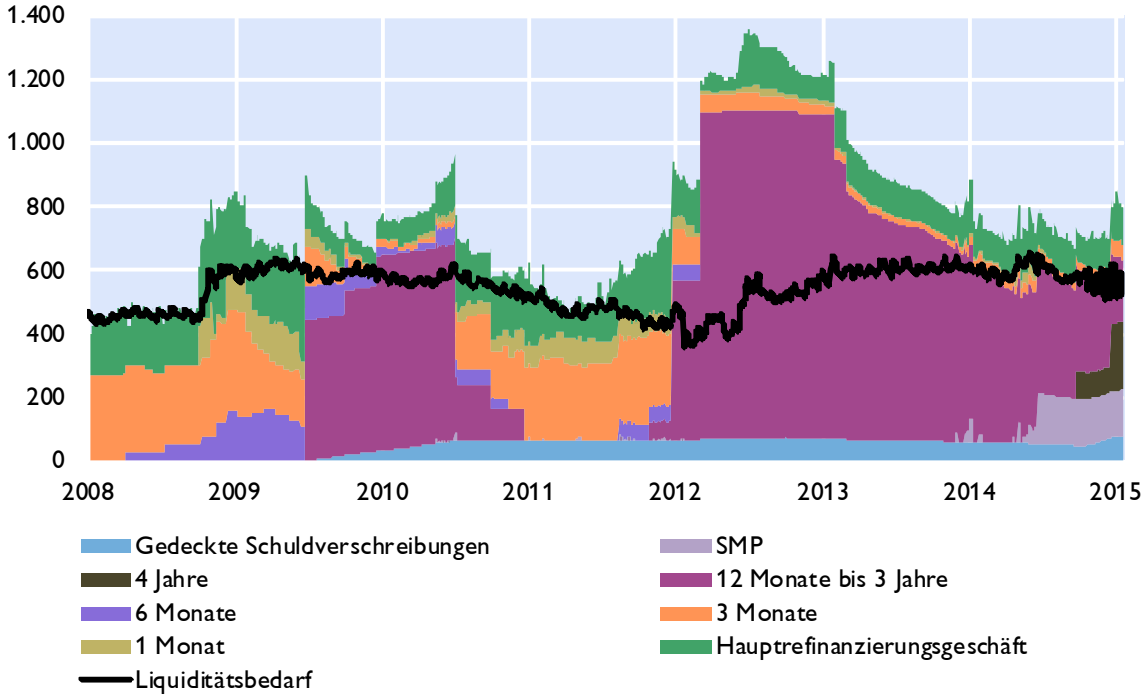
EZB-Leitzinssätze und EONIA

in %



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd Euro

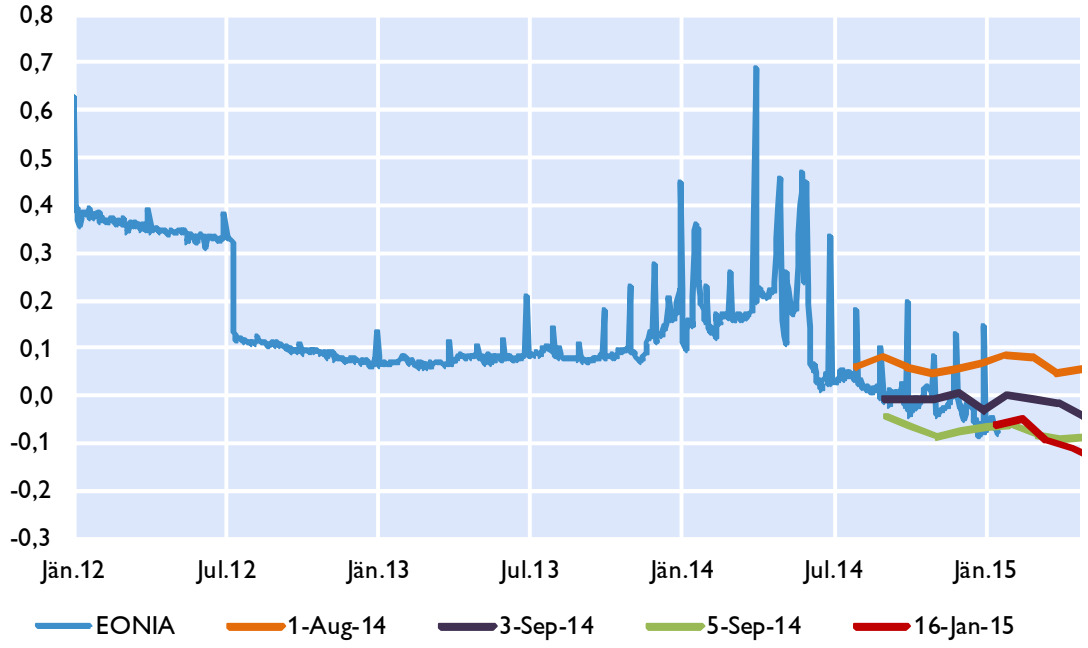


Quelle: Thomson Reuters, EZB, OeNB.

Euroraum: Zinserwartungen

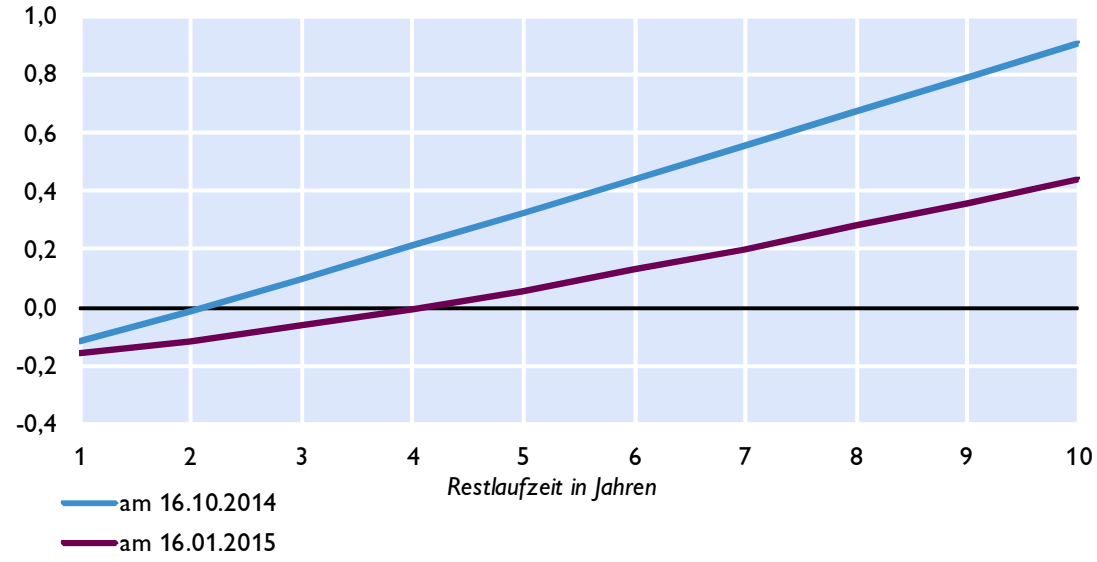
Markterwartungen über den Verlauf des EONIA

berechnet aus EURO Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für AAA Staatsanleihen im Euroraum

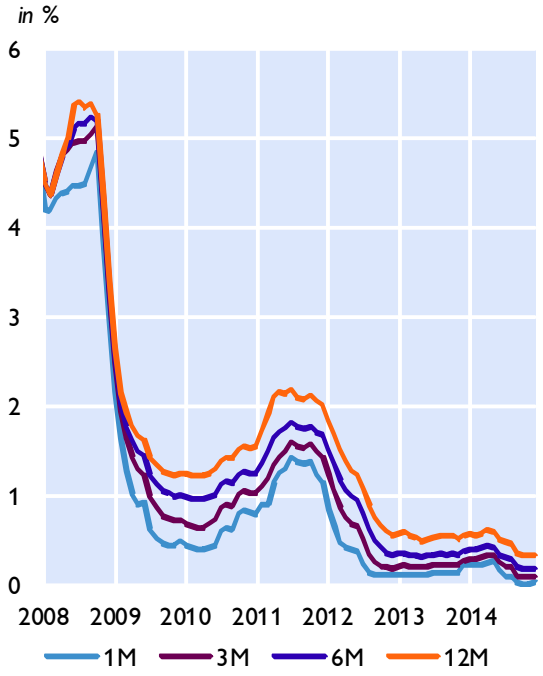
in %



Quelle: Thomson Reuters.

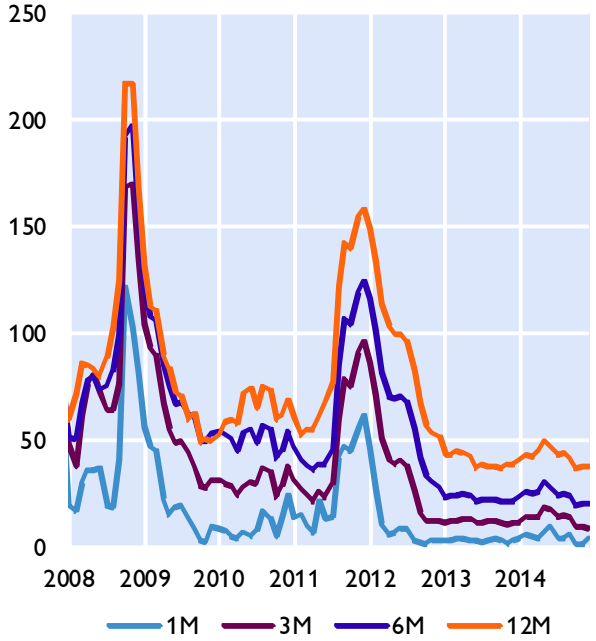
Euroraum: Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen

Euribor-Sätze



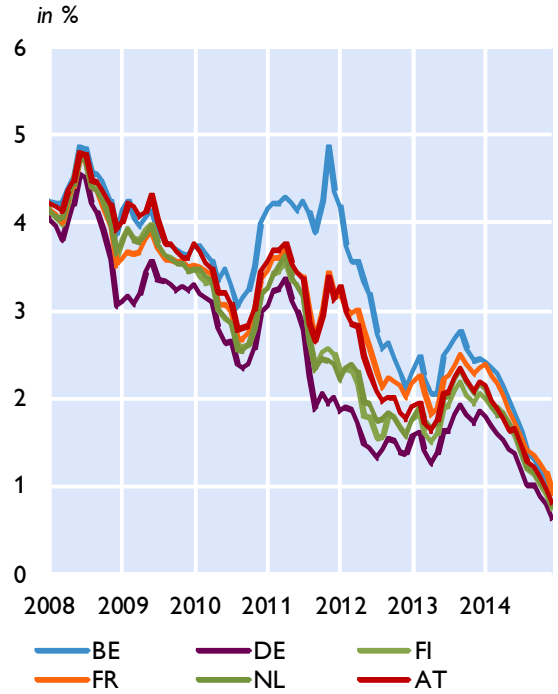
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus EURO Overnight Index Swap in Basispunkten

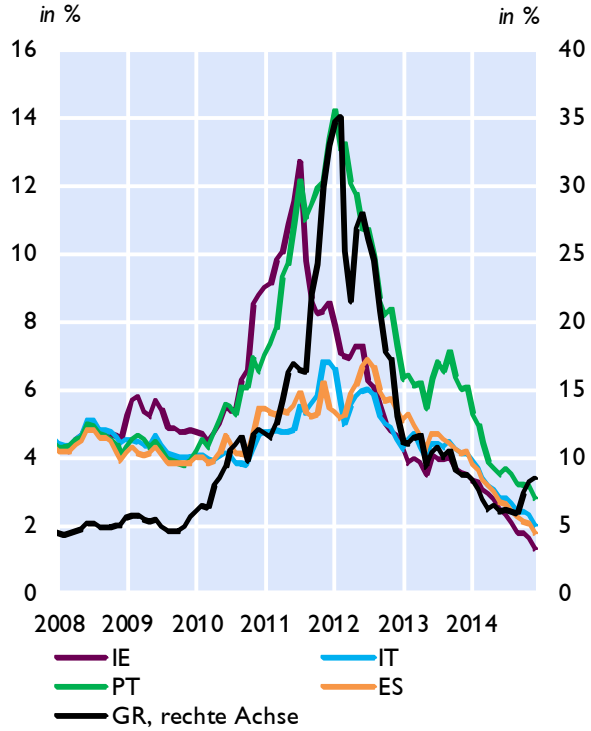


Renditen 10-jähriger Staatsanleihen

Niedrigzinsländer



Hochzinsländer

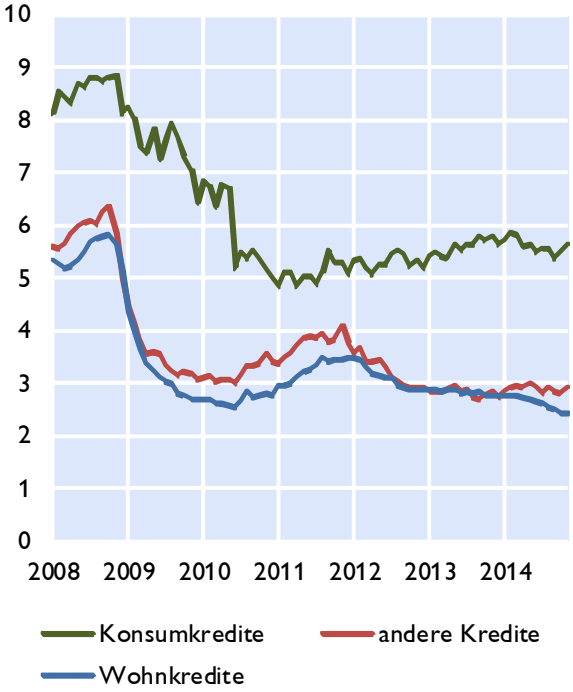


Quelle: Thomson Reuters.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

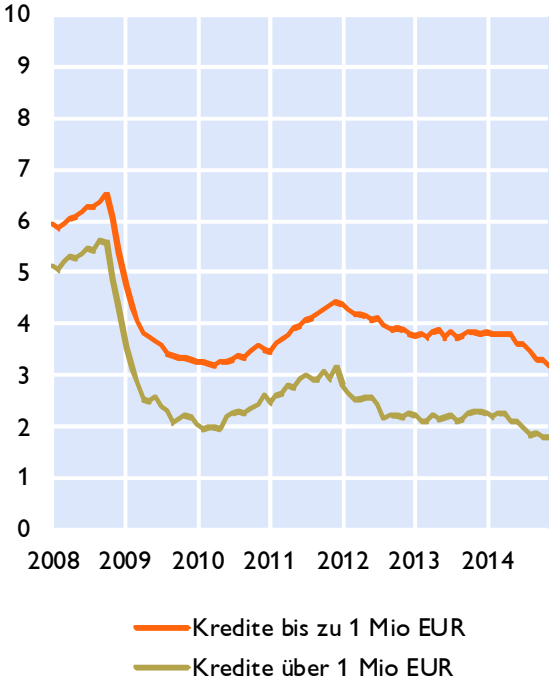
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



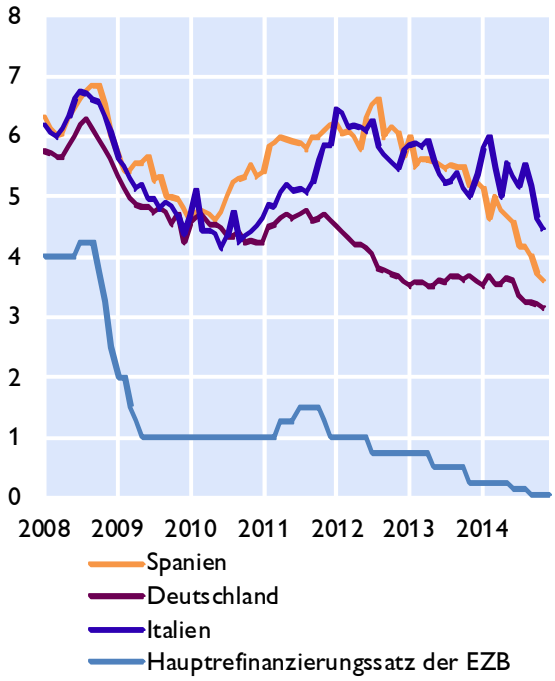
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



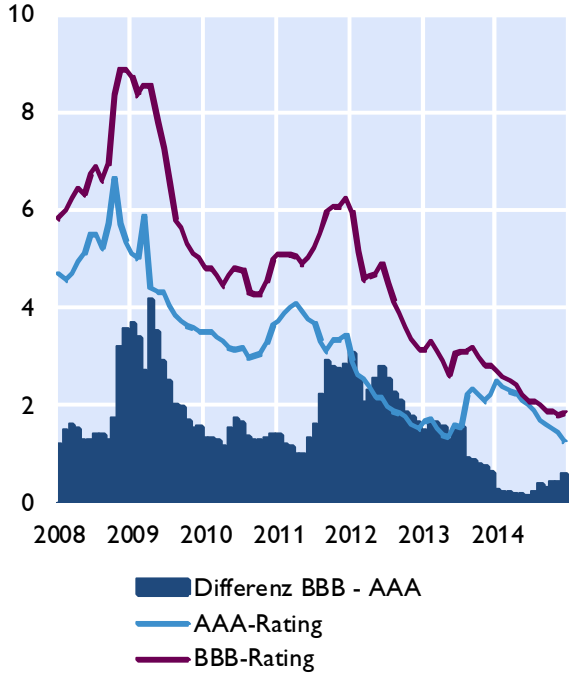
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Unternehmensanleihen

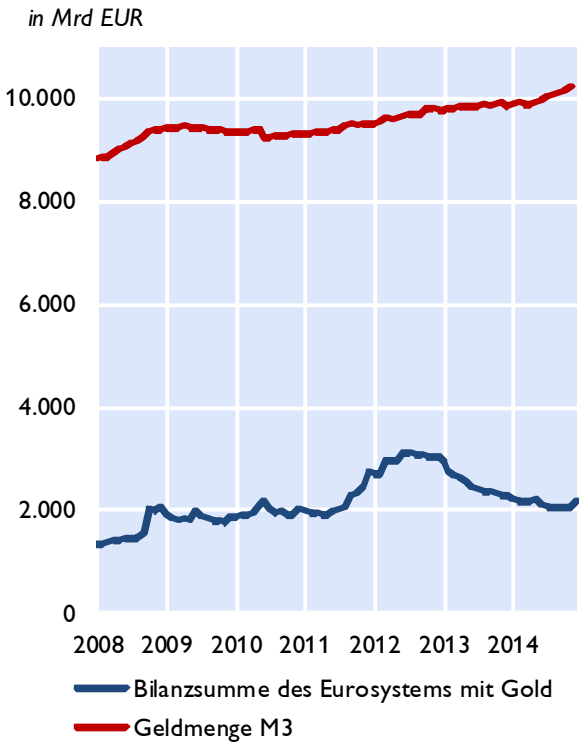
in %



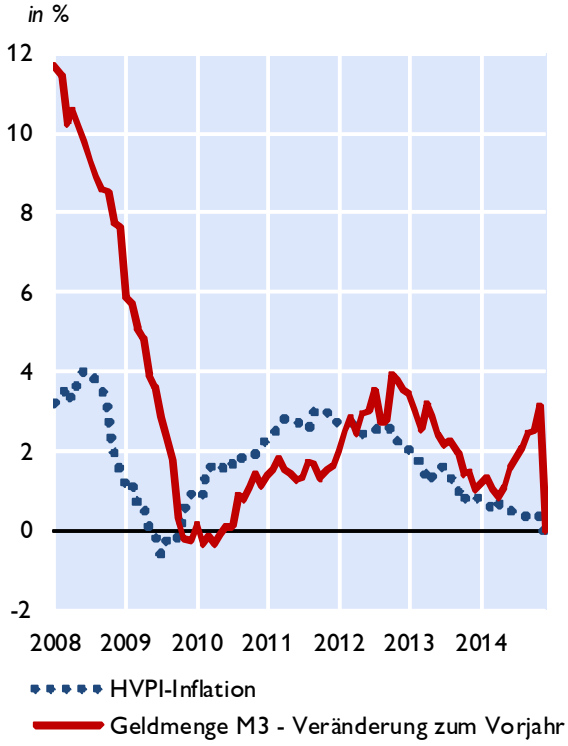
Quelle: Thomson Reuters, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

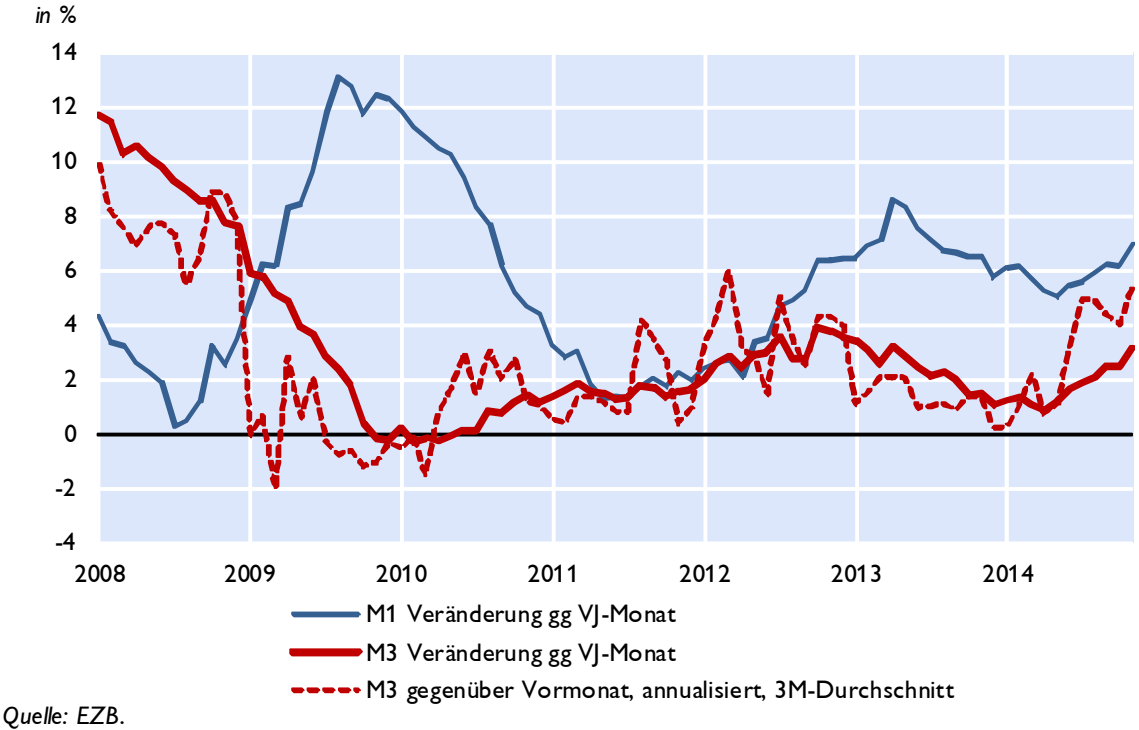
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3



Geldmenge M3 und Inflation



Geldmenge M1 und M3



Quelle: EZB.

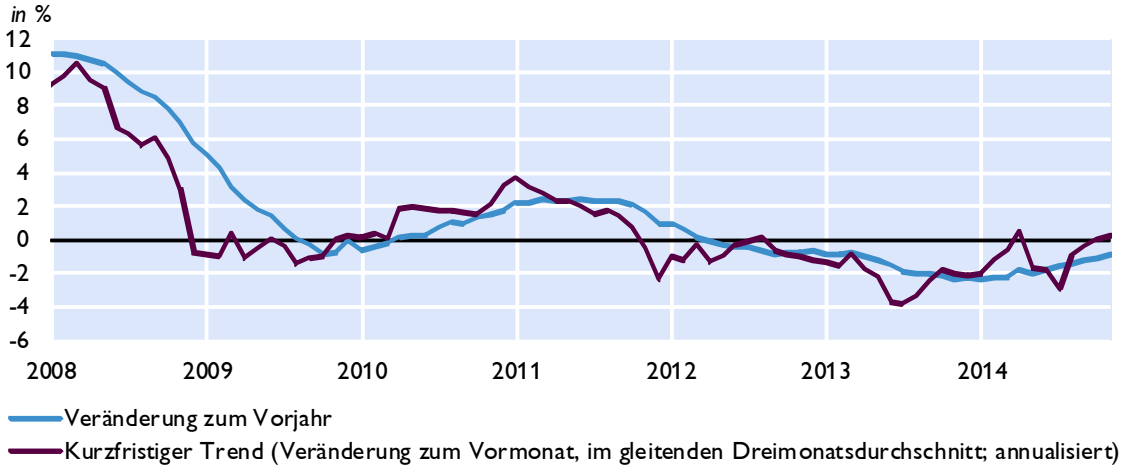
Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

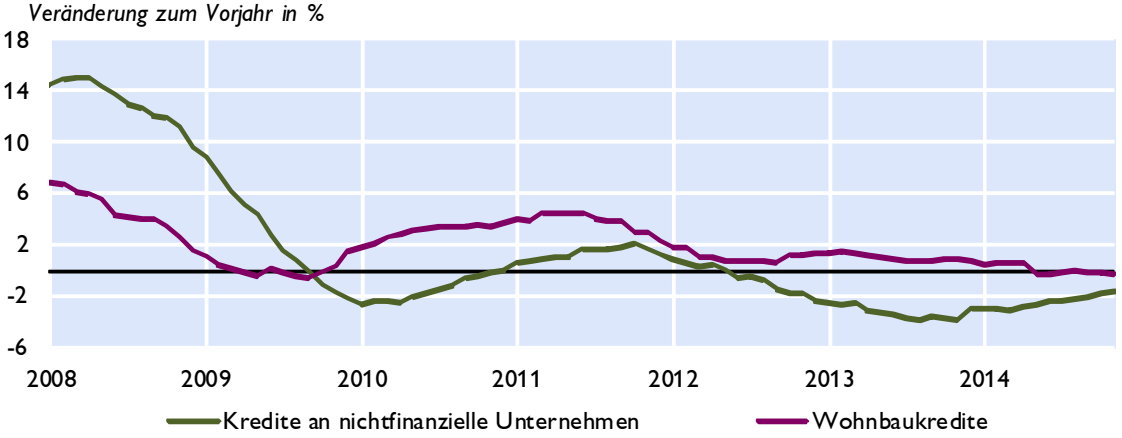
	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2012	2013	Jun.14	Jul.14	Aug.14	Sep.14	Okt.14	Nov.14
Aktiva	Kredite	0,5	-2,0	-2,3	-1,9	-1,8	-1,6	-1,3	-0,9
	Kredite an öffentliche Haushalte	5,8	-0,7	-2,5	-1,8	-1,2	-0,5	-0,2	0,9
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	-0,8	-2,3	-2,2	-1,9	-1,9	-1,9	-1,6	-1,4
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor[1)]	-0,6	-2,3	-1,8	-1,6	-1,5	-1,2	-1,1	-0,9
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-2,9	-1,8	2,0	3,9	4,3	4,7	3,0	4,5
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-5,9	-11,5	-8,0	-6,4	-5,1	-3,4	-4,9	-3,0
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-1,5	-1,2	-1,6	-1,3	-1,1	-1,1	-1,7	-1,9

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1)]



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



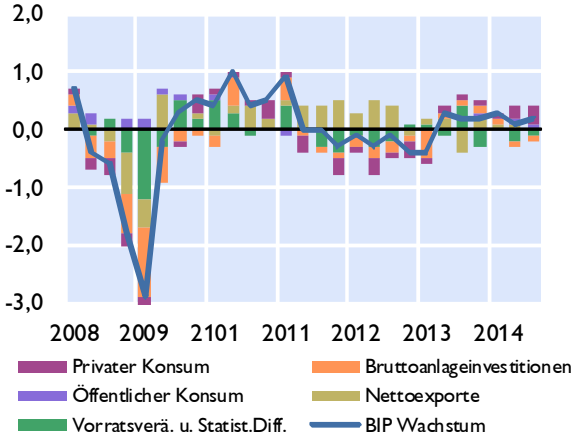
Quelle: EZB.

1) Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

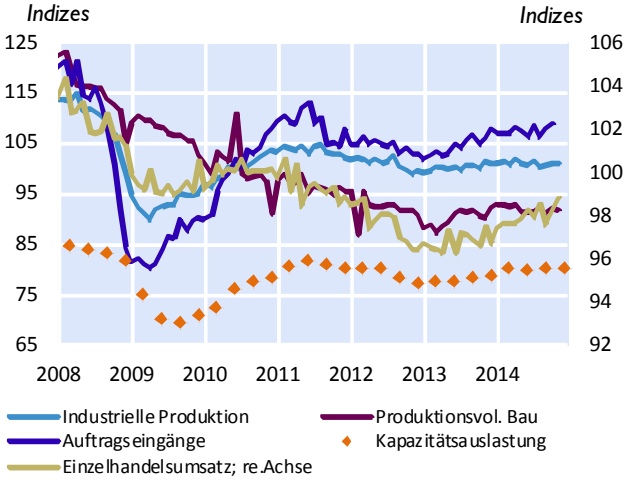
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

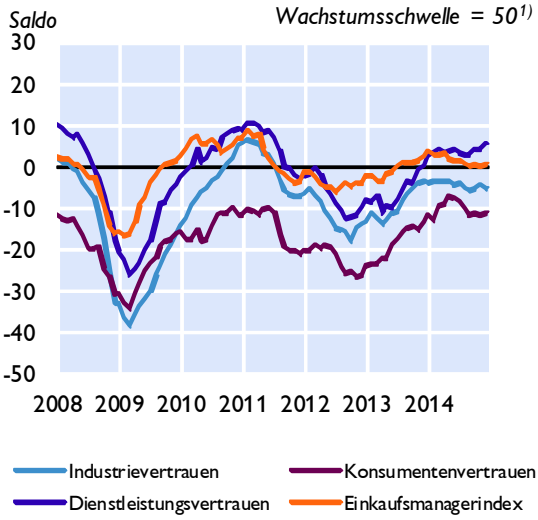
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



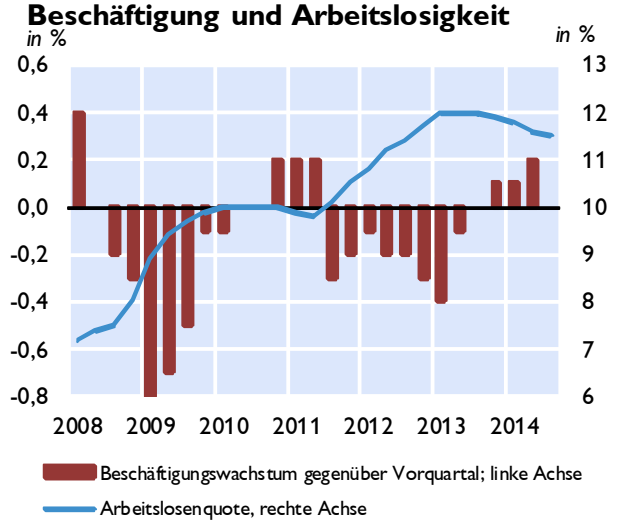
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2011	2012	2013	2Q13	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	12,06	133,09	227,81	60,07	51,42	87,71	31,63	56,35
Güter	0,87	89,05	165,31	49,86	38,07	48,09	36,92	50,93
Dienstleistungen	77,90	95,04	113,20	30,30	33,48	30,47	19,59	34,51
Einkommen	39,57	56,26	69,85	9,97	13,99	23,56	17,65	0,07
Laufende Transfers	-106,28	-107,26	-120,55	-30,05	-34,12	-14,40	-42,52	-29,15
Vermögensübertragungen	50,94	165,05	252,85	72,19	55,86	101,57	28,67	58,51
Kapitalbilanz	10,69	6,48	21,50	5,55	4,55	9,28	5,53	2,74
Direktinvestitionen	-101,72	-71,57	-32,16	21,97	-12,65	-16,31	-24,38	-0,19
Portfolioinvestitionen	238,59	95,44	110,26	43,97	4,92	58,99	65,63	-9,83
Finanzderivate	-5,55	5,29	17,33	-1,88	7,59	3,40	2,93	6,02
Sonstige Investiitionen	-172,00	-179,26	-343,88	-135,06	-52,86	-147,35	-70,30	-54,21
Währungsreserven 2)	-10,27	-14,96	-4,41	-1,19	-2,86	-0,31	-2,56	-0,31
Statistische Differenz	28,20	25,48	3,54	6,56	-0,11	4,58	-8,49	-0,58
Leistungsbilanz in % des BIP 3)	0,6	1,9	2,4	2,5	1,8	2,2	2,3	2,5

1) Werte über 50 signalisieren Wachstum. 2) Zunahme: - / Abnahme: +. 3) Quartale: Saisonbereinigte Daten.

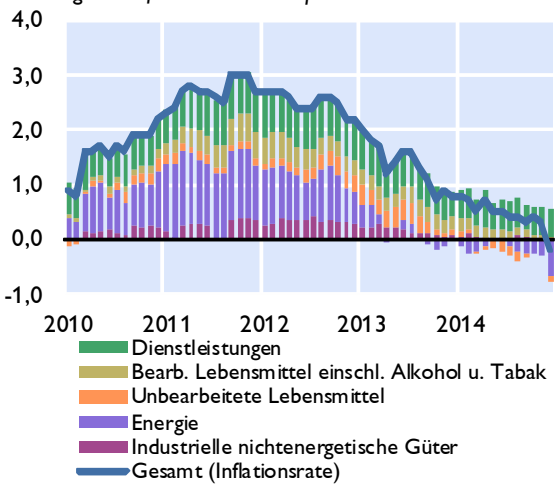
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2014	2013	2014	Sep.14	Okt.14	Nov.14	Dez.14
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*					
Gesamt-HVPI	100,0	1,4	0,4	0,3	0,4	0,3	-0,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,7	2,4	-0,1	-0,2	0,1	0,0	-0,6
Alkoholische Getränke und Tabak	4,0	3,8	2,7	2,2	2,2	2,2	2,1
Bekleidung und Schuhe	6,3	0,4	0,3	0,6	0,0	0,4	0,4
Wohnung, Wasser, Energie	16,3	2,2	0,8	0,6	0,6	0,5	-0,1
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,6	0,8	0,2	0,0	0,0	0,0	0,1
Gesundheitspflege	4,4	-0,2	1,0	1,1	1,0	1,0	0,9
Verkehr	15,2	0,5	0,0	-0,1	0,0	-0,5	-2,3
Nachrichtenübermittlung	3,1	-4,2	-2,8	-3,3	-2,6	-2,5	-2,6
Freizeit und Kultur	9,5	0,9	0,1	0,1	0,1	-0,4	-0,2
Bildungswesen	1,0	2,8	0,5	0,3	0,9	0,9	0,9
Hotels, Cafes und Restaurants	9,1	2,2	1,5	1,5	1,5	1,6	1,5
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	8,7	1,5	0,8	0,7	0,8	0,8	0,9

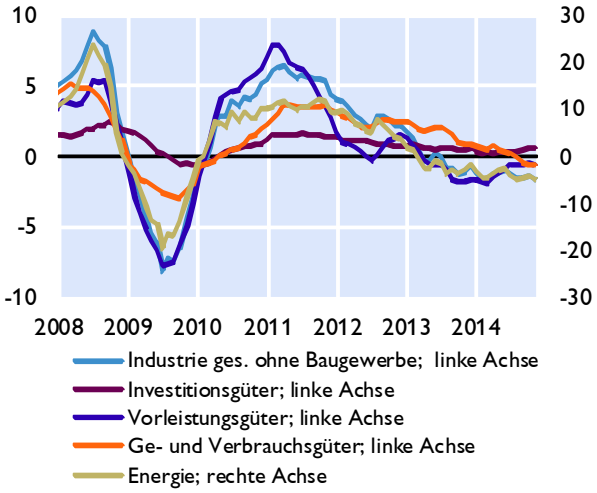
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



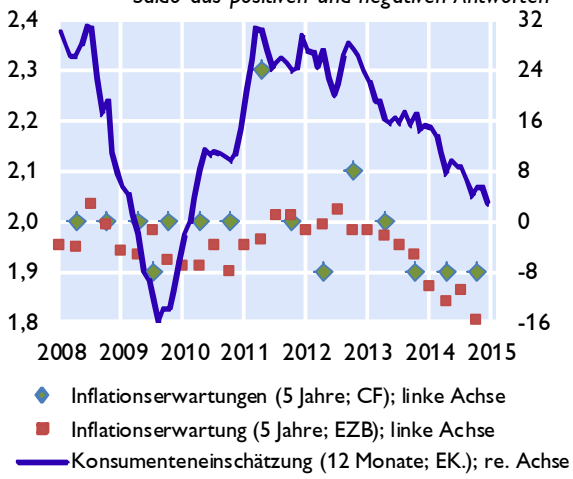
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



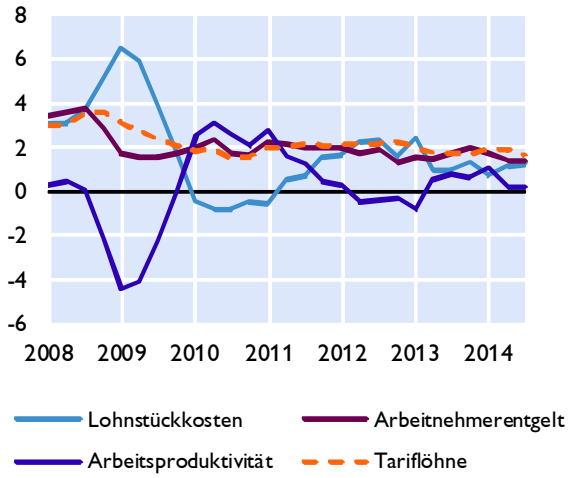
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

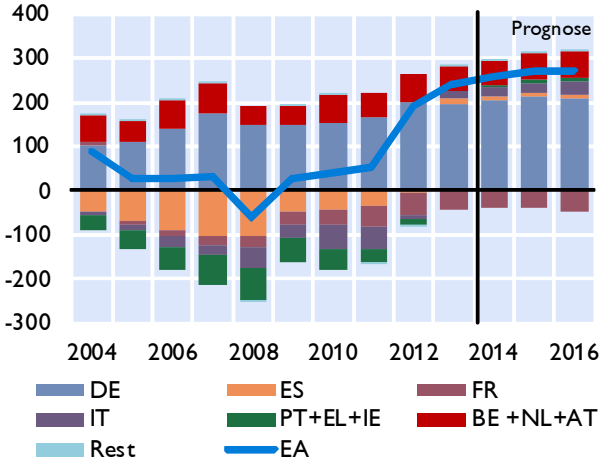


Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

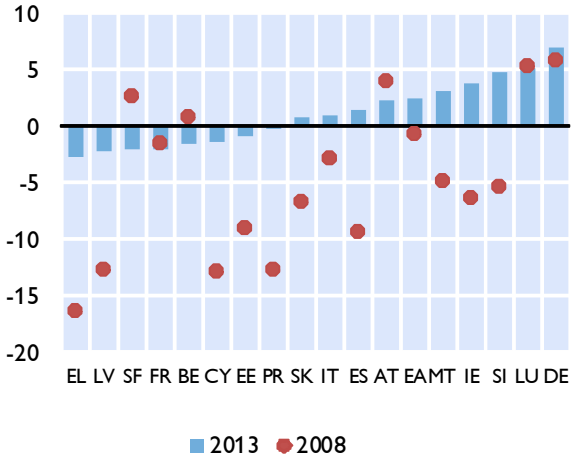
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden

in Mrd EUR

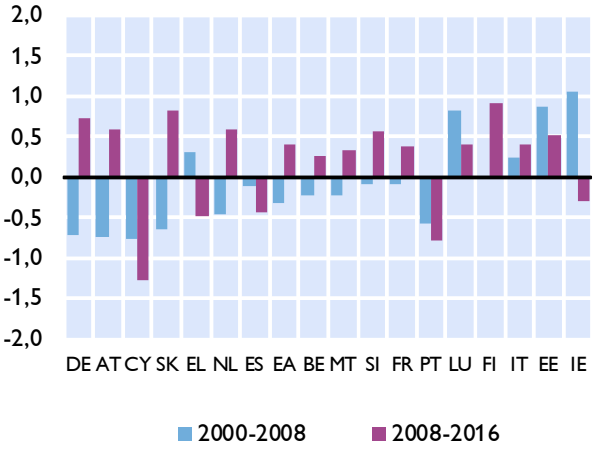


in % des BIP



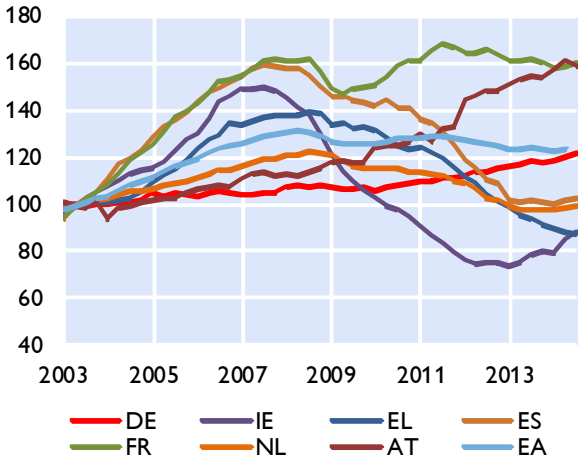
Lohnstückkosten

Durchschnitt der Jahreswachstumsraten in %



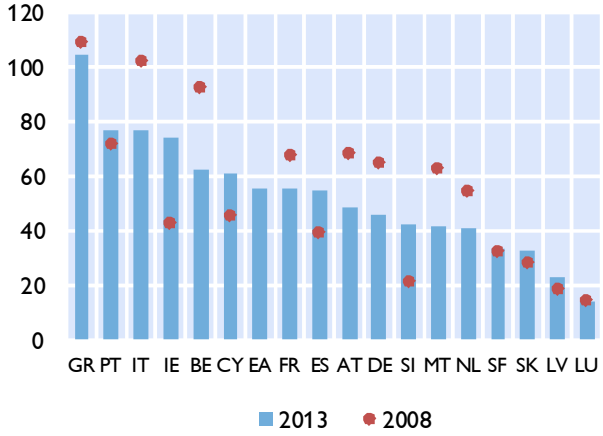
Immobilienpreisindizes

2003 = 100



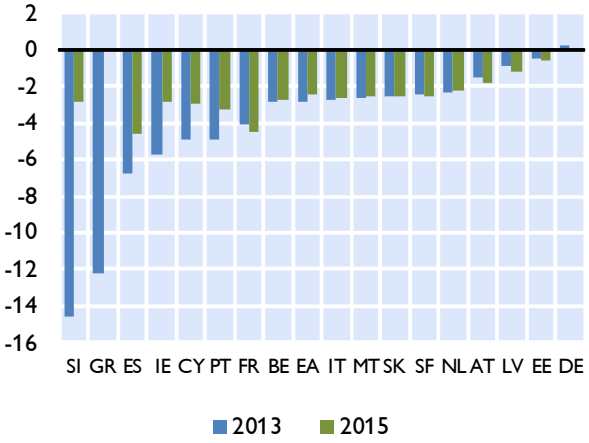
Verschuldung des Gesamtstaates

in % des BIP



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates

in % des BIP

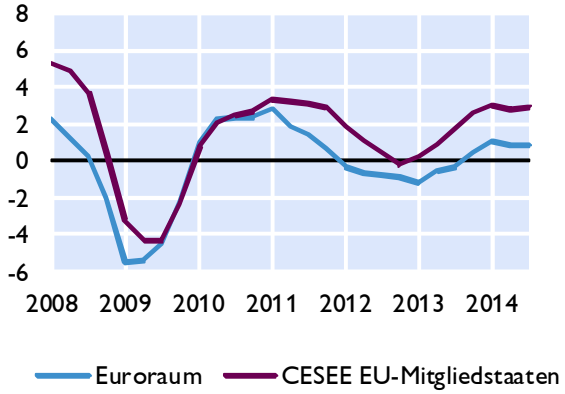


Quelle: EZB, Europäische Kommission; Prognose: EK-Prognose November 2014.

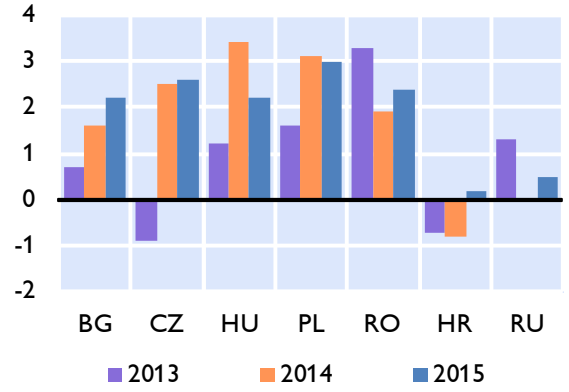
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

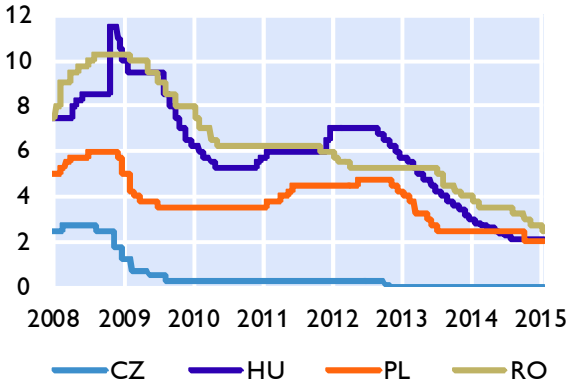
Reales BIP-Wachstum
in % gegenüber der Vorjahresperiode



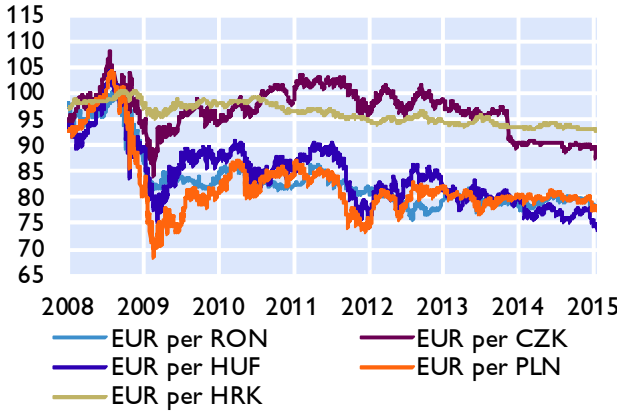
OeNB-BOFIT[1] Prognose vom Okt. 2014
reales BIP-Wachstum in %



Leitzinsen
in %



Wechselkursentwicklung
Sept. 2008=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT Oktober 2014		EU-Kommission November 2014		IWF Oktober 2014		wiiw November 2014	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
Bulgarien	1,6	2,2	1,2	0,6	1,4	2,0	1,9	2,3
Estland	x	x	1,9	2,0	1,2	2,5	1,7	2,0
Kroatien	-0,8	0,2	-0,7	0,2	-0,8	0,5	-0,8	0,0
Lettland	x	x	2,6	2,9	2,7	3,2	2,5	2,7
Litauen	x	x	2,7	3,1	3,0	3,3	3,0	3,2
Polen	3,1	3,0	3,0	2,8	3,2	3,3	3,3	3,2
Rumänien	1,9	2,4	2,0	2,4	2,4	2,5	2,2	2,7
Russland	0,0	0,5	0,3	0,3	0,2	0,5	0,5	1,3
Slowakei	x	x	2,4	2,5	2,4	2,7	2,4	2,5
Slowenien	x	x	2,4	1,7	1,4	1,4	1,8	1,5
Tschechische Republik	2,5	2,6	2,5	2,7	2,5	2,5	2,5	2,4
Ungarn	3,4	2,2	3,2	2,5	2,8	2,3	3,0	2,2

1) Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Thomson Reuters, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2013	2014	2015	2016	2013Q3	2013Q4	2014Q1	2014Q2	2014Q3
		Prognose[1)]							
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Belgien	0,3	0,9	0,9	1,1	0,6	0,6	1,2	1,0	0,9
Deutschland	0,1	1,3	1,1	1,8	0,3	1,1	2,3	1,4	1,2
Estland	1,6	1,9	2,0	2,7	0,5	1,5	0,4	2,4	2,3
Irland	0,2	4,6	3,6	3,7	1,8	-1,2	5,1	6,2	3,6
Griechenland	-3,9	0,6	2,9	3,7	-3,5	-2,9	-0,3	0,4	1,6
Spanien	-1,2	1,2	1,7	2,2	-1,1	0,0	0,8	1,3	1,7
Frankreich	0,3	0,3	0,7	1,5	0,3	0,8	0,8	0,0	0,4
Italien	-1,9	-0,4	0,6	1,1	-1,8	-1,2	-0,3	-0,4	-0,5
Zypern	-5,4	-2,8	0,4	1,6	-5,6	-4,7	-3,6	-2,2	-1,8
Lettland	4,2	2,6	2,9	3,6	4,1	4,4	2,3	3,3	2,4
Litauen	3,3	2,7	3,1	3,4	2,9	3,1	3,4	3,3	2,6
Luxemburg	2,0	3,0	2,4	2,9	2,6	1,0	2,5	1,3	3,8
Malta	2,5	3,0	2,9	2,7	2,3	2,3	3,5	3,1	4,0
Niederlande	-0,7	0,9	1,4	1,7	-0,6	0,8	0,1	1,1	1,0
Österreich	0,2	0,7	1,2	1,5	0,2	0,5	0,9	0,5	0,0
Portugal	-1,4	0,9	1,3	1,7	-1,0	1,6	1,0	0,9	1,1
Slowenien	-1,0	2,4	1,7	2,5	-0,8	1,9	1,9	2,8	3,1
Slowakische Republik	1,4	2,4	2,5	3,3	1,5	2,1	2,3	2,5	2,5
Finnland	-1,2	-0,4	0,6	1,1	-0,4	0,1	-0,2	0,1	0,0
Euroraum	-0,5	0,8	1,1	1,7	-0,3	0,4	1,1	0,8	0,8
Bulgarien	1,1	1,2	0,6	1,0	2,2	3,5	3,5	3,6	3,1
Tschechische Republik	-0,7	2,5	2,7	2,7	-0,5	1,1	2,6	2,3	2,4
Dänemark	-0,5	0,8	1,7	2,0	-0,2	0,4	0,4	1,2	0,9
Kroatien	-0,9	-0,7	0,2	1,1	-0,8	-0,9	-0,4	-1,0	-0,6
Ungarn	1,5	3,2	2,5	2,0	2,1	2,7	3,5	3,4	3,4
Polen	1,7	3,0	2,8	3,3	0,5	1,5	0,4	2,4	2,3
Rumänien	3,4	2,0	2,4	2,8	3,9	4,4	4,2	2,2	3,1
Schweden	1,3	2,0	2,4	2,7	1,0	2,5	1,6	2,4	2,1
Vereinigtes Königreich	1,7	3,1	2,7	2,5	1,6	2,4	2,4	2,6	2,6
EU	0,0	1,3	1,5	2,0	0,2	0,9	1,5	1,3	1,3
Türkei	4,1	2,8	3,3	3,7	4,5	4,8	2,2	1,7	..
USA	2,2	2,2	3,1	3,2	2,3	3,1	1,9	2,6	2,7
Japan	1,6	1,1	1,0	1,0	2,4	2,2	2,2	-0,3	-1,2
Schweiz	1,9	1,4	2,0	1,9	2,0	2,1	2,4	1,6	1,9
Russland	1,3	0,3	0,3	1,2	2,0	0,9	0,8	0,7	..
Brasilien	2,5	0,1	0,3	1,5	2,5	2,1	1,8	-0,8	-0,2
China	7,7	7,4	6,8	6,3	7,8	7,7	7,4	7,5	7,3
Indien	4,7	5,8	6,3	6,5	5,2	4,4	6,1	5,8	6,0

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, Thomson Reuters.
1) EK-Prognose Herbst 2014; Brasilien, Indien, China: IWF-WEO-Update Jänner 2015.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1)]

	2014	Prognose [2)] 2015	2016	Aug.14	Sep.14	Okt.14	Nov.14	Dez.14
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	0,5	0,9	1,3	0,4	0,2	0,3	0,1	-0,4
Deutschland	0,8	1,2	1,6	0,8	0,8	0,7	0,5	0,1
Estland	0,5	1,6	2,2	-0,2	0,2	0,5	0,0	0,1
Irland	0,3	0,9	1,4	0,6	0,5	0,4	0,2	-0,3
Griechenland	-1,4	0,3	1,1	-0,2	-1,1	-1,8	-1,2	-2,5
Spanien	-0,2	0,5	1,2	-0,5	-0,3	-0,2	-0,5	-1,1
Frankreich	0,6	0,7	1,1	0,5	0,4	0,5	0,4	0,1
Italien	0,2	0,5	2,0	-0,2	-0,1	0,2	0,3	-0,1
Zypern	-0,3	0,7	1,2	0,8	0,0	0,3	0,0	-1,0
Lettland	0,7	1,8	2,5	0,8	1,2	0,7	0,9	0,3
Litauen	0,2	1,3	1,9	0,3	0,0	0,3	0,4	-0,1
Luxemburg	0,7	2,1	1,9	0,7	0,3	0,4	0,2	-0,9
Malta	0,8	1,5	2,0	0,8	0,6	0,7	0,6	0,4
Niederlande	0,3	0,8	1,1	0,4	0,2	0,4	0,3	-0,1
Österreich	1,5	1,7	1,8	1,5	1,4	1,4	1,5	0,8
Portugal	-0,2	0,6	0,9	-0,1	0,0	0,1	0,1	-0,3
Slowenien	0,4	1,0	1,5	0,0	-0,1	0,1	0,1	-0,1
Slowakische Republik	-0,1	0,7	1,4	-0,2	-0,1	0,0	0,0	-0,1
Finnland	1,2	1,3	1,6	1,2	1,5	1,2	1,1	0,6
Euroraum	0,4	0,8	1,5	0,4	0,3	0,4	0,3	-0,2
Bulgarien	-1,6	0,4	1,0	-1,0	-1,4	-1,5	-1,9	-2,0
Tschechische Republik	0,4	1,4	1,8	0,7	0,8	0,7	0,6	0,1
Dänemark	0,3	1,1	1,7	0,3	0,3	0,3	0,2	0,1
Kroatien	0,2	0,6	1,1	0,3	0,2	0,5	0,3	-0,1
Ungarn	0,0	2,5	3,0	0,3	-0,5	-0,3	0,1	-0,8
Polen	0,1	1,1	1,9	-0,1	-0,2	-0,3	-0,3	-0,6
Rumänien	1,4	2,1	2,7	1,3	1,8	1,8	1,5	1,0
Schweden	0,2	1,2	1,5	0,2	0,0	0,3	0,3	0,3
Vereinigtes Königreich	1,5	1,6	1,9	1,5	1,2	1,3	1,0	0,5
EU	0,6	1,0	1,6	0,5	0,4	0,5	0,3	-0,1
Türkei	8,9	7,5	7,1	9,8	9,0	9,0	9,2	8,2
USA	1,6	2,0	2,3	2,0	1,7	1,7	1,7	1,3
Japan*)	2,8	1,6	1,4	3,3	3,2	2,9	2,4	..
Schweiz	0,0	1,3	1,2	0,1	0,0	0,1	0,1	-0,1
Russland*)	7,5	7,0	6,0	7,5	8,1	8,3	..	..
Brasilien	6,0	5,9	5,6	6,4	6,6	6,3	6,3	6,2
China	2,0	2,5	3,0	2,0	1,6	1,6	1,4	1,5
Indien*)	7,8	7,5	6,7	6,8	6,3	5,0	4,1	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.
1) EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.
2) EK-Prognose Herbst 2014; BR, CN, IN: IWF-Prognose Oktober 2014.
**) Japan, Russland und Indien: Jahreswerte für 2014 sind noch Prognosewerte.*

Arbeitslosenquoten[1)]

	2013	2014	2015	2016	Jul.14	Aug.14	Sep.14	Okt.14	Nov.14
		Prognose [2)]							
	in % gemäß ILO-Definition								
Belgien	8,4	8,5	8,4	8,2	8,6	8,6	8,6	8,6	8,5
Deutschland	5,2	5,1	5,1	4,8	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Estland	8,6	7,8	7,1	6,3	7,5	7,6	7,4	6,9	..
Irland	13,1	11,1	9,6	8,5	11,3	11,2	11,1	10,9	10,7
Griechenland	27,5	26,8	25,0	22,0	26,3	26,3	26,0	25,8	..
Spanien	26,1	24,8	23,5	22,2	24,3	24,2	24,1	24,0	23,9
Frankreich	10,3	10,4	10,4	10,2	10,3	10,4	10,3	10,2	10,3
Italien	12,2	12,6	12,6	12,4	12,8	12,7	12,9	13,3	13,4
Zypern	15,9	16,2	15,8	14,8	16,2	16,3	16,3	16,5	16,8
Lettland	11,9	11,0	10,2	9,2	10,7	10,7	10,7	..	..
Litauen	11,8	11,2	10,4	9,5	10,3	9,8	9,7	9,9	9,4
Luxemburg	5,9	6,1	6,2	6,1	6,0	6,0	6,0	5,9	5,9
Malta	6,4	6,1	6,1	6,2	6,1	6,0	5,9	5,8	5,8
Niederlande	6,7	6,9	6,8	6,7	6,7	6,6	6,5	6,5	6,5
Österreich	4,9	5,3	5,4	5,0	5,0	5,0	5,1	5,0	4,9
Portugal	16,4	14,5	13,6	12,8	13,9	13,5	13,3	13,6	13,9
Slowenien	10,1	9,8	9,2	8,4	9,6	9,7	9,7	9,7	9,6
Slowakische Republik	14,2	13,4	12,8	12,1	13,2	13,1	12,9	12,8	12,6
Finnland	8,2	8,6	8,5	8,3	8,6	8,7	8,8	8,9	8,9
Euroraum	12,0	11,6	11,3	10,8	11,6	11,5	11,5	11,5	11,5
Bulgarien	13,0	12,0	11,4	11,0	11,5	11,5	11,5	11,3	11,1
Tschechische Republik	7,0	6,3	6,2	6,1	5,9	6,0	5,8	5,8	5,8
Dänemark	7,0	6,7	6,6	6,4	6,6	6,6	6,5	6,4	6,4
Kroatien	17,3	17,7	17,7	17,3	16,9	16,8	16,7	16,6	16,6
Ungarn	10,2	8,0	7,8	7,8	7,9	7,6	7,3	7,4	..
Polen	10,3	9,5	9,3	8,8	8,8	8,6	8,5	8,3	8,2
Rumänien	7,1	7,0	6,9	6,7	6,8	6,8	6,7	6,7	6,5
Schweden	8,0	7,9	7,8	7,6	7,8	8,0	7,7	8,1	7,8
Vereinigtes Königreich	7,6	6,2	5,7	5,5	6,0	5,9	5,9	..	..
EU	10,8	10,3	10,0	9,5	10,1	10,1	10,0	10,1	10,0
Türkei	9,0	9,6	10,1	10,2	10,4	10,4	..	..	..
USA	7,4	6,3	5,8	5,4	6,2	6,1	5,9	5,8	5,8
Japan	4,0	3,8	3,8	3,8	3,8	3,5	3,6	3,5	..
Schweiz	3,2	3,4	3,3	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,1
Russland	5,5	5,4	5,6	5,7	4,9	4,8	4,9	5,1	5,2
Brasilien	5,4	5,5	6,1	5,9	4,9	5,0	4,9	4,7	4,8
China	4,1	4,1	4,1	4,1	x	x	4,1	x	x
Indien	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, Thomson Reuters, EK, IWF.

1) EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.

2) EK-Prognose Herbst 2014; CH, BR, CN: IWF-Prognose Oktober 2014.

Leistungsbilanzsalden

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
					Prognose[1)]		
	in % des BIP						
Belgien	2,4	0,3	0,6	-1,5	-0,4	-0,5	-0,7
Deutschland	5,9	6,2	7,2	6,9	7,1	7,1	6,7
Estland	2,0	-0,8	-3,3	-0,9	-2,8	-3,1	-3,7
Irland	-0,1	0,1	0,9	3,8	5,5	5,5	5,3
Griechenland	-12,0	-10,5	-4,3	-2,7	-2,8	-2,5	-2,2
Spanien	-3,9	-3,3	-0,4	1,5	0,5	0,7	1,0
Frankreich	-1,8	-2,2	-2,5	-2,0	-1,9	-1,9	-2,2
Italien	-3,5	-3,1	-0,5	1,0	1,5	1,5	1,8
Zypern	-9,1	-3,0	-5,5	-1,3	-1,2	-0,6	0,0
Lettland	2,1	-3,1	-3,5	-2,2	-2,2	-2,3	-2,8
Litauen	-0,2	-3,7	-0,9	1,6	0,8	-0,4	-1,4
Luxemburg	7,7	6,5	5,7	5,2	5,2	5,2	5,8
Malta	-6,4	-1,8	3,0	3,2	2,5	2,5	3,9
Niederlande	7,5	7,1	8,8	8,5	7,8	7,7	7,7
Österreich	3,1	2,1	2,6	2,3	2,4	2,7	2,8
Portugal	-10,4	-5,6	-2,6	-0,3	-0,2	0,1	0,3
Slowenien	0,2	0,9	3,0	4,8	6,2	6,1	5,9
Slowakische Republik	-4,7	-3,8	0,3	0,8	0,5	0,3	0,3
Finnland	1,4	-1,5	-1,9	-2,0	-1,9	-1,7	-1,4
Euroraum	0,4	0,6	1,9	2,4	2,5	2,6	2,5
Bulgarien	-1,3	1,6	-0,7	2,2	2,1	2,3	1,9
Tschechische Republik	-5,2	-4,7	-2,2	-2,2	-1,3	-0,9	-0,4
Dänemark	5,7	5,7	5,8	6,9	6,2	6,2	6,3
Kroatien	-0,8	-0,6	0,1	0,4	0,3	1,6	1,8
Ungarn	0,3	0,8	1,7	4,2	4,3	4,3	4,4
Polen	-4,9	-5,0	-3,8	-1,4	-2,0	-2,4	-2,8
Rumänien	-4,8	-4,7	-4,7	-1,4	-1,2	-1,4	-1,5
Schweden	6,5	5,9	6,3	6,5	5,7	5,4	5,1
Vereinigtes Königreich	-2,6	-1,7	-3,7	-4,2	-4,0	-3,7	-3,2
EU	0,0	0,2	1,0	1,5	1,5	1,5	1,5
Türkei	-6,2	-9,7	-6,2	-7,9	-6,1	-5,3	-5,1
USA	-3,0	-3,1	-3,0	-2,5	-2,6	-2,7	-2,8
Japan	3,7	2,0	1,0	0,7	0,6	0,8	1,2
Schweiz	15,3	9,5	11,5	13,5	11,7	11,9	12,1
Russland	4,4	5,1	3,5	1,6	2,7	3,1	3,0
Brasilien	-2,2	-2,1	-2,4	-3,6	-3,5	-3,6	-3,6
China	4,0	1,9	2,6	1,9	1,8	2,0	2,3
Indien	-2,7	-4,2	-4,7	-1,7	-2,1	-2,2	-2,4

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose Herbst 2014; RU, BR, CN, IN: IWF-Prognose Oktober 2014.

Fiskaldaten

	Budgetsalden				Staatsschulden			
		Prognose[1)]				Prognose[1)]		
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
	in % des BIP							
Belgien	-2,9	-3,0	-2,8	-2,8	104,6	105,8	107,3	107,8
Deutschland	0,2	0,2	0,0	0,2	76,9	74,5	72,4	69,6
Estland	-0,5	-0,4	-0,6	-0,5	10,1	9,9	9,6	9,5
Irland	-5,7	-3,7	-2,9	-3,0	123,3	110,5	109,4	106,0
Griechenland	-12,2	-1,6	-0,1	1,3	174,9	175,5	168,8	157,8
Spanien	-6,8	-5,6	-4,6	-3,9	92,1	98,1	101,2	102,1
Frankreich	-4,1	-4,4	-4,5	-4,7	92,2	95,5	98,1	99,8
Italien	-2,8	-3,0	-2,7	-2,2	127,9	132,2	133,8	132,7
Zypern	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4	102,2	107,5	115,2	111,6
Lettland	-0,9	-1,1	-1,2	-0,9	38,2	40,3	36,4	35,1
Litauen	-2,6	-1,1	-1,3	-0,6	39,0	41,3	41,6	41,3
Luxemburg	0,6	0,2	-0,4	-0,6	23,6	23,0	24,3	25,4
Malta	-2,7	-2,5	-2,6	-2,0	69,8	71,0	71,0	69,8
Niederlande	-2,3	-2,5	-2,2	-1,8	68,6	69,7	70,3	70,0
Österreich	-1,5	-2,9	-1,8	-1,1	81,2	87,0	86,1	84,0
Portugal	-4,9	-4,9	-3,3	-2,8	128,0	127,7	125,1	123,7
Slowenien	-14,6	-4,4	-2,9	-2,7	70,4	82,2	82,9	80,6
Slowakische Republik	-2,6	-3,0	-2,6	-2,3	54,6	54,1	54,9	54,7
Finnland	-2,4	-2,9	-2,6	-2,3	56,0	59,8	61,8	62,4
Euroraum	-2,9	-2,6	-2,4	-2,1	93,3	94,7	95,0	94,0
Bulgarien	-1,2	-3,6	-3,7	-3,8	18,4	25,3	26,8	30,2
Tschechische Republik	-1,3	-1,4	-2,1	-1,7	45,7	44,4	44,7	45,2
Dänemark	-0,7	-1,0	-2,3	-2,0	45,0	44,1	45,1	45,6
Kroatien	-5,2	-5,6	-5,5	-5,7	75,7	81,7	84,9	89,0
Ungarn	-2,4	-2,9	-2,8	-2,5	77,4	76,9	76,4	75,2
Polen	-4,0	-3,4	-2,9	-2,8	55,7	49,1	50,2	50,2
Rumänien	-2,2	-2,1	-2,8	-2,5	37,9	39,4	40,4	41,1
Schweden	-1,3	-2,4	-1,8	-1,3	38,6	40,4	40,1	39,4
Vereinigtes Königreich	-5,8	-5,4	-4,5	-3,4	87,2	89,0	89,6	89,9
EU	-3,2	-3,0	-2,7	-2,3	87,1	88,1	88,3	87,6
Türkei	-1,6	-2,0	-1,9	-1,8	36,3	35,3	34,2	33,2
USA	-5,6	-4,9	-4,3	-3,9	104,7	105,1	104,6	104,4
Japan	-8,8	-7,5	-6,4	-5,4	244,0	246,1	248,0	248,8
Schweiz	0,2	0,5	0,7	1,0	48,3	47,2	46,4	44,3
Russland	-1,3	-0,9	-1,1	-0,6	13,9	15,7	16,5	16,3
Brasilien	-3,3	-3,9	-3,1	-3,0	66,2	65,8	65,6	65,6
China	-0,9	-1,0	-0,8	-0,8	39,4	40,7	41,8	42,9
Indien	-7,2	-7,2	-6,7	-6,5	61,5	60,5	59,5	58,5

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose Herbst 2014; CH, RU, BR, CN, IN: IWF-Prognose Oktober 2014.

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB			WIFO			IHS			OECD			IWF			EU-Kommission		
	Dezember 2014			Dezember 2014			Dezember 2014			November 2014			Okt. 2014/Jän. 2015			November 2014		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Veränderung zum Vorjahr in %																		
BIP, real	0,4	0,7	1,6	0,4	0,5	1,1	0,3	0,8	1,6	0,5	0,9	1,6	1,0	1,9	x	0,7	1,2	1,5
Privater Konsum, real	0,5	0,7	1,3	0,2	0,4	0,7	0,4	0,6	0,9	0,5	0,5	1,0	x	x	x	0,4	0,6	0,8
Öffentlicher Konsum, real	1,0	1,4	1,3	0,7	1,0	1,2	0,8	0,5	0,5	0,7	0,6	1,1	x	x	x	1,6	0,9	0,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	-0,1	0,8	2,3	1,4	1,1	1,3	0,5	1,1	2,7	0,9	0,6	3,5	x	x	x	0,5	2,0	3,2
Exporte, real	0,8	2,4	4,6	0,5	1,9	2,8	0,1	3,1	4,9	-0,2	2,5	4,9	2,7	4,7	x	2,2	3,2	4,7
Importe, real	0,5	2,5	4,7	0,9	2,5	2,8	0,6	3,1	4,8	1,4	2,7	5,1	2,7	4,5	x	2,4	2,9	4,8
BIP je Erwerbstätigen[1)]	-0,4	0,2	1,0	0,5	0,6	1,1	-0,4	0,2	0,6	-0,6	0,6	0,6	x	x	x	-0,2	0,6	0,5
BIP Deflator	1,8	1,6	1,3	1,9	1,7	1,4	2,0	1,5	1,6	1,7	1,4	1,4	x	x	x	1,5	1,6	1,6
VPI	x	x	x	1,6	1,5	1,6	1,7	1,6	1,7	x	x	x	x	x	x	x	x	x
HVPI	1,5	1,4	1,5	1,5	1,4	1,6	1,5	1,5	1,7	1,5	1,6	1,9	1,7	1,7	x	1,5	1,7	1,8
Lohnstückkosten	2,4	1,3	1,2	2,7	1,6	1,2	2,4	1,6	1,6	1,9	1,2	1,2	x	x	x	2,2	1,5	1,5
Beschäftigte	0,9	0,4	0,6	0,7	0,4	0,6	0,7	0,7	1,0	x	x	x	x	x	x	0,9	0,6	1,0
, des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition																		
Arbeitslosenquote	5,1	5,3	5,3	5,0	5,3	5,3	5,0	5,3	5,2	5,0	5,2	5,1	5,0	4,9	x	5,3	5,4	5,0
in % des nominellen BIP																		
Leistungsbilanz	0,4	0,6	0,8	1,0	1,0	0,8	x	x	x	1,6	1,7	1,5	3,0	3,2	x	2,4	2,7	2,8
Finanzierungssaldo des Staates	-2,4	-1,8	-1,4	-3,0	-2,4	-1,9	-2,8	-1,8	-1,6	-3,0	-2,2	-1,8	-3,0	-1,5	x	-2,9	-1,8	-1,1
Prognoseannahmen																		
Erdölpreis in USD/Barrel[2)]	101,2	85,6	88,5	100,0	75,0	90,0	99,6	75,0	78,0	101,4	85,0	85,0	96,3	56,7	63,9	102,6	91,0	92,8
Kurzfristiger Zinssatz in %[2)]	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,0	0,1	0,2	0,1	0,2
USD/EUR	1,33	1,25	1,25	1,32	1,25	1,20	1,33	1,23	1,23	1,33	1,24	1,24	1,35	1,34	x	1,33	1,27	1,27
Veränderung zum Vorjahr in %																		
BIP, real Euroraum[2)]	0,8	1,0	1,5	0,8	0,9	1,1	0,8	1,0	1,5	0,8	1,1	1,7	0,8	1,2	1,4	0,8	1,1	1,7
BIP, real USA[2)]	2,2	2,9	2,9	2,2	3,1	2,8	2,3	2,8	2,8	2,2	3,1	3,0	2,4	3,6	3,3	2,2	3,1	3,2
BIP, real Welt[2)]	3,3	3,7	3,9	3,3	3,6	3,6	x	x	x	3,3	3,7	3,9	3,3	3,5	3,7	3,3	3,8	4,1
Welthandel[2)]	2,9	4,0	5,2	3,7	4,0	4,1	3,3	4,0	5,5	3,0	4,5	5,5	3,1	3,8	5,3	3,0	4,6	5,5

1) WIFO - Stundenproduktivität. - 2) IWF-WEO Update vom Jänner 2015.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

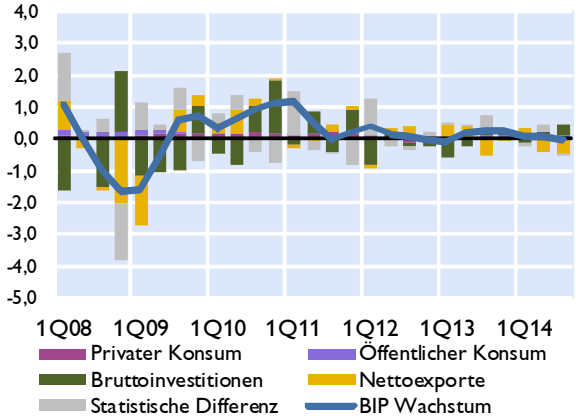
	2013	2014	2013 Q4	2014 Q1	2014 Q2	2014 Q3	2014 Q4	2014 Sep.	2014 Okt.	2014 Nov.	2014 Dez.
Veränderung zum Vorjahr in %											
HVPI gesamt	2,1	1,5	1,6	1,5	1,6	1,5	1,3	1,4	1,4	1,5	0,8
Kerninflation (o.Energie u.unbearb.Lebensmittel)	2,3	1,9	2,0	1,9	1,9	1,9	0,6	1,7	1,8	2,0	1,8
Nationaler VPI	2,0	1,6	1,6	1,6	1,8	1,7	1,4	1,6	1,6	1,7	1,0
Deflator des privaten Konsums (ESVG 2010)	2,2	..	2,1	1,6	2,0	1,9	..	x	x	x	x
BIP Deflator (ESVG 2010)	1,5	..	1,2	1,6	1,8	1,8	..	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	-0,9	..	-1,2	-1,3	-0,9	-1,0	..	-1,2	-1,0	-1,1	..
Großhandelspreisindex	-1,1	-2,0	-2,2	-2,0	-1,3	-1,5	-2,9	-1,7	-1,7	-2,6	-4,5
Tariflohnindex	2,6	2,4	2,4	2,3	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4
BIP je Erwerbstätigen	1,0	..	1,2	0,9	1,5	1,1	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	2,5	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	1,8	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)											
BIP real	0,3	..	0,3	0,1	0,1	-0,1	..	x	x	x	x
Privater Konsum	-0,2	..	0,1	0,1	0,1	0,1	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,4	..	0,2	0,2	0,2	0,2	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-1,0	..	0,2	0,5	-0,3	-0,8	..	x	x	x	x
Exporte	1,2	..	0,1	0,5	-0,4	-0,8	..	x	x	x	x
Importe	-0,1	..	0,1	0,0	0,4	0,1	..	x	x	x	x
Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)											
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	0,2	..	0,9	0,6	0,7	-0,1	..				
Binnennachfrage (ohne Lager)	-0,1	..	0,4	0,2	0,7	0,5	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,9	..	0,4	-0,6	-0,9	-0,2	..	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	-0,6	..	0,1	1,0	0,8	-0,3	..	x	x	x	x
Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)											
Exporte	1,8	..	4,1	2,6	0,2	0,9	..	2,9	-4,4	..	..
Importe	-1,0	..	1,2	3,0	-0,1	-4,0	..	0,1	-4,3	..	..
Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz											
Güter- und Dienstleistungen	9,5	..	1,9	4,2	1,0	..	..	x	x	x	x
Reiseverkehr	7,5	..	1,5	4,4	0,4	..	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz	4,8	..	1,6	2,1	-0,5	..	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP	1,5	..	1,8	2,7	-0,6	..	..	x	x	x	x
Ausgewählte Indikatoren											
Economic Sentiment Indicator	95,9	97,5	101,4	99,8	100,1	94,9	95,1	93,0	95,9	96,1	93,2
Industrievertrauen (%-Saldo)	-8,4	-5,2	-4,1	-3,8	-3,5	-6,4	-6,9	-7,1	-6,2	-6,8	-7,6
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	0,2	..	0,3	1,3	-0,1	-1,2	..	-1,0	-1,1	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	83,6	84,3	82,6	84,1	85,1	84,2	83,7	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	-12,9	-16,2	-14,3	-13,7	-17,3	-19,6	-14,0	-19,8	-17,5	-11,8	-12,8
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	6,5	9,8	16,6	12,6	13,9	6,0	6,5	2,2	7,8	7,1	4,6
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-5,8	-9,0	-4,6	-6,5	-7,1	-10,5	-12,0	-12,5	-12,2	-10,8	-12,9
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-10,8	-9,3	-7,0	-6,7	-6,8	-11,7	-11,9	-11,0	-8,2	-9,0	-18,6
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	-0,4	..	0,0	-0,6	1,2	0,2	..	3,1	2,4	..	..
Arbeitsmarktentwicklung											
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	0,5	0,6	0,4	0,7	0,7	0,4	0,6	0,5	0,5	0,6	0,7
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	10,2	11,2	11,9	9,5	14,7	11,5	9,8	11,8	10,7	9,9	9,0
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	7,6	8,4	8,3	9,2	7,7	7,5	9,0	7,6	8,1	8,7	10,2
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	4,9	..	5,1	5,0	5,0	5,0	..	5,1	5,0	4,9	..
Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)											
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	2,1	..	1,8	2,6	1,9	1,7	..	2,8	3,0	2,2	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	1,7	2,1	2,7	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	-0,4	..	-0,4	0,3	0,8	1,7	..	1,7	0,7	0,8	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	2,0	1,5	2,2	2,0	1,7	1,3	1,0	1,2	1,1	1,0	0,8
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2.455	2.397	2.565	2.583	2.507	2.323	2.181	2.287	2.132	2.231	2.186
Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP											
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-1,4	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	-1,5	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	81,2	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Thomson Reuters, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (II)

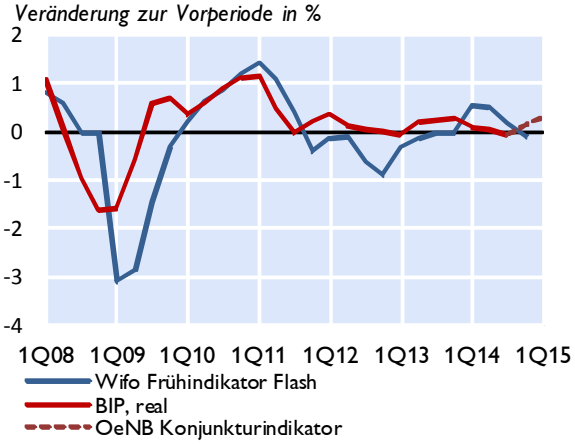
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



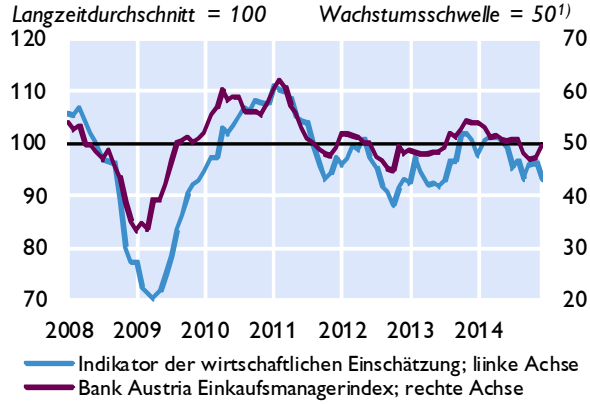
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



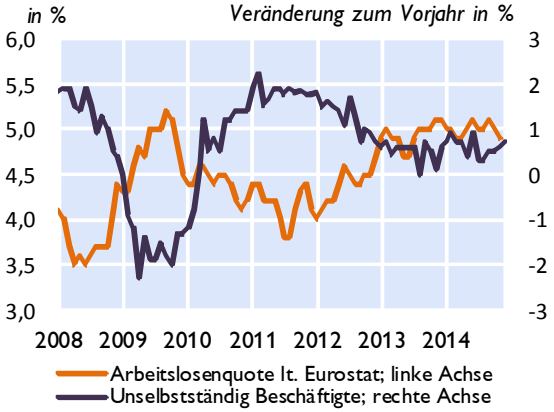
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50[1)]*



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2)]

Salden	2011	2012	2013	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14	3Q14
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	5,1	4,7	3,3	-0,4	1,2	1,0	-0,6	0,2
Güter	-3,6	-3,2	-1,9	-1,0	-0,6	-1,5	-0,1	-0,5
Dienstleistungen	10,7	10,7	10,8	1,9	2,4	4,8	1,1	1,7
Primäreinkommen	1,0	0,4	-1,7	-0,6	0,2	-0,9	-0,8	-0,5
Sekundäreinkommen	-3,0	-3,2	-3,8	-0,8	-0,8	-1,3	-0,8	-0,6
Vermögensübertragungen	-0,3	-0,4	-0,5	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Kapitalbilanz	4,8	5,2	4,4	-0,3	0,0	1,5	0,6	0,6
Direktinvestitionen	8,1	7,1	0,3	0,2	1,2	2,2	-0,1	-0,8
Portfolioinvestitionen	-15,8	-5,8	-2,5	-4,3	3,2	5,4	-7,0	9,2
Finanzderivate	-0,7	-1,1	-3,8	-0,6	-1,0	-0,4	0,7	-1,1
Sonstige Investiitionen	9,6	0,9	10,1	5,3	-4,4	-5,4	5,4	-8,3
Währungsreserven[3)]	0,7	0,9	0,4	0,2	0,1	0,0	1,1	1,2
Statistische Differenz	0,1	0,9	1,5	0,2	-1,1	0,6	1,3	0,5
Leistungsbilanz in % des BIP	1,6	2,3	1,5	-0,5	1,4	1,3	-0,8	0,2

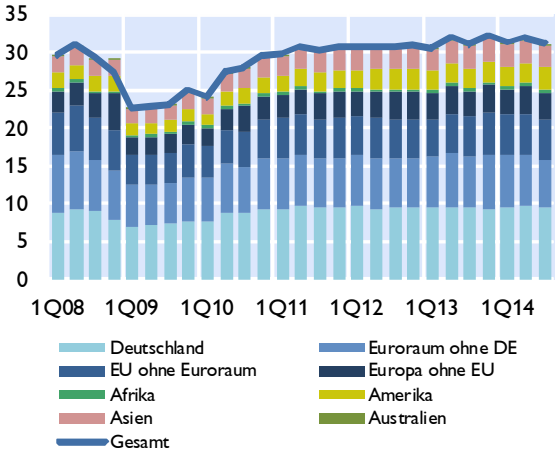
Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.
1) Werte über 50 signalisieren Wachstum.
2) Transaktionen; bis 2012 endgültige Daten, 2013 revidierte Daten, 2014 provisorische Daten.
3) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in%*	
2011	121.774	131.008	-9.234	11,3	15,3
2012	123.544	131.982	-8.439	1,5	0,7
2013	125.812	130.707	-4.895	1,8	-1,0
Jän.-Okt. 13	105.796	109.518	-3.722	1,8	-1,4
Jän.-Okt. 14	106.379	108.592	-2.213	0,6	-0,8
Mai 14	10.415	10.668	-253	0,2	1,1
Juni 14	10.494	10.554	-60	0,4	-0,4
Juli 14	11.202	11.250	-48	1,1	-5,9
Aug. 14	8.869	9.319	-450	-1,9	-6,5
Sep. 14	11.299	11.301	-2	2,9	0,1
Okt. 14	11.696	11.801	-105	-4,4	-4,3

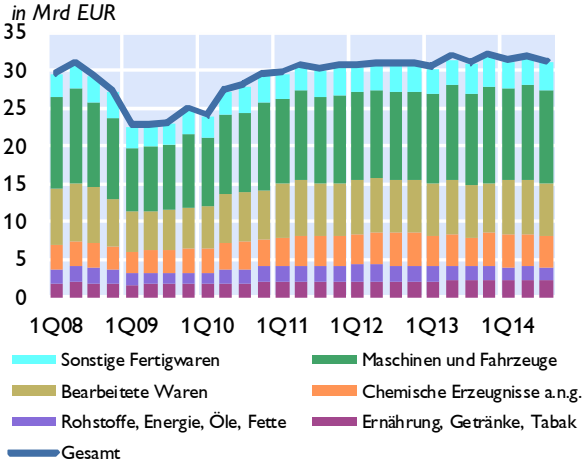
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

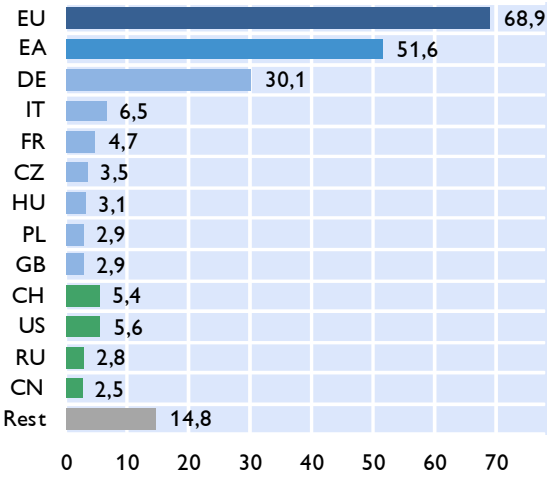
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2013

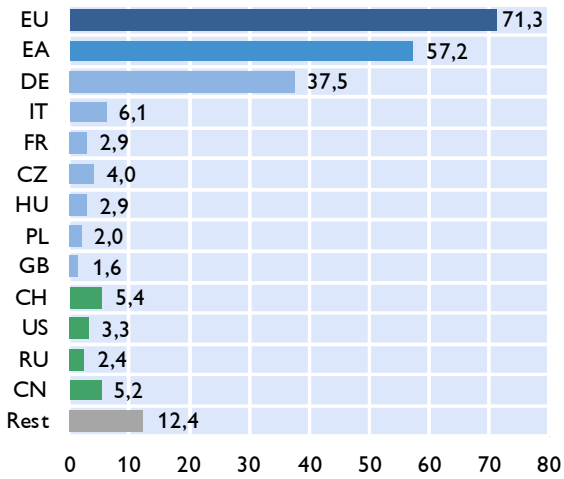
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



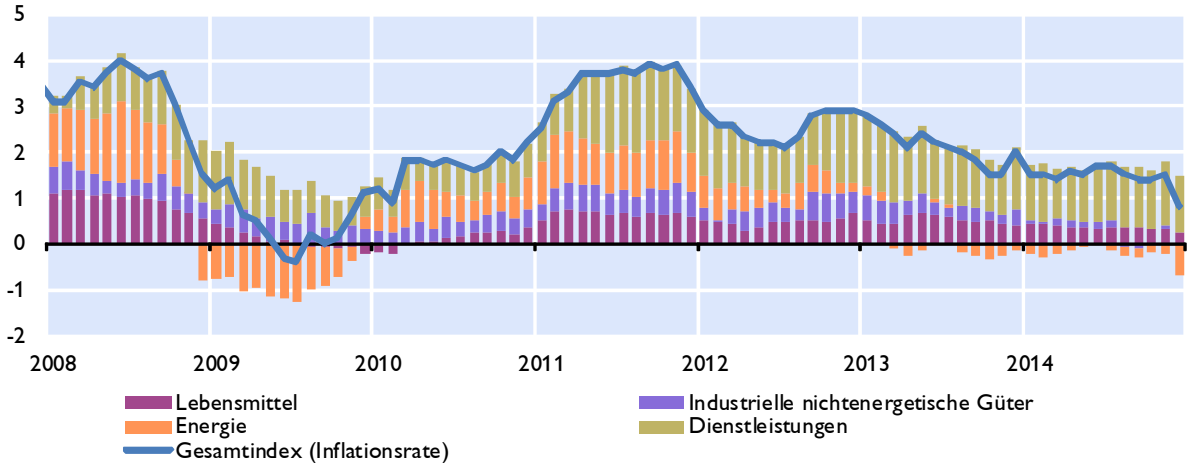
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2014	2013	2014	Aug.14	Sep.14	Okt.14	Nov.14	Dez.14
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	2,1	1,5	1,5	1,4	1,4	1,5	0,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,4	3,4	1,8	1,9	2,0	1,5	1,5	0,9
Alkoholische Getränke und Tabak	3,8	3,5	3,9	3,8	4,0	4,2	4,2	4,3
Bekleidung und Schuhe	7,2	0,7	-0,9	-1,4	-2,6	-1,3	-1,2	-2,0
Wohnung, Wasser, Energie	13,9	2,7	1,7	1,7	1,8	1,6	1,6	1,2
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,5	1,9	1,0	0,5	0,3	0,7	0,9	0,9
Gesundheitspflege	5,1	3,2	2,4	2,7	2,6	2,3	2,3	2,2
Verkehr	15,4	3,1	-0,1	-0,3	-0,4	0,1	-0,5	-2,8
Nachrichtenübermittlung	2,3	-0,3	1,4	7,9	7,3	7,2	7,8	2,8
Freizeit und Kultur	11,1	-0,1	-0,7	1,6	1,7	0,8	1,8	1,3
Bildungswesen	1,1	1,4	6,3	2,3	1,8	2,9	2,8	2,9
Hotels, Cafes und Restaurants	14,0	2,0	1,6	2,7	2,9	2,9	3,1	2,9
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,1	3,9	2,7	0,8	1,0	1,3	1,5	1,8

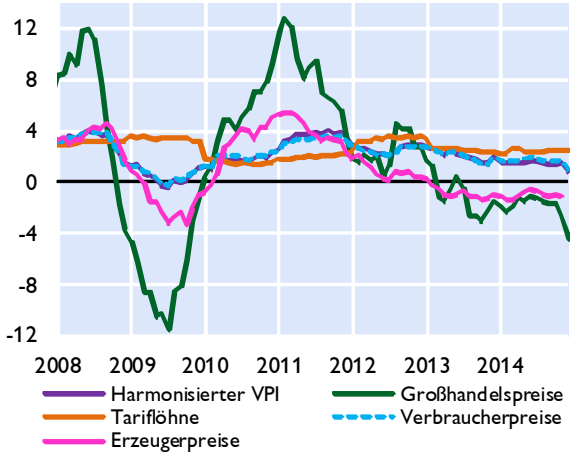
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2013	2014[1)]	2015[1)]	2016[1)]
Stunden-produktivität	0,7	0,5	0,6	1,1
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,7	1,5	1,5	1,6
Preisliche Wettbe-werbsfähigkeit [2)]	2,0	1,3	-1,0	-1,0
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	2,4	2,7	1,6	1,2
Sachgüter-erzeugung	1,8	1,3	0,6	-0,3

1) WIFO-Prognose Dezember 2014.

2) Wettbewerbsfähigkeitsindikator: Real-effektiver Wechselkurs des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2011	2012	2013	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14	3Q14
Gesamt	**126.003**	**131.016**	**132.629**	**43.717**	**21.748**	**42.595**	**23.706**	**43.363**
Inländer	35.297	35.964	35.755	12.348	6.601	8.728	8.215	12.050
Ausländer	90.706	95.052	96.874	31.369	15.148	33.867	15.491	31.313
darunter								
Deutschland	47.387	49.606	50.823	17.038	7.821	16.613	8.181	16.810
Osteuropa	9.783	10.232	10.544	2.216	1.915	4.989	1.522	2.239
Niederlande	8.899	9.389	9.140	2.901	1.103	4.296	706	2.875
Schweiz	4.277	4.558	4.577	1.461	902	1.410	842	1.467
Vereinigtes Königreich	3.104	3.181	3.345	785	469	1.423	626	798
Italien	3.014	2.918	2.778	1.443	526	427	439	1.331
Belgien	2.565	2.583	2.606	920	283	995	439	922
Frankreich	1.835	1.819	1.808	742	225	478	343	723
Dänemark	1.464	1.447	1.449	332	116	900	88	327
USA	1.203	1.286	1.367	507	282	206	422	556
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**0,9**	**4,0**	**1,2**	**1,8**	**3,5**	**-6,5**	**9,5**	**-0,8**
Inländer	0,8	1,9	-0,6	0,7	0,3	-3,9	6,3	-2,4
Ausländer	0,9	4,8	1,9	2,2	5,0	-7,1	11,3	-0,2

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2011	2012	2013	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14	3Q14
Deutschland	7.009	7.106	7.489	2.102	1.368	2.675	1.199	2.168
Niederlande	1.012	1.046	1.068	269	161	561	78	277
Schweiz	759	860	853	208	185	328	138	205
Italien	678	650	584	223	135	126	103	218
Mittel- und Osteuropa[1)]	2.073	2.120	2.212	448	509	889	407	517
Restl. Europa	1.914	1.963	1.990	488	304	906	307	494
Rest der Welt	822	961	1.041	356	221	225	252	359
Gesamt	**14.267**	**14.706**	**15.237**	**4.094**	**2.883**	**5.710**	**2.484**	**4.238**

1) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn,

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2011	2012	2013	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14	3Q14
Deutschland	1.814	1.989	2.036	722	394	439	546	702
Italien	1.252	1.265	1.193	588	143	110	373	670
Kroatien	637	674	618	414	34	18	149	476
Europäische Mittelmeerländer[1)]	994	819	909	435	98	123	266	469
Restl. Europa	2.010	1.999	1.993	654	397	371	514	767
Rest der Welt	824	1.079	988	239	285	276	202	302
Gesamt	**7.531**	**7.825**	**7.737**	**3.052**	**1.351**	**1.337**	**2.050**	**3.386**

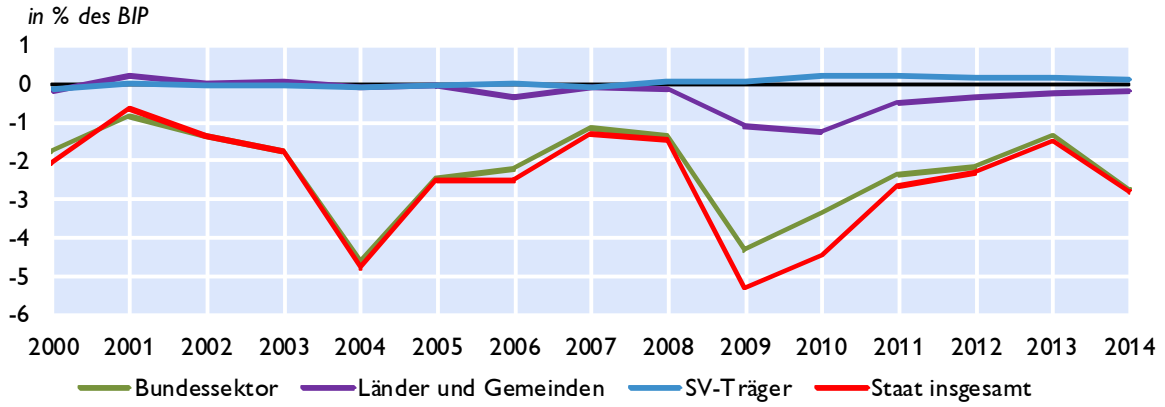
1) Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2010	-9,9	-3,7	0,6	-13,1	-3,4	-1,3	0,2	-4,5
2011	-7,2	-1,6	0,6	-8,2	-2,3	-0,5	0,2	-2,6
2012	-6,8	-1,0	0,5	-7,3	-2,1	-0,3	0,2	-2,3
2013	-4,4	-0,8	0,5	-4,8	-1,4	-0,3	0,1	-1,5
2014[1)]	-9,1	-0,6	0,3	-9,3	-2,7	-0,2	0,1	-2,8

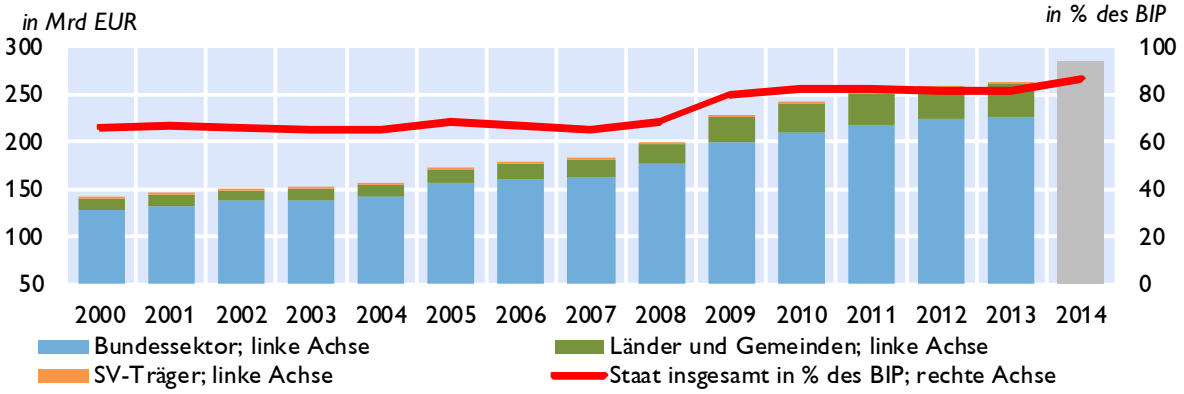
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht



Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2010	209,5	31,0	2,0	242,4	71,2	10,5	0,7	82,4
2011	217,6	33,9	1,8	253,3	70,5	11,0	0,6	82,1
2012	223,4	34,1	1,7	259,3	70,4	10,8	0,5	81,7
2013	226,6	33,7	1,7	262,0	70,2	10,4	0,5	81,2
2014[1)]	x	x	x	285,8	x	x	x	86,5

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht



1) 2014: Prognose des BMF.

Quelle: Statistik Austria, BMF, WIFO.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

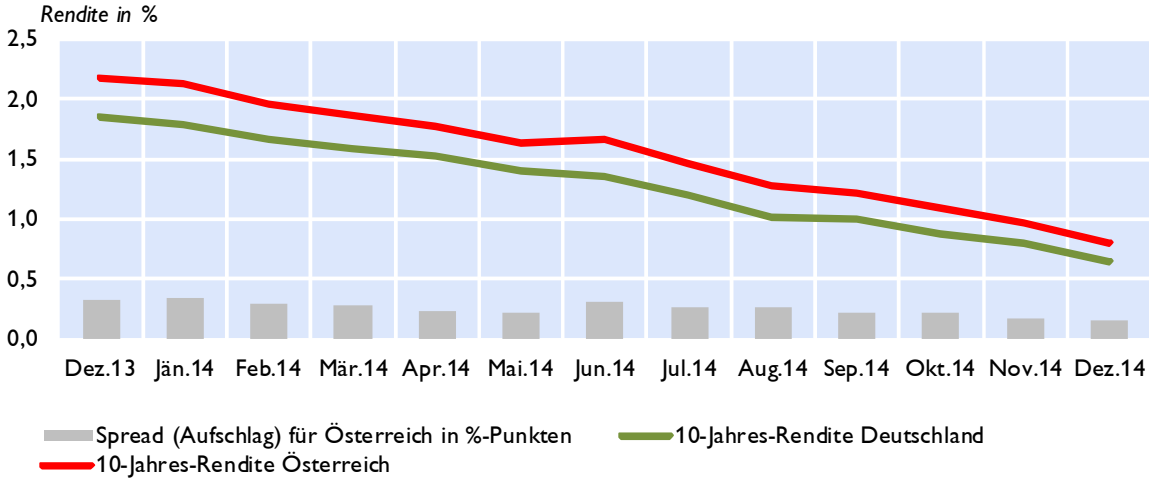
Finanzierungshaushalt[1)] Allgemeine Gebarung	Jänner bis November 2013	Jänner bis November 2014	Vorl. Erfolg 2013	Voranschlag 2014	*Veränderung 2014/2013*
	in Mio EUR				*in %*
Auszahlungen	68.116	67.681	75.567	75.765	0,3
Einzahlungen	62.257	64.137	71.364	72.196	1,2
Nettofinanzierungsbedarf[2)]	**-5.384**	**-3.544**	**-4.203**	**-3.569**	**-15,1**

Abgaben des Bundes

	Jänner bis November 2013	Jänner bis November 2014	Vorl. Erfolg 2013	Voranschlag 2014	*Veränderung 2014/2013*
	in Mio EUR				*in %*
Einkommen- und Vermögensteuern	35.108	36.412	38.738	40.625	4,9
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	2.956	3.248	3.120	3.500	12,2
Körperschaftsteuer	5.942	5.801	6.018	6.200	3,0
Lohnsteuer	22.111	23.384	24.597	26.000	5,7
Kapitalertragsteuern	1.788	2.071	2.590	2.650	2,3
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	33.415	34.162	36.857	38.145	3,5
davon: Umsatzsteuer	22.600	23.082	24.867	25.600	2,9
Öffentliche Abgaben brutto	**69.127**	**71.057**	**76.370**	**79.380**	**3,9**
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	24.841	25.512	27.598	28.598	3,6
Überweisungen an die Europäische Union	2.738	2.607	2.971	2.900	-2,4
Öffentliche Abgaben netto[3)]	**41.549**	**42.937**	**45.801**	**47.882**	**4,5**

1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich

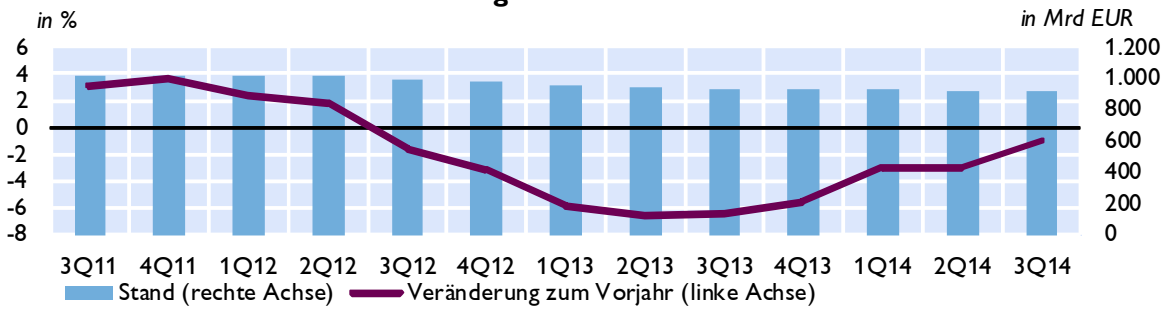


Quelle: BMF, Thomson Reuters.

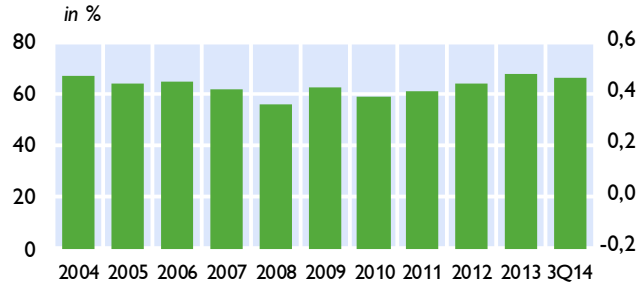
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert

3. Quartal 2014	Stand	Veränderung zum Vorquartal		Veränderung seit Jänner		Veränderung zum Vorjahr	
	in Mio EUR	*in Mio EUR*	*in %*	*in Mio EUR*	*in %*	*in Mio EUR*	*in %*
1. Aktiva							
Kassenliquidität	12.014	-1.535	-11,3	-2.498	-17,2	528	4,6
Forderungen an inl. Kreditinstitute	159.751	-2.318	-1,4	-14.195	-8,2	-17.327	-9,8
Direktkredite an inl. Nichtbanken	318.363	1.913	0,6	2.797	0,9	1.066	0,3
in EUR	281.164	2.246	0,8	4.625	1,7	5.107	1,8
in Fremdwährung	37.199	-333	-0,9	-1.828	-4,7	-4.041	-9,8
Titrierte Kredite an inl. Nichtbanken	39.564	218	0,6	2.987	8,2	3.201	8,8
in EUR	39.353	297	0,8	2.986	8,2	3.189	8,8
in Fremdwährung	211	-79	-27,3	1	0,5	12	6,3
Sonstige Inlandsforderungen	97.463	3.348	3,6	746	0,8	9.902	11,3
Auslandsforderungen	286.559	3.615	1,3	4.680	1,7	-9.216	-3,1
2. Passiva							
Verbindlichkeiten geg.inl.Kreditinstitute	161.201	808	0,5	-8.513	-5,0	-11.986	-6,9
Einlagen von inländischen Nichtbanken	304.477	2.832	0,9	1.291	0,4	6.827	2,3
in EUR	299.920	2.678	0,9	1.206	0,4	6.666	2,3
in Fremdwährung	4.557	154	3,5	85	1,9	161	3,7
Eig. Inlandsemissionen an Nichtbanken	104.920	-736	-0,7	1.801	1,7	3.249	3,2
in EUR	100.315	-532	-0,5	1.219	1,2	2.704	2,8
in Fremdwährung	4.606	-204	-4,2	582	14,5	545	13,4
Sonstige Inlandsverbindlichkeiten	129.127	3.811	3,0	-5.736	-4,3	-1.722	-1,3
Auslandsverbindlichkeiten	209.646	-1.536	-0,7	1.195	0,6	-12.693	-5,7
3. Bilanzsumme	922.752	5.406	0,6	-4.403	-0,5	-9.480	-1,0

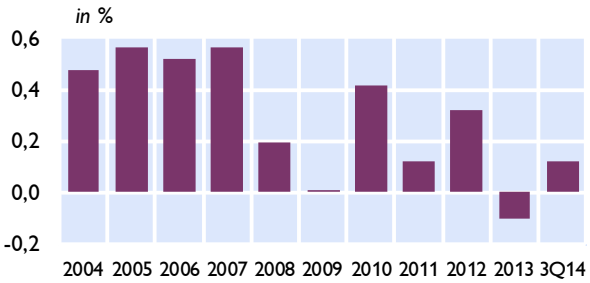
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Ertrag-Aufwand-Relation



Gesamtkapitalrentabilität



Quelle: OeNB.

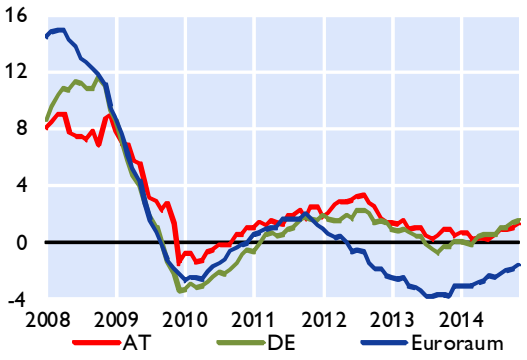
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		*Veränderung zum Vorjahr in %*		*Volumen in Mrd EUR*		*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2011	138	5.243	1,6	1,6	139	4.720	2,5	1,2
2012	139	5.251	0,8	0,5	140	4.536	1,4	-2,3
2013	139	5.230	0,8	-0,1	140	4.345	0,5	-3,0
Feb.14	138	5.221	0,7	-0,1	140	4.345	0,7	-3,0
Mär.14	139	5.224	1,3	-0,1	140	4.337	0,2	-3,1
Apr.14	139	5.227	1,3	0,0	140	4.329	0,3	-2,8
Mai.14	139	5.183	1,3	-0,7	141	4.319	0,3	-2,7
Jun.14	140	5.195	1,5	-0,6	141	4.316	0,2	-2,3
Jul.14	140	5.193	1,3	-0,5	142	4.302	0,6	-2,4
Aug.14	140	5.190	1,6	-0,5	142	4.282	0,9	-2,2
Sep.14	141	5.197	1,2	-0,5	143	4.285	0,9	-2,0
Okt.14	141	5.199	1,3	-0,4	142	4.272	1,1	-1,8
Nov.14	141	5.203	1,6	-0,4	143	4.277	1,3	-1,6

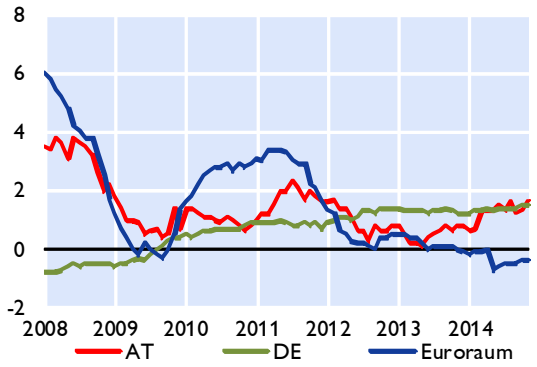
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



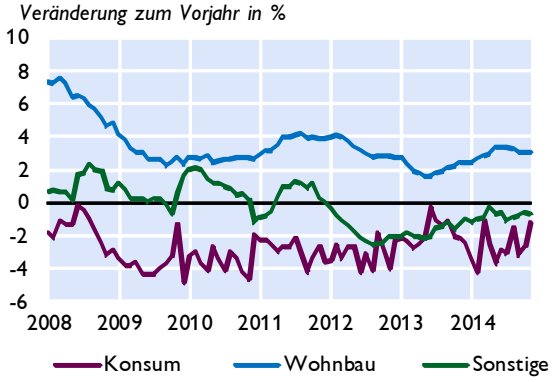
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %

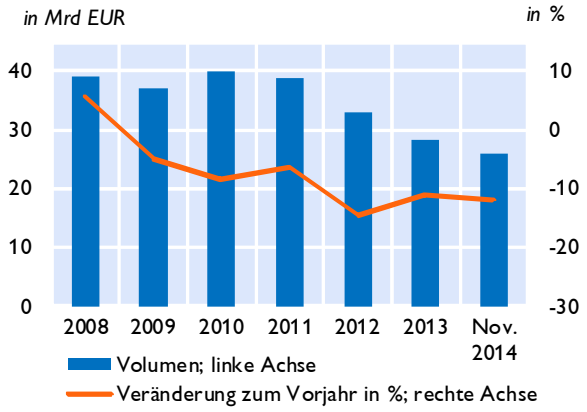


Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

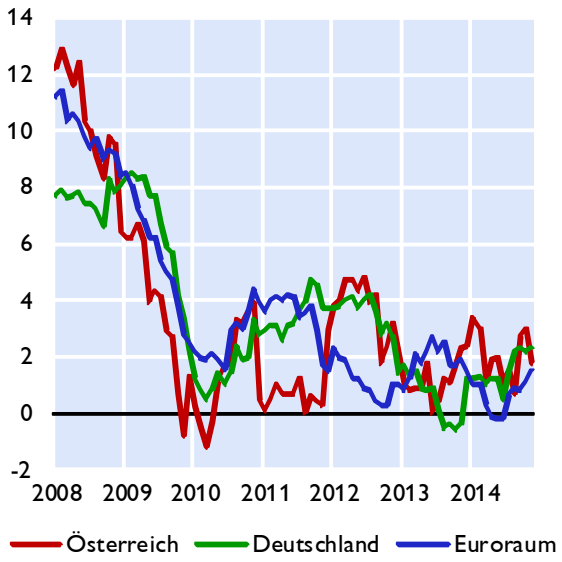


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

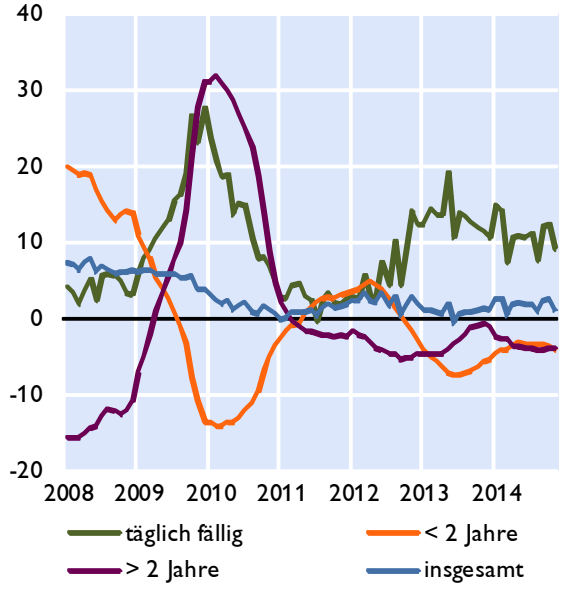
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



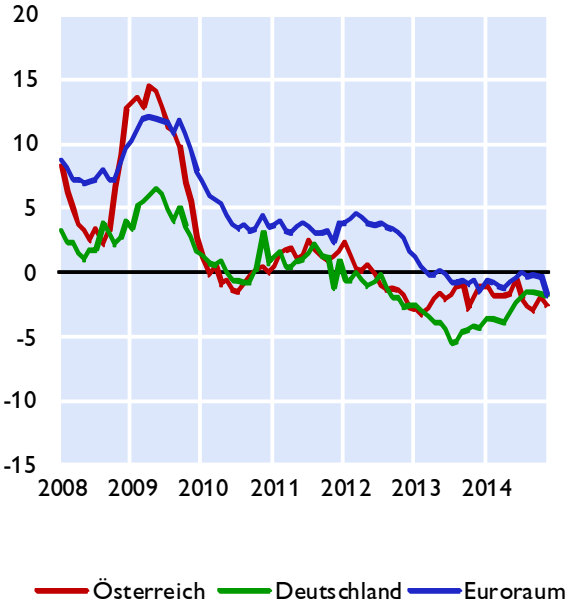
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



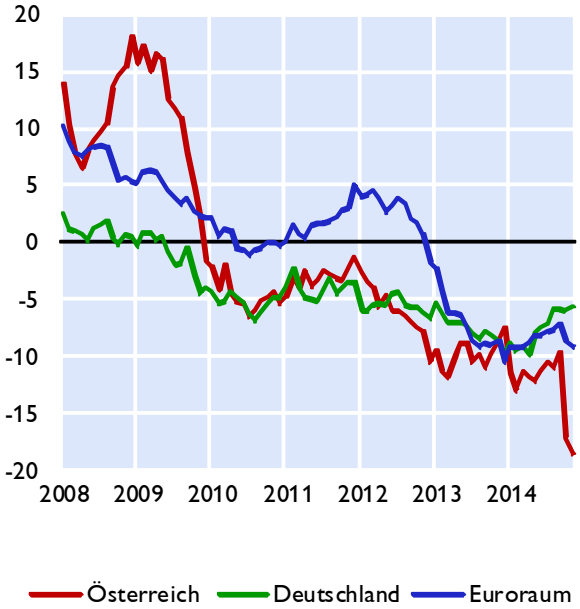
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

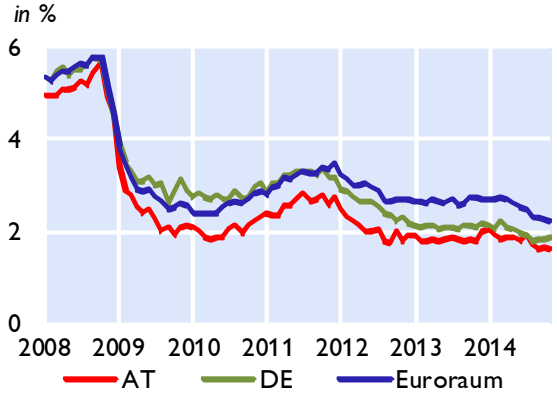


Quelle: OeNB, EZB

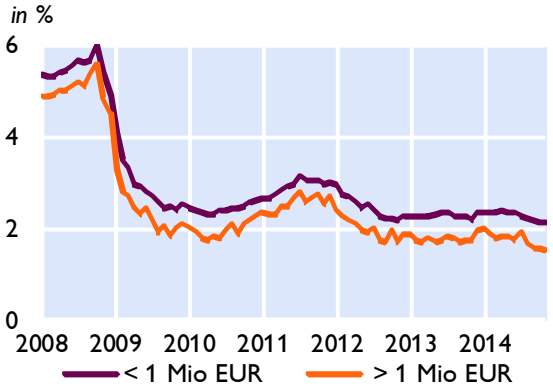
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

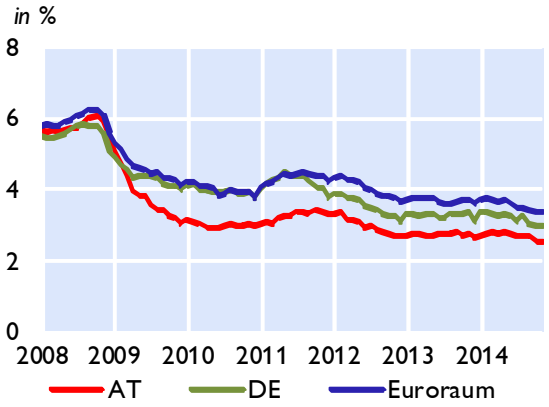


Nach Kredithöhe in Österreich

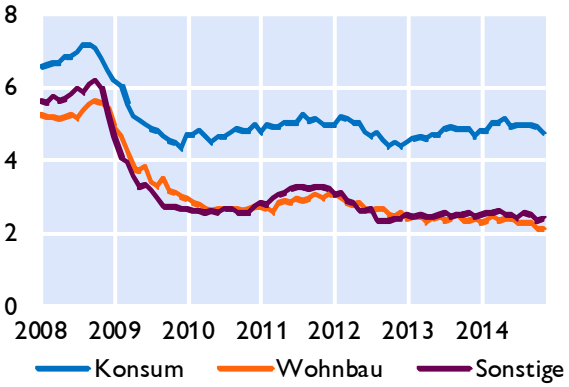


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

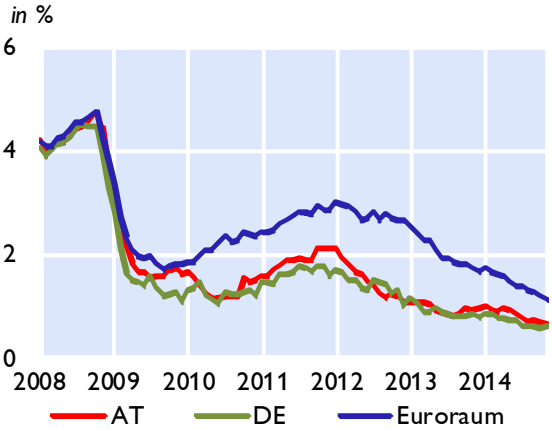


Nach Verwendungszweck in Österreich

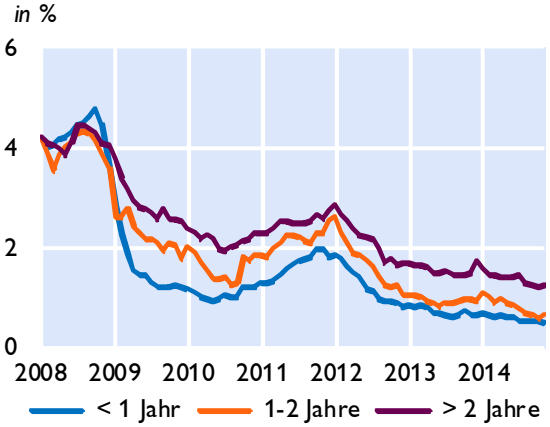


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



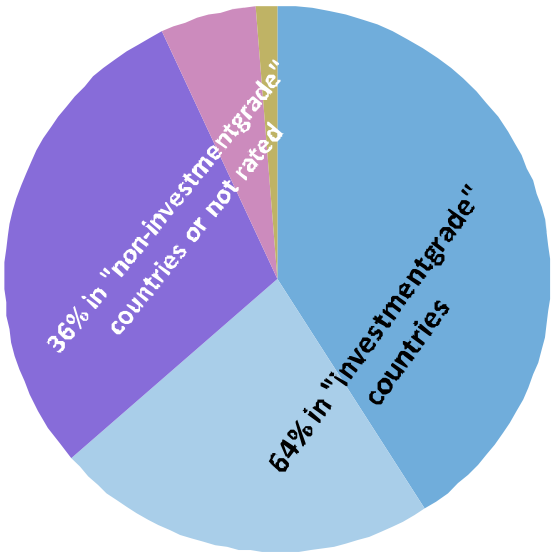
Quelle: OeNB, EZB

Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute konsolidiert

Ertrags- und Aufwandspositionen	3. Quartal 2014	3. Quartal 2013	Differenz zur Vorjahresperiode in Mio EUR	in %
Zinsergebnis	**14.518,41**	**14.126,00**	**392,41**	**2,8**
Zinsen und aehnliche Ertraege	*27.122,94*	*27.728,13*	*-605,19*	*-2,2*
(Zinsen und aehnliche Aufwendungen)	*12.604,53*	*13.602,13*	*-997,60*	*-7,3*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[1]	0,00	0,00	0,00	-
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	555,48	507,18	48,30	*9,5*
Provisionsergebnis	**5.675,69**	**5.695,07**	**-19,38**	**-0,3**
Provisionserträge	*7.819,05*	*7.628,30*	*190,75*	*2,5*
(Provisionsaufwand)	*2.143,37*	*1.933,23*	*210,14*	*10,9*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto	390,80	484,01	-93,21	*-19,3*
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto[1]	711,31	353,62	357,69	*101,2*
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS[1]	59,38	752,75	-693,37	*-92,1*
Sonstige betriebliche Erträge	2.266,91	4.702,91	-2.436,00	*-51,8*
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	2.699,68	4.499,71	-1.800,03	*-40,0*
Betriebserträge, netto	**21.478,30**	**22.121,83**	**-643,53**	**-2,9**
(Verwaltungsaufwendungen)	11.998,55	12.586,91	-588,36	*-4,7*
(hv. Personalaufwendungen)	*7.142,54*	*7.686,25*	*-543,71*	*-7,1*
(hv. Sachaufwendungen)	*4.856,00*	*4.900,66*	*-44,66*	*-0,9*
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen)	2.349,62	1.532,00	817,62	*53,4*
Betriebsergebnis	**7.130,13**	**8.002,92**	**-872,79**	**-10,9**
(Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	4.418,45	4.692,00	-273,55	*-5,8*
(Sonstige Rückstellungen)[1]	512,25	112,44	399,81	*355,6*
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	-5,56	29,25	-34,81	*-119,0*
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert[1]	0,65	0,25	0,40	*160,0*
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen[1]	525,26	606,10	-80,84	*-13,3*
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[1]	-4,76	-40,39	35,63	*-88,2*
Außerordentliches Ergebnis	2,04	60,92	-58,88	*-96,7*
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**2.728,19**	**3.796,07**	**-1.067,88**	**-28,1**
(Ertragssteuern)	1.277,54	739,07	538,47	*72,9*
Gewinn oder (-) Verlust aus fortzuführenden Geschäften nach Steuern	**1.450,65**	**x[2]**	**x[2]**	**x[2]**
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[1]	-59,63	-180,08	120,45	*-66,9*
(Fremdanteile)[1]	375,76	514,66	-138,90	*-27,0*
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**1.015,26**	**2.362,33**	**-1.347,07**	**-57,0**

Werte in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt
Quelle: OeNB.
1) Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erhoben.
2) Aufgrund von Umstellungen gemäß ITS stehen für diese Positionen keine Vergleichswerte zur Verfügung.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2010	2011	2012	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14	3Q14
	in Mio EUR									
Tschechiche Republik	46.031	50.256	47.564	49.995	50.657	48.560	47.001	46.313	45.490	48.769
Slowakei	21.329	23.838	24.535	24.716	24.601	24.853	25.093	25.152	25.937	26.443
Rumänien	29.937	28.595	26.823	26.808	26.635	26.117	25.778	27.944	26.435	25.904
Kroatien	25.341	25.507	23.195	23.440	23.326	22.497	22.038	21.836	21.360	19.220
Polen	11.111	11.886	17.933	17.198	16.459	16.928	17.017	16.990	17.691	16.451
Ungarn	25.526	23.491	19.803	19.642	19.386	18.853	18.109	17.897	17.049	15.253
Slowenien	11.594	11.257	9.588	9.178	8.489	8.289	8.079	7.458	6.929	5.752
Republik Serbien	5.203	6.475	5.041	5.158	4.945	4.876	4.865	4.652	4.773	3.979
Bosnien Herzgowina	4.887	5.024	4.261	4.255	4.210	4.158	4.124	3.995	3.940	3.612
Bulgarien	3.968	4.161	4.093	4.034	3.925	3.896	3.626	3.474	3.468	3.273
Türkei	690	749	776	774	823	877	929	937	977	1.102
Republik Montenegro	766	894	875	872	883	890	865	842	851	460
Mazedonien	260	306	390	383	366	359	350	297	283	292
Aserbeidschan	53	60	63	71	108	138	144	163	311	218
Litauen	174	181	120	148	154	160	161	184	177	203
Lettland	359	175	137	234	209	125	126	131	117	55
Estland	82	61	60	58	56	54	50	57	51	53
Andere	22.042	23.169	24.560	24.968	23.756	23.835	23.411	21.429	21.684	22.939
Gesamt	**209.352**	**216.086**	**209.818**	**211.931**	**208.987**	**205.466**	**201.768**	**199.752**	**197.523**	**193.981**

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 3. Quartal 2014	Nicht-finan-zielle Unter-nehmen	Finanzielle Kapital-gesell-schaften	*davon Mone-täre Finanz-institute*	*davon Invest-ment-fonds*	*davon sonstige nicht-mone-täre Finanz-institute*	*davon Versicher-ungen*	*davon Pens-ions-kassen*	Private Haus-halte	Private Organi-sationen ohne Erwerbs-zweck	Übrige Welt (gegen-über Öster-reich)
	Bestände in Mio EUR									
Geldvermögen										
Währungsgold und SZR	x	10.611	10.611	x	x	x	x	x	x	2.045
Bargeld	1.716	3.014	3.011	0	0	3	0	20.169	0	2.348
Täglich fällige Einlagen	37.502	90.234	67.836	6.854	13.122	2.093	329	84.629	1.181	73.172
Sonstige Einlagen	18.826	225.406	214.540	2.018	6.455	2.314	78	127.600	659	80.586
Kurzfristige Kredite	27.140	78.095	75.210	0	1.185	1.700	0	845	0	16.961
Langfristige Kredite	75.178	384.377	361.772	16	17.915	4.674	0	502	94	63.163
Handelskredite	36.295	31	7	0	23	0	0	0	0	15.757
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	70	5.738	5.146	488	43	20	41	1.071	1	15.683
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	8.208	298.003	156.765	83.211	3.786	53.772	470	40.801	1.956	335.904
Börsennotierte Aktien	27.636	44.787	3.788	21.105	18.947	947	0	18.365	642	34.532
Nicht börsennotierte Aktien	39.863	136.300	24.005	78	104.390	7.799	28	2.979	33	36.703
Investmentzertifikate	10.487	121.649	14.431	44.404	12.632	32.655	17.527	46.549	2.298	18.781
Sonstige Anteilsrechte	132.073	107.067	39.894	1.518	60.728	4.924	3	89.696	1.876	170.278
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	72.203	x	2.238
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	6.416	6.634	0	0	0	6.634	0	11.916	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	37.086	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	1.949	16.276	10.298	26	5.003	901	48	12.218	36	12.850
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	423.359	1.528.220	987.313	159.718	244.229	118.436	18.524	566.630	8.777	881.000
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Geldvermögensbildung										
Währungsgold und SZR	x	57	57	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	156	217	216	0	0	1	0	822	0	1.008
Täglich fällige Einlagen	-1.281	7.703	7.032	371	272	220	-192	6.598	15	-982
Sonstige Einlagen	-337	-25.397	-26.704	-528	1.914	-43	-36	-5.782	89	-3.977
Kurzfristige Kredite	-1.080	-1.678	-1.720	0	-97	138	0	843	0	1.219
Langfristige Kredite	4.194	3.446	1.497	1	1.571	377	0	492	-1	-2.975
Handelskredite	474	-1	1	0	-3	0	0	0	-1	-943
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-34	992	1.060	-64	-52	14	33	-15	-1	975
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-463	1.168	-703	-480	-1.006	3.317	41	-2.976	-106	-9.419
Börsennotierte Aktien	1.370	-500	-210	440	-553	-142	-35	230	-15	4.096
Nicht börsennotierte Aktien	-2.037	-1.449	-954	-22	-585	113	0	44	-3	606
Investmentzertifikate	388	2.376	712	1.514	1.295	-1.550	405	2.969	145	-355
Sonstige Anteilsrechte	3.401	3.623	30	96	3.694	-193	-5	1.264	0	4.245
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	988	x	-61
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	164	429	0	0	0	429	0	407	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	947	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-93	-13.318	-2.696	173	-10.710	-87	2	1.018	25	-1.488
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	4.821	-22.332	-22.380	1.501	-4.260	2.595	212	7.849	148	-8.050
Nettogeldvermögen	-227.763	26.595	33.351	-1.851	-5.848	627	316	400.588	7.867	-7.667
Finanzierungssaldo	-2.787	-6.605	2.675	-885	-8.410	560	-546	6.368	147	-2.705

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung u. Verbindlichkeiten

im 3. Quartal 2014	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
	Bestände in Mio EUR									
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und SZR [1]	x	2.045	2.045	x	x	x	x	x	x	10.611
Bargeld	x	26.769	26.769	x	x	x	x	x	x	479
Täglich fällige Einlagen	x	262.768	262.768	x	x	x	x	x	x	34.555
Sonstige Einlagen	x	357.457	357.457	x	x	x	x	x	x	105.434
Kurzfristige Kredite	48.810	12.665	0	1.190	9.197	2.279	0	13.012	147	48.456
Langfristige Kredite	204.200	32.038	0	310	30.852	877	0	152.261	753	124.891
Handelskredite	36.131	10	0	0	10	0	0	0	0	17.789
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	523	11.997	11.990	x	7	0	0	x	x	4.076
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	41.208	201.370	184.655	x	13.439	3.270	6	x	x	197.386
Börsennotierte Aktien	62.810	22.978	15.411	x	192	7.375	x	x	x	44.286
Nicht börsennotierte Aktien	44.672	70.807	55.550	x	6.838	8.244	175	x	x	125.729
Investmentzertifikate	x	160.178	155	160.023	0	0	x	x	x	47.922
Sonstige Anteilsrechte	191.169	201.529	18.412	x	182.197	920	0	x	x	107.564
Lebensversicherungsansprüche	x	70.972	x	x	0	70.972	x	x	x	3.469
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	21.750	x	x	0	21.750	x	x	x	3.217
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	9.576	27.510	7.666	x	0	1.817	18.027	x	x	0
Übrige Forderungen inkl.	12.023	18.782	11.083	47	7.346	306	0	770	9	12.804
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	651.123	1.501.626	953.962	161.569	250.078	117.809	18.208	166.043	910	888.668
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Finanzierung										
Währungsgold und SZR [1]	x	0	0	x	x	x	x	x	x	57
Bargeld	x	2.173	2.173	x	x	x	x	x	x	30
Täglich fällige Einlagen	x	-4.648	-4.648	x	x	x	x	x	x	6.647
Sonstige Einlagen	x	-11.940	-11.940	x	x	x	x	x	x	-20.474
Kurzfristige Kredite	942	-185	0	-399	251	-37	0	-626	-2	-1.257
Langfristige Kredite	-2.186	42	0	-60	156	-54	0	2.130	-6	3.247
Handelskredite	2.063	54	-1	0	55	0	0	1	1	-681
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	64	711	711	x	-1	0	0	x	x	279
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-959	-9.196	-11.141	x	1.696	254	-5	x	x	3.041
Börsennotierte Aktien	2.688	3.353	2.589	x	-30	794	0	x	x	-866
Nicht börsennotierte Aktien	-1.623	-4.665	-4.056	x	77	-686	0	x	x	1.770
Investmentzertifikate	x	2.632	-41	2.673	0	0	0	x	x	2.835
Sonstige Anteilsrechte	5.191	4.941	2.713	x	1.855	372	0	x	x	2.782
Lebensversicherungsansprüche	x	608	0	x	0	608	0	x	x	319
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	713	0	x	0	713	0	x	x	286
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-4	951	103	x	0	85	763	x	x	0
Übrige Forderungen inkl.	1.433	-1.272	-1.518	173	89	-16	0	-24	8	-3.358
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	7.609	-15.727	-25.055	2.386	4.150	2.034	758	1.481	2	-5.345
Nettogeldvermögen	-227.763	26.595	33.351	-1.851	-5.848	627	316	400.588	7.867	-7.667
Finanzierungssaldo	-2.787	-6.605	2.675	-885	-8.410	560	-546	6.368	147	-2.705

Quelle: OeNB.

1) Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.